

Kenya
'24
Annual Report



BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG

www.kreisky-forum.org

- 04_ VORWORT**
- 06_ FOREWORD**
- 08_ CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS**
- 10_ CALENDARIUM**

Public Events

- 17_ JAHRESTHEMA – FOCUS 2024**
- 17_ DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFTEN

- 22_ LECTURE SERIES**

- 22_ AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
- 28_ ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
- 39_ AUF DER SUCHE NACH EUROPA
- 45_ ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)
- 46_ GENIAL DAGEGEN
- 58_ HEGEMONIES AND ALLIANCES
- 59_ MQ-GESPRÄCHE IM MUSEUMSQUARTIER
- 60_ PHILOXENIA
- 71_ POLITIK UND RELIGION
- 72_ REGIONALISM AND BORDERS
- 73_ A WINDOW ON RUSSIA
- 76_ TRANSATLANTICA
- 81_ WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE
- 82_ WOMEN IN INTERNATIONAL DIALOGUE
- 84_ ZEITENWENDE
- 88_ ZERRISSENE JAHRE

Confidential Discussions under Chatham House Rule

- 91_ ROUNDTABLES AND WORKSHOPS**
- 91_ HEGEMONIES AND ALLIANCES
- 94_ REGIONALISM AND BORDERS – ARAB JEWISH ENGAGEMENTS
- 99_ RETHINKING ISRAEL/PALESTINE – ALTERNATIVES TO PARTITION

Kreisky Forum Specials

- 101_ FESTVERANSTALTUNGEN**
- 101_ DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN. Zum Geburtstag von Bruno Kreisky
- 102_ ARI RATH PREIS FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS
- 103_ BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH
- 105_ BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR VERDIENSTE UM DIE MENSCHENRECHTE

- 108_ BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG**

- 111_ IMPRESSUM**



Mit August 2024 durfte ich die Position der Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog von meiner langjährigen Vorgängerin Gertraud Auer Borea d'Olmo übernehmen. Ein so erfolgreiches, in der österreichischen Landschaft und internationalen Szene gut verankertes Institut zu übernehmen ist eine große Ehre, Freude und Herausforderung zugleich.

Aus der Diplomatie kommend, ist mir die umsetzungsorientierte Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat, zwischen gesellschaftspolitischen Akteur:innen, Wissenschaftler:innen, regionalen Expert:innen, Politik und staatlichen Institutionen ein großes Anliegen. Das Bruno Kreisky Forum bietet dafür – in der Tradition des ehemaligen Außenministers und Bundeskanzlers Kreisky stehend – eine ausgezeichnete Plattform. Das Bruno Kreisky Forum soll mobiler werden: hinein in die Stadt, die Bundesländer, hin zu neuen Kooperationspartnern. Mit breiterer Themenaufstellung, mehr Diversität und neuen Zielgruppen und Formaten wollen wir aus der Armbrustergasse 15 heraus an Relevanz gewinnen. Auf zu neuen Ufern: Das kann nur gemeinsam mit Ihnen, unseren Gästen, Expert:innen, Teilnehmer:innen, Kurator:innen und den uns unterstützenden Institutionen und Privatpersonen gelingen!

Rückblickend auf das Jahr 2024 möchte ich Sir Karl Raimund Popper (gest. 1994) zitieren: ›Alles Leben ist Problemlösen‹ so der Titel und Ansatz der letzten Arbeit des österreichischen Philosophen. In Zeiten, in denen der Begriff der Krise in Wissenschaft, Politik und Alltag nahezu inflationär verwendet, ja zum ›Normalzustand‹ erklärt wird, erscheint das ›Probleme lösen‹ immer schwieriger, aussichtsloser, gar sinnloser. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Radikalität und Extremismus in Politik und Gesellschaft zunehmen, sowohl in der Rhetorik, als auch im Handeln. Für Popper war die Krise der Normalzustand der Wissenschaft; kein Grund zur Sorge, sondern Ansporn, um weiterzuforschen. Für die Politik der vergangenen Jahre sind sämtliche Krisen jedoch weniger Ansporn, als zur Steilvorlage zum Abdriften in Angstmacherei, Bedrohungsszenarien, Populismus und eben Radikalität geworden.

Das Jahr 2024 hat dies besonders deutlich gemacht: es war ein Jahr fortgesetzter Konflikte und andauernder, multipler Krisenherde im inneren Europas und weltweit. Russlands militärischer und hybrider Krieg gegen die Ukraine und Europa und damit auch gegen seine eigene Bevölkerung dauerte an und zeigte auch global seine fortgesetzte Wirkung: Oppositionspolitiker Nawalny starb im russischen Straflager, nach Finnland 2023 trat Schweden 2024 der NATO bei. Die russische Einflussnahme auf Georgien führte Ende November 2024 dazu, dass der georgische Regierungschef die Aussetzung des EU-Beitrittsprozesses bis 2028 ankündigte, was zu anhaltenden Demonstrationen tausender Menschen führte.

2024 war auch ein Jahr weichenstellender Wahlen, die mehr als je zuvor von eben diesen Krisen, Konflikten und ihren Akteuren, v.a. Russland, geprägt waren. Das EU-Referendum in Moldau war von Vorwürfen überschattet, Russland habe versucht, die Abstimmung zu manipulieren; ein pro-europäischer Kurs in Verfassung und Präsidentschaft konnte dennoch gehalten werden. Gewählt wurde in Frankreich, Großbritannien und Österreich. Mitte des Jahres wurde das Europaparlament neu gewählt und die Europäische Kommission neu zusammengesetzt: zwar blieben EU-weit die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokraten (S&D) die stärksten Kräfte, aber Rechtspopulisten und Rechtsaußen-Parteien legten zu. Dann zerbrach die deutsche Regierung und an den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg konnte man den Trend bereits sehen: die rechtsradikale AfD erhielt um die 30% und mehr an Wählerstimmen. In den USA wurde Donald Trump wieder gewählt: auch wenn die neue Welt- und Ordnung nicht erst damit begann, so prägen ›Politik durch Chaos‹, Unsicherheit und Ansätze zur Zerstörung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen das globale Geschehen. Im Ergebnis der Wahlen in Österreich am

29. September und dem anschließenden schwierigen Prozess der österreichischen Regierungsbildung spiegeln sich diese Tendenzen ebenso wider, die nach wie vor durch ›die Eleganz, die Schönheit unserer Bundesverfassung‹ (Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Frühsommer 2019 – kurz vor ihrem 100. Geburtstag) abgedeckt werden. Dies mag in Zukunft nicht genügen, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und Menschenrechte aufrechtzuerhalten – das Bruno Kreisky Forum wird jedenfalls dazu seinen Beitrag leisten. Und auch hierzu hat Karl Popper etwas zu sagen. In ›Die offene Gesellschaft und ihre Feinde‹ legt er das ›Paradox der Toleranz‹ dar: ›Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn [...] wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.‹

Im Nahost-Konflikt verlangte der UN-Sicherheitsrat erstmals seit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauf folgenden Gaza-Krieg am eine ›sofortige Waffenruhe‹, die jedoch 2024 noch nicht erzielt wurde. Das Tauziehen um die Freilassung der israelischen Geiseln, die Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza, Gefechte zwischen Israel und der terroristischen Hisbollah im Libanon gehen weiter. Und dann der plötzliche Fall des Assad-Regimes in Syrien und die Befreiung aus Gewalt und Unterdrückung, wobei die Zukunft des Landes und damit auch der Region ungewiss ist. In einer fragmentierten, sich im Umbruch, nicht Umbau befindlichen Weltordnung nehmen Konflikte zu: Nach Schätzungen der NGO Armed Conflict Location and Event Data (ACLED) nahm die politische Gewalt 2024 im Vergleich zu 2023 weltweit um 25 % zu. Jeder achte Mensch war einem Konflikt ausgesetzt, und 223.000 Menschen kamen dabei ums Leben.

Das Bruno Kreisky Forum hat sich 2024 in fast 100 Veranstaltungen, Konferenzen und Seminaren diesen und noch vielen weiteren Themen gewidmet, seinen Kurs fortgesetzt sowie neue Akzente gesetzt.

›Ich bin ein Optimist, der nichts über die Zukunft weiß und der daher keine Voraussagen macht‹, sagte Popper, dessen Kampf den gegenwärtigen Problemen galt. Deren Dringlichkeit gilt auch für unsere heutigen Herausforderungen, denen wir mit Mut und Optimismus begegnen müssen.

Ich danke abschließend auch dem Vorstand und dem wissenschaftlichen Beirat des Bruno Kreisky Forums sowie meiner Vorgängerin Gertraud Auer Borea d'Olmo, den öffentlichen Institutionen und privaten Unterstützerinnen und Unterstützern dafür, dass sie die Arbeit des Forums in diesen herausfordernden Zeiten auch weiterhin ermöglichen und den Kolleg:innen für die herzliche Aufnahme ins das ›Kreisky-Team‹.

Sabine Kroissenbrunner
Generalsekretärin

In August 2024, I had the honor of taking on the position of the Secretary General of the Bruno Kreisky Forum for International Dialogue from my long-time predecessor Gertraud Auer Borea d’Olmo.

Leading such a successful institute, well established in both Austrian and the international scene, is a great privilege, pleasure and challenge at the same time. Coming from a diplomatic background, I am deeply committed to implementation-oriented cooperation between civil society and the state, between socio-political actors, scientists, regional experts, politicians, and governmental institutions. The Bruno Kreisky Forum, based on the tradition of former foreign minister and chancellor Kreisky, has always been excellent platform for this purpose. The Bruno Kreisky Forum aims to become more mobile: reaching out into the city, the Austrian federal states, and to new cooperation partners. With a broader range of topics, increasing diversity, and new target groups and formats, we aim to gain relevance beyond our home base at Armbrustergasse 15. Embarking on new endeavors can only succeed together as a team, with our guests, experts, discussants, curators, and the institutions and individuals who support us.

Looking back on the year 2024, I would like to quote Sir Karl Raimund Popper (d. 1994): ›All life is problem-solving,‹ the title and premise of the Austrian philosopher’s final work. In times when the term ›crisis‹ is used almost inflationary in science, politics, and everyday life to such an extent that it has been declared the ›normal‹, problem-solving seems to become increasingly difficult, hopeless, even pointless. It therefore does not come as a surprise that radicalism and extremism in politics and society are on the rise, when it comes to both rhetoric and action. For Popper, crisis was normal in science and not a cause for concern, but rather a motivation for further research. However, in recent years, crisis has served less as an incentive for innovation in politics but more as a pretext for fearmongering, threats, populism, and radicalism. The Bruno Kreisky Forum, however, still focuses on problem-solving and on social and international dialogue rather than on the rhetorics of crisis and ›building fortresses‹.

The year 2024 has made this challenge particularly clear: it was a year of ongoing conflicts and multiple, persistent crisis hotspots within Europe and worldwide. Russia’s military and hybrid war against Ukraine and Europe – and thus also against its own population – has continued, demonstrating its sustained global impact. Opposition politician Alexei Navalny died in a Russian penal colony. Sweden, after Finland 2023, joined NATO in 2024. Russian influence in Georgia led the Georgian Prime Minister announce in late November 2024 the suspension of the EU accession process until 2028, prompting ongoing demonstrations of thousands of people.

2024 was also a year of pivotal elections, which were influenced more than ever by these crises, conflicts, and their actors, particularly Russia. Moldova’s EU referendum was overshadowed by allegations that Russia attempted to manipulate the vote; nevertheless, a pro-European course was maintained in the constitution and presidency. Elections were held in France, the United Kingdom, and Austria. Mid-year, the European Parliament was re-elected, and the European Commission was reshuffled: although the European People’s Party (EPP) and the Social Democrats (S&D) remained the strongest forces EU-wide, right-wing populists and far-right parties gained ground. Then, the German government collapsed, and in the state elections in Thuringia, Saxony, and Brandenburg, the trend was already evident: the far-right AfD received around 30% or more of the votes. In the USA, Donald Trump was re-elected: although the new world disorder did not begin with him, ›politics through chaos‹, the fueling of uncertainty, and attempts to dismantle democratic and legal structures shape global events. The Austrian elections on September 29 and the subsequent difficult government formation process reflected these trends as well though these trends have still been cushioned by ›the elegance, the beauty of our Federal Constitution‹

(as President Alexander Van der Bellen noted in early summer 2019, shortly before the Austrian constitution’s 100th anniversary). Defending this constitution will be as necessary in the future as other measures to uphold democracy and the rule of law, diversity, and human rights – areas to which the Bruno Kreisky Forum will certainly continue contributing. On this, too, Karl Popper had something to say. In ›The Open Society and Its Enemies‹, he formulated the ›paradox of tolerance‹: ›Unlimited tolerance must lead to the disappearance of tolerance. If we are not prepared to defend a tolerant society against the attacks of the intolerant, then the tolerant will be destroyed, and tolerance with them.‹

On the Middle East conflict, the UN Security Council called for an ›immediate ceasefire‹ for the first time since the terror attack of Hamas on Israel on October 7, 2023, and the subsequent outbreak of the Gaza war – but no such ceasefire was yet achieved by the end of 2024. The struggle over the release of Israeli hostages, the devastation of the Palestinian population in Gaza and fighting between Israel and the terrorist Hezbollah in Lebanon continue. Then, the sudden fall of the Assad regime in Syria and its liberation from violence and oppression – this still has left the country’s and the region’s future in great uncertainty. In a fragmented world order undergoing upheaval rather than reform, the number of conflicts has been on the rise: according to estimates by the NGO Armed Conflict Location and Event Data (ACLED), political violence worldwide rose by 25% in 2024 compared to 2023. One in eight people was affected by conflict, and 223,000 lives were lost as a result.

The Bruno Kreisky Forum has addressed these and many other topics in nearly 100 events, conferences and seminars in 2024, continuing its course while also setting new accents.

›I am an optimist who knows nothing about the future and therefore makes no predictions,‹ said Popper, whose fight was always related to current problems. The urgency of his concerns applies equally to today’s challenges, which we should encounter with courage and optimism.

Finally, I would like to thank the Board of Directors, the Scientific Advisory Board of the Bruno Kreisky Forum and my predecessor Gertraud Auer Borea d’Olmo, the public institutions, and private supporters who continue to make the Forum’s work possible in these challenging times, as well as my colleagues for the warm welcome into the ›Kreisky Team‹.

Sabine Kroissenbrunner
Secretary General



Bashir Bashir
 Political Philosopher, Associate Professor at Open University Israel and Senior Research Fellow at Van Leer Jerusalem Institute
RETHINKING ISRAEL/PALESTINE, REGIONALISM AND BORDERS – ARAB JEWISH ENGAGEMENTS



Philipp Blom
 Historian and Author
ZERRISSENE JAHRE; MQ-GESPRÄCHE IM MUSEUMS-QUARTIER



Helfried Carl
 Diplomat, Co-Founder and Partner of the Innovation in Politics-Institute
AUF DER SUCHE NACH EUROPA



Leila Farsakh
 Political Economist, Professor, Massachusetts University, Boston
REGIONALISM AND BORDERS



Irene Giner-Reichl
 Ambassador ret., former Austrian Ambassador to China and Brazil
CHINA IM BLICK



Gudrun Harrer
 Senior Editor *Der Standard*, Lecturer, Vienna University and Diplomatic Academy
ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS



Irene Horejs
 Ambassador retired
AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT



Cathrin Kahlweit
 Correspondent of *Süddeutsche Zeitung* for Central and Eastern Europe
ZEITENWENDE – NEW WARS, OLD CRISIS



Nina Khrushcheva
 Professor of International Affairs, the New School, New York; Senior Fellow of the World Policy Institute, Author
A WINDOW ON RUSSIA



Georg Lennkh
 Ambassador ret., Board of Bruno Kreisky Forum
AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT



Hanno Loewy
 Lecturer, University of Konstanz, Director Jewish Museum Hohenems
BORDERS. GRENZEN UND IDENTITÄTEN



Wolfgang Maderthaner
 Historian, President of the Association for the History of the Labour Movement, Vienna, former Director General of the Austrian State Archives
ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)

CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS



Robert Misik
 Journalist and Author
GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE



Eva Nowotny
 Ambassador ret., Board of Bruno Kreisky Forum
TRANSATLANTICA



Walter Posch
 Iranian and Islamic Scholar, Institute for Peace Support and Conflict Management
HEGEMONIES AND ALLIANCES



Viola Raheb
 Theologian, pro-Oriente Stiftung, Vienna
POLITIK UND RELIGION, WOMEN'S SHARE IN PEACE AND SECURITY



Tessa Szyszkwitz
 Historian, Journalist and Author; Distinguished Fellow of the Royal United Services Institute in London
PHILOXENIA



A. Babler, E. Regner



E. Kara-Murza



P. Neumann



G. Lennkh

JANUARY

_10 JAHRESTHEMA: DEMOKRATIE POLITIK UND ÄSTHETIK
Konrad Paul Liessmann, Professor für Philosophie em., Publizist
Franz Schuh, Schriftsteller

_11 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES TEN YEARS OF AL-SISI IN EGYPT
Khaled Famy, Edward Keller Professor of North Africa and the Middle East, History Department, Tufts University, Massachusetts
Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*

_18 AUF DER SUCHE NACH EUROPA POSTTRAUMATISCHE SOUVERÄNITÄT
Karolina Wigura, Soziologin, Ideenhistorikerin, Journalistin; Mitglied des Vorstandes der Kultura Liberalna-Stiftung in Polen
Helfried Carl, Innovation in Politics Institute

_22 KREISKY FORUM SPECIAL DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN Zum 113. Geburtstag von Bruno Kreisky
Im Gespräch
Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums
Herbert Lackner, Journalist und Autor

_24 AUF DER SUCHE NACH EUROPA EUROPA SOZIAL UND GERECHT MACHEN
Andreas Babler, Bürgermeister der Stadtgemeinde Traiskirchen, Bundesparteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs
Evelyn Regner, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, S&D-Fraktion
Helfried Carl, Innovation in Politics Institute

_25 A WINDOW ON RUSSIA/PHILOXENIA MACHISMO UND MACHT
Wie der russische Chauvinismus Europa bedroht
Sabine Fischer, Politikwissenschaftlerin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin; Autorin mehrerer Bücher zu Osteuropa, Beraterin der deutschen Bundesregierung
Tessa Szyzkowitz, Journalistin und Autorin

_29 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES WEIZEN, WAFFEN, WIDERSTAND: RUSSLANDS NAHOST-POLITIK NACH UKRAINE- UND GAZA-KRIEG
Eckart Woertz, Direktor des GIGA-Instituts für Nahost-Studien in Hamburg sowie Professor für Zeitgeschichte und Politik des Nahen Ostens an der Universität Hamburg
Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*

FEBRUARY

_6. ARAB/MIDDLE EAST CHANGES – POLITIK UND RELIGION THE CHRISTIAN COMMUNITY IN IRAQ
Louis Raphael Sako, Head of the Chaldean Church in Iraq, Patriarch of Baghdad since February 2013, Cardinal since June 2018
Gudrun Harrer, Senior Editor, *Der Standard*

_12 DEMOKRATIE ÜBER DIE HEUCHELEI
Paul Lendvai, Autor und Publizist
Cathrin Kahlweit, Journalistin, Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* für Mittel- und Osteuropa

_14 A WINDOW ON RUSSIA RUSSLAND, UKRAINE UND DIE ZUKUNFT
Gerhard Mangott, Politikwissenschaftler, Universität Innsbruck
Raimund Löw, Journalist, *Falter Radio*

_19 GENIAL DAGEGEN FEHLDIAGNOSE POLARISIERUNG? Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft
Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität, Berlin
Robert Misik, Journalist und Autor

_20 PHILOXENIA COURAGE! Part 2 HOW TO FIGHT PUTIN
Evgenia Kara-Murza, Russian Human Rights Activist, wife of political prisoner Vladimir Kara-Murza
Tessa Szyzkowitz, Journalist and Author

_21 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES ISRAEL UND HISBOLLAH: DROHT DER FLÄCHENBRAND?
Heiko Wimmen, Leiter des Projekts Irak/Syrien/Libanon der International Crisis Group
Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*

_22 GENIAL DAGEGEN LOGIK DER ANGST
Peter Neumann, Politikwissenschaftler, Journalist und Publizist
Robert Misik, Journalist und Autor

_26 TRANSATLANTICA GESUNDHEITSDIPLOMATIE Vermitteln zwischen Konfliktparteien in Gesundheitsbelangen
Gerald Rockenschau, ehem. Dir. für gesundheitliche Notlagen in der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorstandsmitglied des BKF

_26 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE: ALTERNATIVES TO PARTITION
BKF-FES Conversations in Jerusalem
CONTEMPORARY TRENDS IN ISRAELI AND PALESTINIAN POLITICS
Introductory Session hosted by Bashir Bashir

MARCH

_1 ZERRISSENE JAHRE DAS SCHÖNE
Michael Köhlmeier, Schriftsteller
Philipp Blom, Historiker und Autor

_4 PHILOXENIA WIE DESPOTEN ZU MASSENMÖRDERN WERDEN
Julia Ebner, Investigativ-Journalistin, Autorin und Politikberaterin
Tessa Szyzkowitz, Journalistin und Autorin

_4 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE: ALTERNATIVES TO PARTITION
BKF-FES Conversations in Jerusalem
CIVIC VS. ETHNO-CULTURAL NATIONALISM
Yoni Mendel-Senior lecturer in the Department of Middle East Studies at Ben-Gurion University of the Negev and head of the Arabic Language and Culture Division

_6 REGIONALISM AND BORDERS SPOILS OF CIVIL WAR – BRINGING THE ARAB WORLD BACK IN?
Welcome by
Gertraud Auer Borea d'Almo, Secretary General, BKF
Hillary Wiesner, Program Director Arab region research and scholarship, Carnegie Corporation New York (tbc)
Nadia Al-Bagdadi, Professor at the Department of History, Co-Director Striking from the Margins-Projekt, CEU Vienna
Keynote Panel
Ghassan Salamé, Prof.em., former Dean of the Paris School of international Affairs, Lebanese Minister of Culture (2000–3) and Head of the UN Support Mission in Libya (2017–20)
Tarek Mitri, President of St. George University, Beirut; former Member of the Lebanese Government
Moderation: Aziz Al-Azmeh, Professor em., Central European University, Co-Founding Director *Striking from the Margins Project*

_8-10 REGIONALISM AND BORDERS – ARAB JEWISH ENGAGEMENTS 1.0 THE ROLE OF '48 PALESTINIANS IN THE PALESTINIAN REVOLUTION/PLO
Workshop under Chatham House Rule
Curator: Bashir Bashir

_12 HEGEMONIEN UND ALLIANZEN WAHLEN IM IRAN
Hessam Habibi Doroh, Lehrgangskoordinator und Vortragender, FH Campus Wien
Bijan Khajepour, Managing Partner Eurasian Nexus Partners
Walter Posch, Iranist und Islamwissenschaftler, IFK, Landesverteidigungsakademie

_14 GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE DIE RADIKALE RECHTE UND DER SOZIALSTAAT
Philip Rathgeb, Assistenzprofessor für Sozialpolitik an der University of Edinburgh, Träger des Kurt-Rothschild-Preises für Wirtschaftspolitik
Robert Misik, Journalist und Autor

_18 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT DAS HORN VON AFRIKA AM RANDE DES ZERFALLS? Eine geopolitische Krise abseits des Blickwinkels westlicher Medien
Begrüßung: Georg Lennkh, ehem. österreichischer Sonderbotschafter für Afrika, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums
Annette Weber, Sonderbeauftragte der Europäischen Union für das Horn von Afrika
Irene Horejs, ehem. EU-Diplomatin, u.a. Botschafterin in Mali und Niger

CALENDARIUM



C. Kahlweit

**_20 GENIAL DAGEGEN
DEMOKRATIEDÄMMERUNG**

Veith Selk, Politik- und Sozialwissenschaftler, Technische Universität Darmstadt

Robert Misik, Journalist und Autor

**_21 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
DIE NEUEN HERRSCHER AM GOLF UND IHR STREBEN NACH
GLOBALEM EINFLUSS**

Sebastian Sons, Senior Researcher, CARPO - Center for Applied Research in Partnership with the Orient, Bonn

Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*

APRIL

**_4 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
DIE HAMAS: ZWISCHEN WIDERSTAND UND TERROR**

Joseph Croitoru; Historiker, freier Journalist, Autor

Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*

**_8 ZEITENWENDE
IN MOSKOW'S SHADOWS**

Mark Galeotti, Historian, expert on Russian security policy and a profound expert on the Putin era, host of the podcast *In Moscow's Shadows*

Cathrin Kahlweit Journalist, Correspondent for Central- and Eastern Europe, *Süddeutsche Zeitung*

**_10 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
DIE HUTHIS UND ›DIE ACHSE DES WIDERSTANDES‹: DER GAZA-
KRIEG IM ROTEN MEER**

Stephan Reiner, von 2019 bis 2023 Analyst am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, derzeit am Sprachinstitut des Bundesheeres

Alexander Weissenburger, assoziierter Wissenschaftler am Institut für Sozialanthropologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*



K. Lederer

**_11 AUF DER SUCHE NACH EUROPA
EUROPA AM SCHEIDEWEG?**

Andreas Schieder, Leiter der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament

Helfried Carl, Innovation in Politics Institute

**_15 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE –
ALTERNATIVES TO PARTITION**

BKF-FES Conversations in Jerusalem
**THE RIGHT TO SELF-DETERMINATION AND SOVEREIGNTY: STA-
TIST INTERPRETATION VS. FEDERALISM/CONFEDERATION**

Itamar Mann, Vice Dean for Research and Associate Professor at the University of Haifa, Faculty of Law

**_16 AUF DER SUCHE NACH EUROPA
AM ENDE DER GEWOHNTE ORDUNG**

Sophie Pornschlegel, Politikwissenschaftlerin und Publizistin, Policy Fellow beim Progressiven Zentrum in Berlin, Lektorin an der Sciences Po in Paris

Helfried Carl, Innovation in Politics Institute

**_18 GENIAL DAGEGEN: WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE
LAW STATT ORDER**

Maximilian Pichl, Rechts- und Politikwissenschaftler, Professor für Soziales Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Rhein Main

Robert Misik, Journalist und Autor

**_22 GENIAL DAGEGEN
MIT LINKS DIE WELT RETTEN**

Klaus Lederer, von 2016 bis April 2023 Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa von Berlin, seither Mitglied der Fraktion

DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus

Robert Misik, Journalist und Autor

**_25 TRANSATLANTICA
DIE USA VOR DEN WAHLEN**

Trump versus Biden und darüber hinaus

Klaus Lederer, von 2016 bis April 2023 Bürgermeister und Senator
Begrüßung und Einleitung:

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorstandsmitglied des BKF
Gespräch:

Mitchell Ash, Historiker, Professor em. der Universität Wien, wissenschaftlicher Autor und Herausgeber

Raimund Löw, Journalist, Autor, Historiker, Leiter des *Falter Radio*



J. Hans

**_29 PHILOXENIA
WIE WIR UNS RASSISMUS BEBRINGEN**

Gilda Sahebi, Ärztin, Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin

Tessa Szyzskowitz, Journalistin, Autorin

**_30 ES IST EIN GUTES LAND.
REPUBLICANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)
GESCHICHTSSCHREIBUNG ZWISCHEN MYTHEN UND LEGENDEN**

Wolfgang Maderthaner, Historiker, Präsident des Vereins der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

CALENDARIUM

MAY

**_2 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
SOUTH AFRICA'S NEW ROLE IN INTERNATIONAL RELATIONS**

Thuli Madonsela; Advocate and Professor of Law, Director of the Centre for Social Justice in the Faculty of Law at Stellenbosch University, former Public Protector of South Africa

Georg Lennkh, Botschafter i.R., Vorstandsmitglied des BKF

**_6 ZEITENWENDE
DER KRIEG DAHEIM. DIKTATUR UND GEWALT IN RUSSLAND**

Julian Hans, Autor, ehem. Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Moskau

Cathrin Kahlweit, Journalistin, Korrespondentin für Mittel- und Osteuropa der *Süddeutschen Zeitung*

**_13 KREISKY FORUM SPECIAL
MIGRATION – DIASPORA – FLUCHT**

VERLEIHUNG ARI RATH PREIS FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS
Exil – Flucht – Vertreibung

Begrüßung und Begründung der Jury:

Oliver Rathkolb, Historiker und Jurist

Preisträgerin: **Maria Sterkl**, Journalistin, Korrespondentin der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* in Jerusalem

Laudatorin: **Tessa Szyzskowitz**, Journalistin und Autorin

Preisträger: **Palestine-Israel Journal**, **Hillel Schenker** und **Ziad Abu Zayyad**, Co-Herausgeber

Laudatorin: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forum



E. Nowotny

**_15 PHILOXENIA
NACHDENKEN ÜBER DIGITALE SCHLAMMSCHLACHTEN**

Wie die Dauervernetzung die Diskussionskultur bedroht

Eva Menasse, Autorin

Tessa Szyzskowitz, Journalistin und Autorin

**_16 GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE
REBELLISCHE WIRTSCHAFT- 50 JAHRE ROTER BÖRSENKRACH**

Jonas Grundnig, Roter Börsenkrach

Therese Guttmann, Institute for Ecological Economics, WU Wien

Peter Rosner, Wirtschaftswissenschaftler

Wilhelm Hemetsberger, Vorstandsvorsitzender Ithuba – Capital

Robert Misik, Journalist und Autor

**_23 DEMOKRATIE
MITLEID**

Plädoyer für ein unzeitgemäßes Gefühl

Franz Schuh, Schriftsteller

Maria Katharina Moser, evangelische Pfarrerin, Sozialethikerin, Direktorin der Diakonie Österreich

**_27 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE –
ALTERNATIVES TO PARTITION**

BKF-FES Conversations in Jerusalem
**LIBERAL DEMOCRACY (ONE PERSON ONE VOTE) AND
BI-NATIONAL STATE IN ISRAEL-PALESTINE**

Rula Hardal, Professor of Political Science, Palestinian Co-Director of ›A Land for All – Two States, One Homeland‹ (a joint Palestinian-Israeli political organization)

**_28 TRANSATLANTICA
PLÄDOYER FÜR EINEN PRAGMATISCHEN MULTILATERALISMUS**

Alexander Schallenberg, Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vize-Präsidentin des BKF



J. Kohlenberger



U. Plassnik



G. Auer Borea d'Olmo | M. Schmidt



N. Kowall | R. Misik

JUNE

_5 WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

LIBERALISM AGAINST ITSELF

The Cold War Roots of Liberalism's Present Crisis

Samuel Moyn, Chancellor Kent Professor of Law and History at Yale University and author of many books on the history of ideas and politics in the twentieth century

Herlinde Pauer-Studer, Professor at the Department of Philosophie, University of Vienna

Alexander Somek, Professor of Legal Philosophy at the Faculty of Law at the University of Vienna

Fabio Wolkenstein, Associate Professor at the Institute for Political Science at the University of Vienna

_6 AUF DER SUCHE NACH EUROPA

EUROPÄ NEU GEDACHT

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin, Migrationsforscherin, WU-Wien

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG

Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Helfried Carl, Innovation in Politics Institute, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

_8 100 JAHRE ZSOLNAY VERLAG

Zsolnay Lesefest im Belvedere 21

MEIN LEBEN ALS KLAVIER

Instrumentierte Lesung

Armin Turnher, Schriftsteller, Herausgeber des *Falter*

_10 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE ALTERNATIVES TO PARTITION

BKF-FES Conversations in Jerusalem

SETTLER COLONIALISM; APARTHEID AND DECOLONIZATION

Diana Butto, a Haifa-based lawyer and analyst who was the legal advisor to the Palestinian negotiating team in the early 2000s and is a frequent commentator and writer on Palestinian and Israeli issues.

_10 GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE

INFLATION, SANCTIONS AND INDUSTRIAL POLICY

Notes from the Front Lines of US and European Economic Policy Debates

James Galbraith, Economist, Professor at the Lyndon B. Johnson School of Public Affairs and at the Department of Government, University of Texas at Austin.

Robert Misik, Journalist, Author

_11 ZERRISSENE JAHRE

SELBSTZERSTÖRUNG DER DEMOKRATIE, TENDENZEN UND WIEDERKEHREN IM KURZEN 20. JAHRHUNDERT

In Erinnerung an Manès Sperber

Wolfgang Müller-Funk, Literatur- und Kulturwissenschaftler

Philipp Blom, Historiker, Schriftsteller

_17 POLITIK UND RELIGION

RELIGION AND THE CYPRUS PEACE PROCESS:

How can Christians and Muslims in Cyprus make a positive contribution

Salpy Eskidjian, Executive Director, Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process

Viola Raheb, Scholar of Religious Studies, Lecturer, Writer

_18 PHILOXENIA

THE BBC UNDER PRESSURE

How Public Broadcasters Adapt to the 21st Century

Kirsty Lang, Journalist, Broadcaster, former Foreign Correspondent

Tessa Szyszkowitz, Journalist and Author

_19 WOMEN IN INTERNATIONAL DIALOGUE

WOMEN'S POLITICAL BIOGRAPHIES IN THE MENAT REGION

Book presentation

Hind Kabawat, former Deputy Head of the Syrian Negotiation Commission's Geneva Office and a former Member of the High Negotiations Committee (HNC); President of TASTAKEL Women's Organization for Women's Empowerment and Peacebuilding

Randa Siniora, General Director of the Women's Center for Legal Aid and Counselling and Palestinian Human Rights Activist

Heidemarie Winkel, Professor of Sociology at Universität Bielefeld and Senior Research Associate at the VHI/St. Edmund's College, Cambridge University/UK

Viola Raheb, Scholar of Religious Studies Lecturer, Writer and Senior Fellow at BKF

_20 ZEITENWENDE

CONSCIENCE AND PROTEST – WRITING ABOUT RUSSIA

Boris Akunin, Author and Translator

Cathrin Kahlweit, Journalist, Correspondent for Central- and Eastern Europe, *Süddeutsche Zeitung*

_24-25 VIENNA CONFERENCE ON AFGHANISTAN, 4.0

Kuratoren:

Wolfgang Petritsch, Mitglied des Vorstands des Bruno Kreisky Forums, Präsident des ÖIIP

Nur Safa, Transferprojekt-Wien-Kabul

_24 RETHINKING ISRAEL/PALESTINE ALTERNATIVES TO PARTITION

BKF-FES Conversations in Jerusalem WHERE NOW FOR ISRAEL – PALESTINE?

Mahmoud Muna, a computer science graduate, trained communicator and known to many as the bookseller of Jerusalem. He is also a regular contributor to the media on culture and politics in Palestine and beyond.

_27-30 REGIONALISM AND BORDERS – ARAB JEWISH ENGAGEMENTS 2.0

TOWARDS A POLITICS OF EGALITARIAN COHABITATION IN ISRAEL/PALESTINE

Workshop under Chatham House Rule

Curator: **Bashir Bashir**

CALENDARIUM

JULY

_4 KREISKY FORUM SPECIAL

ÜBER DIE GESCHICHTE DES KREISKY FORUMS

Margit Schmidt, ehem. Assistentin von Bruno Kreisky, Mitbegründerin und erste Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog (1991–2004)

Gertraud Auer Borea d' Olmo, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums von 2004 bis August 2024, seither Mitglied des Vorstands des Kreisky Forum

SEPTEMBER

_4 GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE

RAUS AUS DER GLOBALISIERUNGSFALLE

Nikolaus Kowall, Ökonom, politischer Aktivist

Robert Misik, Journalist und Autor

_10 PHILOXENIA

RESISTANCE TO INJUSTICE

From Frantz Fanon to Solidarity Encampments at US-Universities – Lessons to Learn from Protest Movements

Adam Shatz, Author, US editor of *The London Review of Books*, visiting Professor at Bard College, Host of the podcast ›Myself with Others‹

Tessa Szyszkowitz, Journalist, Author

_12 ZEITENWENDE

GEGEN DIE NEUE HÄRTE

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin, Migrationsforscherin, Wirtschaftsuniversität Wien

Cathrin Kahlweit, Journalistin, Korrespondentin für Mittel- und Osteuropa der *Süddeutschen Zeitung*

_16 GENIAL DAGEGEN

DEMOKRATIE UND REVOLUTION

Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit

Hedwig Richter, Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Univ. der Bundeswehr in München

Bernd Ulrich, Redakteur der *ZEIT*

Robert Misik, Journalist und Autor

_23 GENIAL DAGEGEN

LEBENSZEITEN. MAN LEBT NICHT EINMAL EIN MAL...

Bernd Marin, Sozialwissenschaftler, Gründer und Direktor des Europäischen Bureau für Politikberatung und Sozialforschung in Wien

Robert Misik, Journalist und Autor

_24 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

WAS WURDE AUS DER DEMOKRATIE IN TUNESIEN?

Sarah Mersch, Filmwissenschaftlerin, freie Korrespondentin, berichtet seit 2010 von Tunis aus über Tunesien und den Maghreb

Gudrun Harrer, leitende Redakteurin, *Der Standard*



Y. Hirschfeld

_25 TRANSATLANTICA
EUROPEAN SECURITY – A NORDIC PERSPECTIVE
Nina Vaskunlahti, Ambassador of Finland in Austria
Wolfgang Mühlberger, Senior Advisor MENA & Strategy at CMI / Martti Ahtisaari Peace Foundation'
Eva Nowotny, Ambassador ret., Vice-President of BKF

_26 PHILOXENIA
IS COEXISTENCE BETWEEN ISRAELIS AND PALESTINIANS POSSIBLE?
Analysing past & future options for negotiations in the Middle East
Yair Hirschfeld, Lecturer at the University of Haifa, was a key architect of the Oslo Accords
Tessa Szyzkowitz, Journalist and Author

OCTOBER

_3 GENIAL DAGEGEN
VON DER NAMENLOSEN MENGE
Über Klasse, Wut und Einsamkeit
Olivier David, Schriftsteller, Journalist, Kolumnist
Robert Misik, Journalist und Autor

_4 KREISKY FORUM SPECIAL
20. Preisverleihung der BRUNO KREISKY PREISE FÜR VERDIENSTE UM DIE MENSCHENRECHTE
Begrüßung:
Sabine Kroissenbrunner, Generalsekretärin des BKF
Ewald Nowotny, Vorsitzender des Kuratoriums der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte
Internationale Preisträger:
Evgenia und Vladimir Kara-Murza, Human Rights Defender, Russland
Laudator: **Bill Browder**, Vorsitzender der Global Magnitsky Justice Campaign
Nationale Preisträger:
Gerald Rockenschaub, Gesundheitsdiplomats
Laudatorin: **Eva Nowotny**, Botschafterin i.R., Vize-Präsidentin des Bruno Kreisky Forums
Verein Wiener Frauenhäuser – repräsentiert durch **Maja**



F. Donelli

Markanović-Riedl, Direktorin
Laudatorin: **Beate Winkler**, Künstlerin, ehemalige Direktorin der EU-Grundrechte-Agentur
Moderation: **Gertraud Auer Boreo d'Olmo**, Vorstandsmitglied, Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte
Dank und Schlussworte:
Oliver Rathkolb, Vorstandsmitglied, Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte

_7 AUF DER SUCHE NACH EUROPA ANKOMMEN
Vedran Džihic, Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Lektor an der Universität Wien
Helfried Carl, Innovation in Politics Institute, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

_10 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
QUO VADIS, TÜRKEI?
Yavuz Köse, Professor für Turkologie am Institut für Orientalistik der Universität Wien
Sabine Kroissenbrunner, Diplomatin, Generalsekretärin des BKF

_14 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
RWANDA 30 YEARS AFTER THE GENOCIDE – A CONTESTED PARTNER FOR EU INTERESTS IN AFRICA?
Marie Roger Biloa, International Relations in the Department of Political and Social Sciences at the University of Trieste
Federico Donelli, Member of ECDPM's Board of Governors, Media Publisher and TV producer
Irene Horejs, former EU-Ambassador, Bruno Kreisky Forum

_15 PHILOXENIA
DAYBREAK IN GAZA
Matthew Teller, UK-based author and broadcaster, with a special focus on Palestine and the wider Middle East
Mahmoud Mouna, Writer, Publisher and Bookseller from Jerusalem, Palestine
Tessa Szyzkowitz, Journalist and Author

_17 GENIAL DAGEGEN
FORTSCHRITT UND REGRESSION
Rahel Jaeggi, Professorin für Praktische Philosophie, Rechts- und Sozialphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin
Robert Misik, Journalist und Autor



N. Bar-Yaacov

_22 MQ-GESPRÄCHE im Museumquartier
TWENTY-FIRST CENTURY VERTIGO
Ivan Krastev, Political Scientist, Chairman of the Centre for Liberal Strategies, Sofia, and Permanent Fellow at the Institute for Human Sciences, Vienna
Philipp Blom, Historian and Writer

_23 ZEITENWENDE
ZEITENWENDE ODER STILLSTAND: WELTMÄCHTE IM NEUEN KALTEN KRIEG
Jan Behrends, Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Professor für osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt
Cathrin Kahlweit, Journalistin, Korrespondentin für Mittel- und Osteuropa der *Süddeutschen Zeitung*

_24 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
SUDAN'S DEVASTATING WAR ON PEOPLE – WHAT INTERNATIONAL RESPONSE?
Welcome
Georg Lennkh, former Austrian Special Envoy for Africa and former EU Special Representative in Chad, Board Member of BKF
Ishraga Hamid, Mandy for Culture and Diversity Management
Franz Schmidjell, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)
Keynote
Suliman Baldo, Senior Expert and Director of the Sudan Transparency and Policy Tracker
Panelists:
Amira Osman, Peace Activist and Researcher, Co-Founder of Gender Centre for Research and Training (GCRT) in Sudan
Osama Kheir Mohamed, Diaspora Youth Activist
Anette Weber, Envoy for the Horn of Africa (online)
Moderator: **Irene Horejs**, former EU ambassador, BKF

_28 GENIAL DAGEGEN
DAS PRINZIP TROTZDEM
Warum wir den Journalismus vor den Medien retten müssen
Roger de Weck, Publizist, ehem. Chefredakteur der *Zeit*, Generaldirektor des Schweizer Radios und Fernsehens, Mitglied des Zukunftsrats für Reformen bei ARD, ZDF und Deutschlandfunk
Robert Misik, Autor und Journalist



S. Kroissenbrunner

_30 ZERRISSENE JAHRE
HOFFNUNG
Über ein kluges Verhältnis zur Welt
Philipp Blom, Historiker und Autor
Gertraud Auer Boreo d'Olmo, Vorstandsmitglied BKF

NOVEMBER

_4 PHILOXENIA
MIDDLE EAST 2024: ALTERNATIVES TO ALL OUT WAR BETWEEN ISRAEL AND IRAN
Nomi Bar-Yaacov, international Lawyer, Negotiator, Arbitrator and Mediator, Associate Fellow at the International Security Department at Chatham House, The Royal Institute of International Affairs, in London

_11 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
ALGERIA, A LINK BETWEEN NORTH AND SOUTH, EAST AND WEST?
Slimane Zeghidour, Chief Editor, TV5 Monde; Lecturer on the History and Politics of the Arab World at Sciences Po Paris, INALCO (Institut National des Langues et Civilisations Orientales), and La Sorbonne.

_13 MIDDLE EAST CHANGES
AN EXILE IN MY OWN COUNTRY
Amir Hassan Cheheltan, iranischer Schriftsteller
Renata Schmidtkunz, Journalistin, Regisseurin und Moderatorin, Leiterin der Sendereihe ›Im Gespräch‹, *Radio Ö1*

_14-17 HEGEMONIES AND ALLIANCES
TALKING IDEOLOGY: RESISTANCE AND CONTESTATION IN THE MIDDLE EAST
Workshop under Chatham House Rule
 Curator: **Walter Posch**, Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK)



A. Reckwitz



T. Szyszkowitz



K.P. Liessmann



F. Schuh

**_18 TRANSATLANTICA
THE US AFTER THE ELECTIONS**

Henri J. Barkey, Bernard L. and Bertha F. Cohen Chair in international Relations at Lehigh University Pennsylvania and Adjunct Senior Fellow for Middle East studies at the Council on Foreign Relations
Ellen Laipson, Director of the Master's in International Security degree program and the Center for Security Policy Studies in the Schar School of Policy and Government at George Mason University, President em. of Stimson Center
Eva Nowotny, Ambassador ret., Vice-President of BKF

BUCH WIEN 2024 IM KREISKY FORUM

**_23 ZEITENWENDE
DER STERBLICHE GOTT**

Macht und Herrschaft im Zarenreich
Jörg Baberowski, Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin und Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur russischen und sowjetischen Geschichte
Cathrin Kahlweit, Journalistin, Mittel- und Osteuropa-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*

BUCH WIEN 2024 IM KREISKY FORUM

**_22 PHILOXENIA
IM TÄGLICHEN KRIEG**

Andrej Kurkow, Schriftsteller, Radio- und TV-Kommentator
Tessa Szyszkowitz, Journalistin und Autorin

**_25 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
DIE AFRIKANISCH-EUROPÄISCHEN BEZIEHUNGEN UND DER
AUFSCHLUSSREICHE FALL DER SAHELZONE – EINE NOTWEN-
DIGE NEUGESTALTUNG?**

Kooperationsveranstaltung mit dem Österreichisch-Französischen Zentrum und der Französischen Botschaft

DECEMBER

**_2 GENIAL DAGEGEN
WOHIN DRIFTET DIE SLOWAKEI?**

Michal Hvorecký, slowakischer Schriftsteller und Journalist
Anna Durnová, Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien
Robert Misik, Autor und Journalist

**_3 ZEITENWENDE
OPPOSITION IN RUSSIA – A FUTURE WITHOUT PUTIN**

Anna Arutunyan, Russian-American Journalist, Analyst and Author
Cathrin Kahlweit, Journalist, Correspondent for Central- and Eastern Europe, *Süddeutsche Zeitung*

**_5 AUF DER SUCHE NACH EUROPA
HOW TO PREPARE THE EU FOR THE PERFECT STORM?**

The New European Commission Facing Trump, Putin and the Multi-Crisis
Erik Jones, Director of the Robert Schumann Centre for Advanced Studies at the European University Institute, Florence
Helfried Carl, Innovation in Politics Institute, Member of the Board of Bruno Kreisky Forum

**_6 – 8 REGIONALISM AND BORDERS/
ARAB JEWISH ENGAGEMENTS 3.0
AFTER GAZA: RE-IMAGINING THE INTERNATIONAL LEGAL
ORDER**

Workshop under Chatham House Rule
Curators: **Bashir Bashir**, **Gertraud Auer** **Borea d'Olmo**

**_9 GENIAL DAGEGEN
VERLUST**

Ein Grundproblem der Moderne
Andreas Reckwitz, Professor für Allgemeine Soziologie und Kultursoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin
Robert Misik, Journalist und Autor

**_12 PHILOXENIA
WE ARE FREE TO CHANGE THE WORLD
What do Hannah Arendt's lessons in love and disobedience mean for us?**

Lyndsey Stonebridge, Writer, Critic, Professor of Humanities and Human Rights at the University of Birmingham, UK
Tessa Szyszkowitz, Journalist and Author

JAHRESTHEMA – DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFTEN

Public Events

JAHRESTHEMA – FOCUS 2024

**DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFTEN
Herausforderungen für Europa und den Westen**

Der Westen ist hierbei – wie es der anglo-niederländische Experte Ian Buruma analysiert – nicht in einem strengen geographischen Sinne zu verstehen, sondern als eine Art von liberalen offenen Gesellschaften zu beschreiben, zu denen nun auch einige asiatische Länder gehören würden. Der Schock des Zweiten Weltkriegs habe das Gefühl des ›Nie wieder‹ hervorgerufen. Es herrschte ein Einverständnis, dass sich so etwas – mit Hilfe des Multilateralismus und internationaler Institutionen – nicht wiederholen dürfe. Was dies am Leben hielt, war – auf paradoxe Weise – der Kalte Krieg. Um der kommunistischen Propaganda entgegenzutreten zu können, brauchten die westlichen Demokratien eine gemeinsame Vorstellung vom Egalitarismus als Gegenentwurf zur kommunistischen Erzählung. Mit dem Ende der Sowjetunion geriet dieses Ideal zugunsten des freien Marktes schnell in Vergessenheit, was der liberalen Demokratie schadete. Der autoritäre Kapitalismus wurde zur neuen Herausforderung, wobei China der Vorreiter dieses Modells ist. Die politische Macht beruht auf der Idee der Ordnung, der nationalen Größe. Das Modell des autokratischen Kapitalismus erlaubt wohlhabenden Individuen viel persönliche Freiheit, aber keine politische Freiheit. In Europa – in Ländern wie Ungarn, der Türkei oder Polen – und bis zu einem gewissen Grad auch in den Vereinigten Staaten gewinnt der autoritäre Kapitalismus an Boden, aus unterschiedlichen Gründen und in verschiedenen Formen. Im Allgemeinen macht der Rechtspopulismus ›die Eliten‹ und Einwanderer für die finanzielle Stagnation oder den Niedergang der Mittel- und Arbeiterklasse verantwortlich. Laut Buruma liegt ein Grund dafür darin, dass die Linke die Klassen- und Wirtschaftsfragen aufgegeben und durch kulturelle Fragen ersetzt hat. Für ihn ist der Kulturkrieg eine Katastrophe für die liberalen Demokratien. Die Konzentration auf wirtschaftliche Interessen wäre eine Möglichkeit, das Problem (teilweise) zu lösen.

Dieses Jahresthema – das in allen Veranstaltungsreihen des Bruno Kreisky Forums reflektiert wurde – soll ebendiesen Themenkomplex der gefährdeten liberalen Demokratien und Herausforderungen für offene Gesellschaften beleuchten und nach möglichen Lösungsansätzen suchen.



C. Kahlweit



P. Lendvai



M. K. Moser



F. Schuh

POLITIK UND ÄSTHETIK

Konrad Paul Liessmann, Professor für Philosophie em., Publizist

Franz Schuh, Schriftsteller

In Zusammenarbeit mit dem Zsolnay Verlag

»Das Verhältnis von ›Ästhetik und Politik‹ wird nicht selten unter dem Niveau des Problems diskutiert. Gerne nimmt man die Meinung des Künstlers für die Politik der Kunst. Manche Künstler segeln auch in diesem Fahrwasser, was ja wünschenswert sein kann, falls man ›die Haltung‹ des Künstlers mit der eines jeden Staatsbürgers gleichsetzt. Aber das Politische in der Kunst ist weitaus komplizierter. Es ist vielschichtig und nicht einfach an einer Oberfläche ablesbar. Konrad Paul Liessmann hat vor einigen Monaten in der Neuen Zürcher Zeitung einen Aufsatz veröffentlicht, durch den an einem spezifischen Fall klar wird, wie sich das Verhältnis von Politik und Ästhetik beispielhaft diskutieren lässt: ›Nicht zufällig‹, so hieß es in der NZZ, ›firmierte Prigoschins brutale Söldnertruppe unter dem Namen des Komponisten Richard Wagner. Sie partizipierte damit auf vulgäre Weise an dessen faschistoidem Nimbus. Doch wie verhalten sich Geist und Gestalt von Wagners Werk zu diesem Missbrauch?‹ Liessmanns Aufsatz war Anlass und Fundament für ein Gespräch im Kreisky Forum über die Ästhetisierung der Politik, deren politische Wirkung, wie es scheint, derzeit von vielen Politikern unterschätzt wird.« (Franz Schuh)

Nachzusehen ist das Gespräch auf dem YouTube-Kanal und der Homepage des Bruno Kreisky Forums.

ÜBER DIE HEUCHELEI

Paul Lendvai, Autor und Publizist

Cathrin Kahlweit, Autorin und Journalistin, Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* für Mittel- und Osteuropa

In Zusammenarbeit mit dem Zsolnay Verlag

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine steht nicht nur die internationale Weltordnung unter Druck, sondern auch viele alte Gewissheiten stehen in Frage. Die Duldsamkeit, ja Ignoranz gegenüber Politikern, die direkt unter den Augen der Europäischen Gemeinschaft und zum Schaden ihrer Bürger Demokratien unterminierten und den russischen Einfluss in Europa förderten, war Paul Lendvai dabei schon immer ein Dorn im Auge. Der Journalist, Experte für Mitteleuropa und den Balkan, hat sich in seinem im Frühjahr 2024 vorgelegten Buch ›Über die Heuchelei‹ mit der Frage auseinandergesetzt, welchen Anteil Täuschungen und Selbsttäuschungen daran haben, dass Politiker mit ihren Beschwichtigungen und Lügen, mit ihrer Gier und ihrem Ausverkauf von Interessen so leicht davonkommen.

Im Gespräch mit der SZ-Korrespondentin Cathrin Kahlweit erläutert er, warum insbesondere Wladimir Putin ein ›triumphierender Betrüger‹ ist, der wieder und wieder gegen Völkerrecht verstoßen und im eigenen Land eine Diktatur errichten konnte, während ihm Wirtschaftsführer und Politiker im Westen applaudierten. Und warum auch Autokraten wie der serbische Präsident Alexander Vučić, Pseudodemokraten wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und geschickte Verführer wie Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz bisher weitgehend ungehindert mit den ›Beschwichtigungen und Beschönigungen‹ ihrer demokratiefeindlichen Politik durchgekommen sind. Im Westen seien ›Fehlgriffe‹ akzeptiert worden und ›Fehldeutungen‹ durchaus gewollt gewesen – zum eigenen Vorteil, aus ökonomischen und monetären Gründen. So habe etwa der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder das russische Regime aus schlichter Geldgier hofiert.

Dennoch, so Lendvai, solle man Projekte wie die EU-Erweiterung nicht aufgeben, sondern neue Formen der Zusammenarbeit mit neuen Partnern suchen. Schließlich seien nicht nur politische Systeme fehler- und korruptionsanfällig, sondern vor allem die in ihnen handelnden Menschen.

MITLEID

Plädoyer für ein unzeitgemäßes Gefühl

Franz Schuh, Schriftsteller

Maria Katharina Moser, evangelische Pfarrerin, Sozialethikerin, Direktorin der Diakonie Österreich

In Zusammenarbeit mit Walter Famlar/Alte Schmiede und dem Residenzverlag

Titel und Idee zu dieser Veranstaltung entstammen einem Buch des Theologen Alfred Holl. 1954 zum Priester geweiht, brachten ihn seine Texte in Konflikt mit der katholischen Kirche; 1976 folgte die Suspendierung vom Priesteramt. Er lebte als Schriftsteller und freier Publizist in Wien, wo er 2020 starb. Der Residenzverlag publiziert seit 2021 eine Werkausgabe seiner Schriften, herausgegeben von Walter Famlar und Harald Klauhs. Holls Buch ›Mitleid im Winter‹ ist im Mai 2024 mit einem Vorwort von Franz Schuh erschienen.

»Adolf Holl war einst Kaplan und danach einer der Moderatoren des seligen Club 2. Aber vor allem war er, auch wenn dies am wenigsten bemerkt wurde, einer der großen Schriftsteller Österreichs. Das ist deshalb weniger bemerkt worden, weil seine Bücher religiöse Themen hatten, obwohl Holls Darstellungen über religiöse Beschränkungen hinaus gingen. Sein Buch ›Mitleid im Winter‹ ist literarisch ein Meisterwerk, aber es ist auch für sogenannte ›Sachfragen‹ zuständig. Die Grundfrage könnte man so formulieren: Mitleid ist ein Gefühl, dessen man sich nicht erwehren kann, aber nicht selten erwehren muss. Zwischen der nötigen Selbstsorge und der Sorge für andere herrscht nicht einfach Einigkeit.« (Franz Schuh)

Schuh hat in seinem Buch ›Hilfe. Ein Versuch zur Güte‹ thematisch verwandt argumentiert: Die Bürokratisierung von Hilfe, ihre gesetzliche und organisierte Verankerung in der Gesellschaft, sei zuverlässiger als das naturgemäß schwankende Mitleidsgefühl, ohne das allerdings die – wie immer auch gut organisierte – Hilfe gar nicht existieren könnte.

Über charakteristische Ambivalenzen des Mitleids sprach Franz Schuh im Kreisky Forum mit Maria Katharina Moser. Sie ist Leiterin der Diakonie, kommt also aus der Praxis und kennt sich als Theologin und Pfarrerin ebenso gut in der Theorie aus.

Nachzusehen ist das Gespräch auf dem YouTube-Kanal und der Homepage des Bruno Kreisky Forums



A. Weber



G. Lennkh



Th. Madonsela



I. Horejs

LECTURE SERIES

AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT

Curator: **Georg Lennkh**, Ambassador ret., Board Member of the Bruno Kreisky Forum

The general perception Europe has of Africa is still largely dominated by clichés and generalizations. The series ›Africa. Dimensions of a Continent‹, launched in 2009, has thus focused on the diversity and vitality of African politics from a scientific perspective, considering it from various angles and addressing the different dimensions of the continent as well as the Austrian development policy strategies and the EU-Africa Strategy.

DAS HORN VON AFRIKA AM RANDE DES ZERFALLS? Eine geopolitische Krise abseits des Blickwinkels westlicher Medien

Begrüßung: **Georg Lennkh**, ehem. österreichischer Sonderbotschafter für Afrika, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

Annette Weber, Sonderbeauftragte der Europäischen Union für das Horn von Afrika

Irene Horejs, ehem. EU-Diplomatin, u.a. Botschafterin in Mali und Niger

Das Horn von Afrika, das Rote Meer und der Golf von Aden müssen als eine Region betrachtet werden, die sich intern beeinflusst und im Kontext miteinander zu betrachten ist.

Im Sudan kam es in den Jahren 2018/2019 zu einer Aushebelung der damaligen Regierung. Daraufhin gab es Hoffnungen auf eine zivile Transition mit dem Ergebnis einer konsolidierten zivilen Regierung. Diese Entwicklung blieb aber aus, denn ein zerstörerischer Krieg zwischen den zwei militärischen Gruppen RSF und SAF brach aus. Die angrenzende Region veränderte sich und der Einfluss der Sahel-Region auf den Sudan wurde nicht berücksichtigt. Der Anführer der RSF verbündete sich mit der Wagner-Gruppe und verkaufte wertvolle Edelmetalle an die angrenzenden Länder, um auch so den Krieg zu finanzieren. Der Einfluss von Russland und Iran spielen laut Annette Weber eine erhebliche Rolle. In der Region gibt es viele Fragezeichen und Baustellen, die es zu bearbeiten/lösen gilt – drei große Konflikte sind momentan jedoch zentral. Im Sudan überlebt die Elite gerade noch so, der Bevölkerung geht es elendig. Es gibt eine enorm große Zahl an intern Vertriebenen, da im Sudan humanitäre Notlage herrscht, ausgelöst durch einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung. Weber betont in ihrem Vortrag die Bedeutung der internen Konflikte aber auch die Einflüsse der darüberhinausgehenden Spannungen. So wirkten sich auch der Krieg zwischen Israel und Gaza auf die Region aus. Die Gegend ist extrem anfällig dafür, fragmentiert zu werden aufgrund innerer Konflikte und von außen wirkenden Akteuren. Es braucht jetzt einen Zusammenschluss der Regionen, ansonsten wird der Druck ausgehend von den Konflikten zukünftig immer größer und schwieriger aufzulösen.

Die EU leistet viel Arbeit in Verbindung mit der Zivilgesellschaft vor Ort, die Mediationsinitiativen sind jedoch sehr zersplittert und über die Region verteilt, wodurch eine aktive Zusammenarbeit kaum möglich ist. Das bedeutet wiederum, die Initiativen können keinen Druck auf Kriegsparteien aufbauen, um eine

nichtmilitärischen Lösungsfindung zu forcieren. Wichtig für die Region wäre eine übergreifende wirtschaftliche Vernetzung und Zusammenarbeit, dann hätten die Länder die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen, erklärt Weber.

Für die EU besteht großes Interesse, Stabilität in der Region herzustellen, einerseits wegen der Handelswege aber auch in Hinblick auf die Energie-Versorgung. Die EU geht davon aus, wenn es lokal eine bessere Versorgungssicherheit in den Ländern gibt, dann gäbe es zukünftig ein geringeres Konfliktpotenzial. Die EU galt lange Zeit als wichtigster Handelspartner, das verändert sich jedoch: China baute in den letzten Jahren seine Handelsbeziehungen immer stärker aus. Russlands Rolle nimmt stark an Bedeutung zu, und auch der Iran hat Interessen in diesem Gebiet. Außerdem gewinnt die Türkei an Einfluss, vor allem im Sicherheitsbereich auf See. Die EU-Expertin verweist darauf, dass die USA noch als wichtiger Player agieren, sollte es aber zu einer erneuten Präsidentschaft Trumps kommen, werden die Vereinigten Staaten sich aus dem Horn zurückziehen. In diesem Zusammenhang stellt sich für die EU die Frage, ob es eine weitreichende Strategie gibt, diese Entwicklung auszugleichen.

Eine Frage, später im Gespräch nochmals aufgegriffen, bezieht sich darauf, wie sich der militärische Konflikt im Sudan finanziere. Es handelt sich nicht um einen Bürgerkrieg, sondern um eine kriegerische Auseinandersetzung zweier Parteien innerhalb des Militärs. In den vergangenen Jahren konnte das Militär der SAF sozusagen eine Parallelökonomie etablieren über die landwirtschaftliche und militärische Produktion. Diese wirtschaftliche Entwicklung fängt langsam an zu bröckeln. Auf der anderen Seite bleibt die RSF flüssig, aufgrund des Goldabbaus. Ein Sieg der RSF würde nicht Frieden bedeuten, sondern vielmehr den Beginn eines Bürgerkrieges. Kurz nach Ausbruch des Konflikts reagierte die Afrikanische Union und IGAD schnell und versuchten, die Spannungen durch verschiedene Initiativen zu lösen. Diese Versuche scheiterten jedoch. Nun versuchen EU, AU und IGAD die Zivilbevölkerung zu erreichen, um gemeinsam mit der Region an einer Lösung zu arbeiten.

Zum Schluss wurde noch kurz der alte Krisenherd Somalia angesprochen. Weber beschrieb in diesem Zusammenhang, welche Ambitionen es gibt, um in Somalia wieder Stabilität aufzubauen.

SOUTH AFRICA'S NEW ROLE IN INTERNATIONAL RELATIONS

Thuli Madonsela, Advocate and Professor of Law, Director of the Centre for Social Justice in the Faculty of Law at Stellenbosch University, former Public Protector of South Africa

Today, South Africa plays a leading political and economic role on the African continent. The country is committed to resolving intra-African conflicts and strengthening regional organizations such as the African Union (AU) and the Southern African Development Community (SADC). In the global economy, South Africa plays a mediating role between industrialized and developing countries. In international organizations such as the United Nations, the G20 and the World Trade Organization (WTO), South Africa sees itself as an advocate for Africa's interests. In 2023, South Africa held the presidency of the BRICS states, an informal group of emerging economies.

The fact that more than half of South Africa's population lives below the national poverty line is a cause for concern. The black population is particularly affected. There is hardly any other country in the world where income and wealth are distributed as unequally as in South Africa.

South Africa is also intervening on a geopolitical level. Since the beginning of the war on Gaza, the country has been one of the fiercest critics of the Israeli military operation. It has called on the International

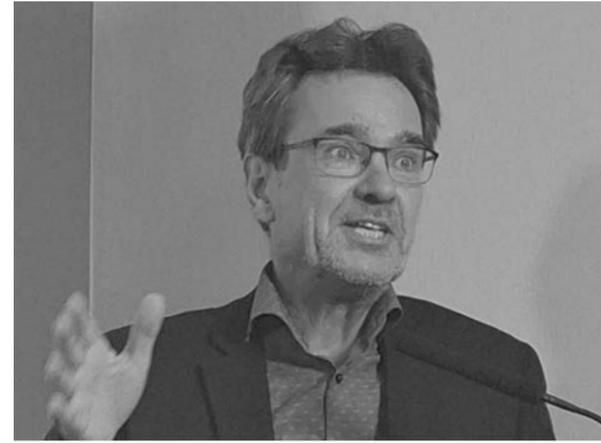
LECTURE SERIES_AFRICA.DIMENSION OF A CONTINENT



M. R. Biloa



I. Horejs



F. Schmidjell



F. Donelli

Court of Justice (ICJ), the main UN legal body responsible for settling disputes between states, to classify Israel's actions in the Gaza Strip as 'genocide'. South Africa has also submitted an urgent appeal to the ICJ to ensure that Israel allows more humanitarian aid into the embattled Gaza Strip.

In her presentation, former Public Protector of South Africa and founder of the Thuma Foundation for Democracy Leadership and Literacy, Thuli Madonsela, addressed the very complex relationship between the global north and the global south, with a history including colonialism, collaboration, interdependence, corruption and asymmetrical trade relationship. These challenges and those of equality and fair trade made Africa look east for other partnerships since Africa and Europe are more and more drifting apart. To counter this development and reset the relationship, the focus must be laid on justice, but a justice that includes respect for human rights and anti-corruption. The problem is that everyone agrees in principle on good governance, anti-corruption and justice over all, but the terms, the content of fairness for all of us, need to be determined together. A long-term goal is to democratize trade, and the search for fair trade is also impaired with human rights.

Concerning Human rights, Professor Madonsela thinks that the Western world has been very good in upholding human rights at home but shows great ambivalence concerning human rights protection beyond Europe and America. She underlined her argument pointing to the atrocities committed in the occupied territories in Palestine, which are well documented by international organizations. On October 7th the boundaries of armed resistance against an occupying force were transcended by the attack on civilians, but Israel's actions since then are, in her view, a violation of the genocide convention. South Africa has a solid relationship with Palestine over many years. One of the first places Nelson Mandela visited after being released from prison was Gaza, and in his statements asked Israel to uphold international law and human rights in Palestine in order to allow a two-state-solution to unfold. What is happening in Palestine and also globally should remind us of our shared humanity, the global north and the global south are bound by humanity, and we are responsible to defend it. As long as there is injustice somewhere, there cannot be sustainable peace anywhere. Investing in peace is investing in justice.

RWANDA 30 YEARS AFTER THE GENOCIDE – A CONTESTED PARTNER FOR EU INTERESTS IN AFRICA?

Marie Roger Biloa, International Relations in the Department of Political and Social Sciences at the University of Trieste

Federico Donelli, Member of ECDPM's Board of Governors, Media Publisher and TV producer

Irene Horejs, former EU-Ambassador, Bruno Kreisky Forum

Dreißig Jahre nach dem Völkermord von 1994 hat Ruanda einen bemerkenswerten Wandel vollzogen und sich zu einem Land mit stetigem Wirtschaftswachstum, sauberen Städten und dem Ruf eines der am besten organisierten Länder Afrikas entwickelt. Obwohl Ruanda trotz seiner geringen Größe, seiner dichten Bevölkerung und seiner begrenzten Ressourcen hat Ruanda ein Wirtschaftswachstum erzielt hat, ist das Land nach wie vor stark von der Subsistenzlandwirtschaft abhängig. Der Völkermord, dem rund 800.000 Menschen zum Opfer fielen, trieb das Land in den wirtschaftlichen Ruin und zwang zwei Millionen Menschen zur Flucht.

Im Laufe der Zeit hat die politische Führung Ruandas, die Ruandische Patriotische Front (RPF), der Stabilität und dem wirtschaftlichen Fortschritt Priorität eingeräumt. Diese Verbesserungen haben jedoch ihren Preis: Die ruandische Regierung ist wegen ihrer autoritären Herrschaft und der Unterdrückung von JournalistInnen und politischen GegnerInnen in die Kritik geraten. Darüber hinaus wurde Ruandas Beteiligung an den Konflikten im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) kritisiert. Ruandas Rolle im

Krieg in Ost-DRK hat eine der größten humanitären Krisen der Welt ausgelöst. In der Region befinden sich etwa 60 % der weltweiten Mineralressourcen, die für den ökologischen Umbau der westlichen Wirtschaft, wie den Green Deal der EU, von entscheidender Bedeutung sind. Ruanda rechtfertigt seine militärischen Einsätze in der DRK als sicherheitspolitisch notwendig, während Kritiker annehmen, dass es Ruanda primär um die Kontrolle dieser Mineralressourcen geht. Diese Einmischung, auch durch Truppen des ruandischen Heeres, verschärft die Gewalt vor Ort und wirft Fragen über Ruandas wahren Motive auf.

Im Februar 2023 unterzeichnete die Europäische Union ein Abkommen mit Ruanda über die Wertschöpfungskette von Rohstoffen. Dieses Abkommen etabliert Ruanda als Drehscheibe für die Veredelung und den Export wichtiger Mineralien. Obwohl Ruanda selbst über wenige eigene Ressourcen verfügt, machen die Stabilität und die Einhaltung der EU-Standards das Land zu einem attraktiven Partner. Gleichzeitig birgt dieses Abkommen ethische Herausforderungen: Unterstützt die EU durch diese Partnerschaft indirekt den Krieg in der DRK und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen?

Die ruandische Außenpolitik hat sich der Militärdiplomatie bedient, um ein Bild von Stabilität und Fortschritt zu vermitteln. Das Land leistet einen aktiven Beitrag zu militärischen Missionen. Seit 2005 haben über 6 000 Soldaten an multilateralen Operationen teilgenommen. In jüngster Zeit ist Ruanda zur bilateralen Militärdiplomatie übergegangen und hat Truppen direkt in die Zentralafrikanische Republik und nach Mosambik entsandt. Diese Strategie stärkt den Einfluss Ruandas im Ausland und trägt dazu bei, von Problemen innerhalb der eigenen Regierung abzulenken.

Das Wachstum Ruandas spiegelt sowohl die Aussichten als auch die Schwierigkeiten seines Entwicklungsweges wider, der durch strategische internationale Beziehungen und interne Herausforderungen gekennzeichnet ist, die sich ständig weiterentwickeln.

SUDAN'S DEVASTATING WAR ON PEOPLE – WHAT INTERNATIONAL RESPONSE?

Welcome

Georg Lennkh, former Austrian Special Envoy for Africa and former EU Special Representative in Chad, board member of the Kreisky Forums

Ishraga Hamid, Mendy for Culture Cultura and Diversity Management

Franz Schmidjell, Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)

Keynote

Suliman Baldo, Senior Expert and Director of the Sudan Transparency and Policy Tracker

Panelists

Amira Osman, Peace Activist and Researcher, Co-Founder of Gender Centre for Research and Training (GCRT) in Sudan

Osama Kheir Mohamed, Diaspora Youth Activist

Anette Weber, Envoy for the Horn of Africa (online)

Moderator: **Irene Horejs**, former EU Ambassador, Bruno Kreisky Forum

In Zusammenarbeit mit dem Vienna Institute for International Cooperation and Dialogue (VIDC) und dem Verein Mendy für Friedenskultur und Diversitätsmanagement

Sudan durchlief in den letzten Jahren tiefgreifende politische Umwälzungen. Nach einer friedlichen Revolution 2019, die zum Sturz des Langzeitdiktators Omar al-Bashir führte, folgte eine fragile Übergangsphase. Im Oktober 2021 kam es zu einem Militärputsch, der den Demokratisierungsprozess abrupt beendete. Im April 2023 brach schließlich ein Krieg zwischen den beiden dominierenden Militärfraktionen,



Sudan Conference

den Sudanese Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), aus. Dieser Konflikt hat zur derzeit größten humanitären Katastrophe geführt und Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Der Krieg in Sudan wird oft als ein Machtkampf zwischen zwei Generälen dargestellt. Suliman Baldo stellte jedoch klar, dass der Konflikt als Ausdruck eines breiteren Kampfes zwischen der militärischen Elite und den demokratischen Bestrebungen der sudanesischen Zivilbevölkerung zu verstehen ist. Die Generäle Abdel Fattah al-Burhan (SAF) und Mohamed Hamdan Dagalo (RSF), nutzten ihre Machtpositionen, um die Revolution zu unterdrücken und ihre wirtschaftlichen Interessen und Privilegien zu sichern. Beide Militärfraktionen haben starke wirtschaftliche Verbindungen, insbesondere über die Kontrolle von Ressourcen wie Gold, Öl und der landwirtschaftlichen Produktion und dem Export landwirtschaftlicher Produkte. Diese Interessen treiben den Konflikt weiter an und erschweren eine friedliche Lösung.

Der Konflikt wird durch die Beteiligung internationaler und regionaler Akteure mit divergierenden Interessen wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Russland und Ägypten verschärft. Diese Länder verfolgen geopolitische und wirtschaftliche Interessen, wie den Zugang zu Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie einer Ausweitung ihres Einflusses an der Zone des Roten Meers. Russland zeigt Interesse an sudanesischem Gold, (aus RSF kontrollierten Gebiet) und seinem Militärstützpunkt am Roten Meer. Entscheidende externe Player sind aber auch die Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Ägypten, dem es um die Kontrolle des Wassers vom Nil, der Lieferungen sudanesischen Rindfleisches und die Kontrolle der sudanesischen Flüchtlingsströme geht.

Die internationale Gemeinschaft einschließlich der Europäischen Union wurde von den Diskussions TeilnehmerInnen dafür kritisiert, nicht genug zur Konfliktlösung beizutragen. Der EU wurde u.a. vorgeworfen, im Rahmen des sogenannten ›Khartum-Prozesses‹ indirekt mit der RSF zusammengearbeitet zu haben, um Migrationsströme zu kontrollieren. Diese Kritik schwäche den Einfluss der EU in der Region.

Die sudanesischen Zivilgesellschaft spielt trotz des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen eine zentrale Rolle in der humanitären Hilfe. Besonders Frauenorganisationen sind aktiv in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe sowie in der Konfliktvermittlung in ihren Gemeinden. Eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Zivilbevölkerung spielt die Diaspora (Fundraising, Verbreiten von Informationen und Botschaften über Soziale Medien), welche jedoch auch mit Herausforderungen wie Rassismus und Ressourcenkonkurrenz konfrontiert ist, was die Wirksamkeit ihrer Bemühungen beeinträchtigt.

Kritisiert wurde die unzureichende Berichterstattung über den Konflikt in den Medien und die darauf zurückzuführenden schwachen internationalen Reaktionen – im Gegensatz zum Krieg in der Ukraine. In den abschließenden Diskussionen wurde die internationale Gemeinschaft aufgerufen, aktiver zu werden, wenn es um die Beendigung des Krieges und den Wiederaufbau des Landes geht. Die Stimmen der sudanesischen Zivilgesellschaft müssten gehört und in die Entscheidungsfindung stärker einbezogen werden.



A. Antil



N. Bagayoko

DIE AFRIKANISCH-EUROPÄISCHEN BEZIEHUNGEN UND DER AUFSCHLUSSREICHE FALL DER SAHEL-ZONE: EINE NOTWENDIGE NEUGESTALTUNG?

In Zusammenarbeit mit dem Österreichisch-Französischen Zentrum (ÖFZ) und der Französischen Botschaft

Begrüßung:

Matthieu Peyraud, Botschafter der Republik Frankreich in Österreich

Dietmar Schweisgut, Generalsekretär des Österreichisch-Französischen Zentrums für Annäherung in Europa

Diskussion:

Niagalé Bagayoko, Präsidentin und Vorsitzende des African Security Sector Network

Babacar Ndiaye, Senior Researcher am Timbuktu Institute, Dakar

Alain Antil, Forscher und Direktor des Zentrums für Sub-Sahara-Afrika am Institut am französischen Institut für Internationale Beziehungen (IFRI)

Markus Reiterer, Leiter der Abteilung Westafrika im österreichischen Bundesministerium für Europa und internationale Angelegenheiten

Moderation:

Stéphane Gompertz, stellvertretender Direktor des Institut Afrique Monde

Fazit:

Georg Lennkh, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

Der letzte Gipfel zwischen der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union (EU) im Jahr 2022 hat gemischte Gefühle hervorgerufen. Die Europäer verließen ihn eher zufrieden, während die Afrikaner – enttäuscht von den nicht eingehaltenen Versprechungen Europas –, betonten, dass der Kontinent nun über andere Partner verfüge, die von China über Russland bis hin zur Türkei und Indien reichen. Europa ist dementsprechend nicht mehr der einzige einflussreiche Akteur in Afrika.

Während die AU und die EU immer noch keinen Termin für ihr nächstes Gipfeltreffen gefunden haben, nehmen die Herausforderungen in Afrika angesichts des Wirtschaftswachstums und der Unsicherheit zu. Die Instabilität auf dem Kontinent ist auf interne Faktoren zurückzuführen; mit einer dynamischen, unternehmerischen und vernetzten Jugend, die allerdings anfällig für Manipulationen in den sozialen Netzwerken ist und immer mehr die Korruption der Eliten und das ›westliche‹ Demokratiemodell in Frage stellt. Die Instabilität ist ebenso eine Folge der internationalen Krisen – in der Ukraine und im Nahen Osten –, des Klimawandels, des zunehmenden Terrorismus und der Verbreitung antiwestlicher Narrative, vor allem durch Russland.

Um diesen Herausforderungen zu trotzen, muss Europa sowohl seine Herangehensweise hinsichtlich Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und humanitärer Hilfe als auch seine Haltung bezüglich Governance und wirtschaftlicher Zusammenarbeit überdenken. Stabilität erfolgt durch einen verbesserten Zugang zu Wasser, Strom und Infrastruktur sowie einen soliden Gesetzesrahmen, um Investoren anzuziehen, wodurch die Auswanderung nach Europa verringert werden kann. Der Einfluss Chinas, Afrikas größtem Handelspartner, und Russlands, das in Mali, Niger und der Demokratischen Republik Kongo präsent ist, verkompliziert jedoch die Situation, auch wenn die EU als Reaktion darauf ihr Engagement in Afrika, z. B. mit dem Programm Global Gateway, verstärkt hat. Diese Veranstaltung, die am 25. November 2024 in der Französischen Botschaft stattfand, sollte diese Herausforderungen beleuchten, Impulse schaffen, wie die EU ihre Sicherheitsstrategie anpassen kann und der Frage nachgehen, welche spezifische Rolle Frankreich und Österreich in diesem kompetitiven geopolitischen Kontext spielen können



K. Famy



G. Harrer



G. Harrer | E. Woertz



E. Woertz

ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

Kuratorin: Gudrun Harrer, Autorin, leitende Redakteurin bei Der Standard, Lektorin für Moderne Geschichte und Politik des Nahen und Mittleren Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien

Diese Reihe wurde als Reaktion auf die Umbrüche in der arabischen Welt im und nach dem Revolutionsjahr 2011 eingerichtet. Das Programm ist breit gefächert: Die Vorträge prominenter Experten und Expertinnen können sowohl Entwicklungen einzelner arabischer Staaten zum Inhalt haben als auch Themen auf einer übergeordneten Ebene wie Demokratie, Demografie u.ä.

TEN YEARS OF AL-SISI IN EGYPT

Khaled Famy, Edward Keller Professor of North Africa and the Middle East, History Department, Tufts University, Massachusetts

Nach einer tumultuösen Zeit in Ägypten – sie hat lange vor der Revolution 2011 begonnen – hat Präsident Abdel Fattah al-Sisi hart daran gearbeitet, Ruhe und Stabilität wieder herzustellen. Der aus Ägypten stammende, nun in den USA lehrende Historiker Khaled Fahmy betont, dass Sisi jedoch nicht etwa den Status quo ante, wie er vor der Präsidentschaft des Muslimbruders Mohammed Morsi gegeben war, hergestellt hat. Sisi hat nichts weniger getan, als die Natur des Systems und der Gesellschaft umzubauen. Es ist eine komplette Restrukturierung des ägyptischen Staats, Sisi nennt ihn selbst die »zweite Republik«.

Dazu war folgendes nötig: eine völlige Ausschaltung des öffentlichen Dissenses; die Schließung des öffentlichen Raums; eine signifikante Stärkung der Rolle des Militärs in Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben; sowie die Abschaffung von grundlegenden Prinzipien, die zwar in Ägypten nie sehr robust, aber doch vorhanden waren – die Gewaltentrennung. Der Aufstieg des Militärs in allen wirtschaftlichen Sektoren führte zu einer Vermischung militärischer mit öffentlichen Strukturen und dem privaten Sektor.

Die wirtschaftliche Krise Ägyptens ist gleichzeitig dramatisch: eine hohe Inflationsrate, hohe Arbeitslosigkeit und die Schwäche des ägyptischen Pfund, das seit 2014 ständig an Wert verloren hat, von einer Rate zum US-Dollar 1:8 zu 1:30 (inoffiziell 1:50). Die Schuldenlast ist erdrückend, allein 2024 muss Ägypten 42 Milliarden US-Dollar zurückzahlen. Auch außenpolitisch ist Ägypten mit ernsthaften Problemen konfrontiert, die im Inneren ihren Niederschlag finden, vor allem mit dem Streit um das Nilwasser nach dem Staudammbau in Äthiopien, dem Krieg im Sudan und nun dem Gaza-Krieg.

Die Muslimbruderschaft wurde 2013 gestürzt, weil sie die Straße nicht kontrollieren konnte. In den Jahren nach 1967 hatte das Militär an Einfluss verloren zugunsten des Polizeiapparats. Morsis Missmanagement wurde von den Militärs unter Sisi als Chance genutzt, die verlorene Hegemonie wieder herzustellen. Mit kleinen, aber entschiedenen Schritten stellt Sisi Dominanz und Kontrolle über Präsidentschaft, Militär und Geheimdiensten her, über den ganzen Sicherheitsapparat. Was nicht einmal Präsident Gamal Abdul Nasser geschafft hat, ihm ist es gelungen: die Security Services zu vereinen. Fahmy zitiert die Dissertation von Hossam el-Hamalawy: Gespaltene Security Services sind gut, wenn man einen Putsch verhindern will, aber sie sind nicht nützlich, um Massenunruhen zu managen. Sisi putschte zuerst, dann vereinte er den Sicherheitsapparat, weil er keinen Coup befürchtet. Er braucht auch – anders als die Präsidenten vor ihm

– keine Regimepartei mehr. Parteien gibt es nur auf dem Papier, Parlament und Wahlen sind bedeutungslos. Ägypten ist wie ein Militärcamp organisiert. Indem die Verfassung 2019 das Militär als »Wächter des Staats« einsetzt, stellt sie es über den Staat. Dazu gehört, dass es selbst den Verteidigungsminister bestimmt. Die Politik in Ägypten ist suspendiert.

WEIZEN, WAFFEN, WIDERSTAND: RUSSLANDS NAHOST-POLITIK NACH UKRAINE- UND GAZA-KRIEG

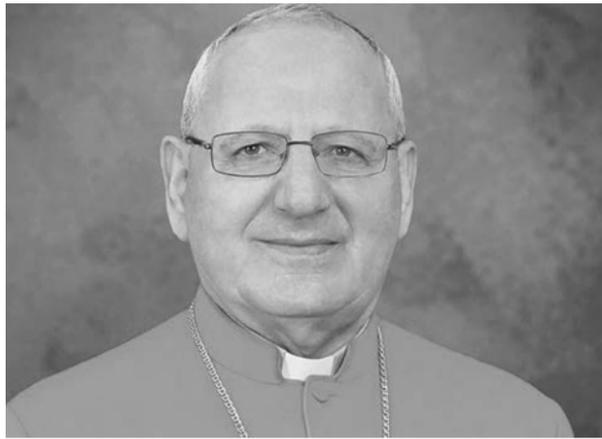
Eckart Woertz, Direktor des GIGA-Instituts für Nahost-Studien in Hamburg sowie Professor für Zeitgeschichte und Politik des Nahen Ostens an der Universität Hamburg

Eckart Woertz bot in seinem Vortrag einen Überblick über die russischen Interessen im Nahen Osten bzw. in MENA (Middle East North Africa) abseits der Tagespolitik: die Wege, über die Russland versucht, Einfluss zu gewinnen, und welche Rolle der strategische Handel dabei spielt. Analysiert wurden auch die russische Perception des Nahen Ostens und umgekehrt: In einer westlich zentrierten Welt sehen die Staaten der Region plötzlich mehr Spielraum als früher, das heißt, es gibt eine positive Sichtweise auf Russland. Dies wurde dem »Westen« seit dem Ukrainekrieg und wieder im Gaza-Krieg schmerzlich bewusst. Aber gleichzeitig hat etwa im vielzitierten Dugin-Konzept des »Eurasianismus« außer dem Iran der Nahe Osten eigentlich kein großes Gewicht; die Türkei, die eigene geopolitische Narrative verfolgt, wird als möglicher Konkurrent gesehen. Allerdings hatten der Iran und die Türkei immer eine wichtige Rolle in der russischen Politik inne, die erste Krise des Kalten Kriegs zwischen Ost und West entbrannte bezeichnenderweise im Iran.

Russland steht in Kontinuität zur Sowjetunion, was Rohstoffexporte für harte Währung betrifft. Die saudische Ölpolitik in den 1980er Jahren zur Gewinnung von mehr Marktmacht trug nicht unwesentlich zur Schwächung der Sowjetunion bei. Allerdings exportierte diese kein Getreide: Heute hingegen setzt Moskau den Nahrungsmittelhandel als effektiven Hebel in der extrem importabhängigen MENA-Region ein. Woertz erinnert daran, dass es keineswegs neu ist, Nahrungsmittel als geopolitisches Mittel, sogar als Waffe einzusetzen. Die 1970er Jahre, die im Westen als »Ölkrise« abgespeichert sind, wurden im Nahen Osten als Zeit der Nahrungsmittelkrise wahrgenommen. Es stand die – nicht realisierte – US-Drohung im Raum, den Ölboycott mit einem Lebensmittelboycott zu erwidern.

2016 kamen in der Opec+ große globale Player zusammen. Auch ein kurzer Ölpreiskrieg zwischen Russland und Saudi-Arabien 2020 hat den Deal nicht zerstört. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine mussten die USA verstört zur Kenntnis nehmen, dass die »undankbaren Gesellen am Golf« ölpolitisch mit Moskau an einem Strang zogen. Russland ist ein wichtiger Partner der Ölstaaten, die gemäß ihren eigenen Interessen – solange, wie es geht, Geld mit Öl zu verdienen – handeln.

Mit Syrien (und Irak) hat Russland alte Freundschaftsverträge, das allein erklärt jedoch nicht die russische Intervention auf Seiten des Assad-Regimes 2015. Vielmehr war Syrien ein »kostengünstiger« Weg für Moskau, sich wieder als Akteur in der Region zu positionieren. Militär und Waffen spielen in den russischen Beziehungen zu MENA eine wichtige Rolle, ein Viertel der russischen Rüstungsexporte gehen dorthin. Dabei geht es nicht nur um schnelle Geschäfte, sondern es werden langfristige Beziehungen geschaffen, durch Ausbildung, Wartung der Systeme u.ä. Russische Waffen haben keinen sehr guten Ruf – die Bilder vom Beginn des Kriegs in der Ukraine haben dazu beigetragen. Aber auf qualitativer Ebene sind vor allem die Türkei und der Iran für Russland interessant: Ankara hat, zum Ärger seines Nato-Partners USA, das Ra-



L. R. Sako



G. Harrer

ketenabwehrsystem S-400 gekauft, der Iran hofft auf Aufrüstung seiner veralteten Luftwaffe. Ein besonderer Hebel Russlands ist die nukleare Kooperation durch Export von Uran, aber auch von Technologie: In der Türkei und in Ägypten baut Russland Atomkraftwerke. Russland mag als wirtschaftlicher Partner im Vergleich zum Westen wenig attraktiv sein, offeriert sich jedoch als Alternative.

THE CHRISTIAN COMMUNITY IN IRAQ

Louis Raphael Sako, Head of the Chaldean Church in Iraq, Patriarch of Baghdad since February 2013, Cardinal since June 2018

›Wir sind der Ursprung des Irak, eine der ältesten Kirchen der Welt, und wir haben den Muslimen viel gegeben‹, erinnert der Patriarch der Chaldäer, Raphael II Sako, daran, dass das Christentum einst auch zum Süden des heutigen irakischen Territoriums gehörte. Die Christen und Christinnen im Irak haben in den vergangenen Jahrzehnten stark gelitten, aus einer respektierten Elite ist eine verfolgte Minderheit geworden. Unter Saddam Hussein waren sie wie die anderen Iraker und Irakerinnen auch Bürger einer Diktatur, aber unter dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung danach litten sie mehr als andere Bevölkerungsteile. Sie wurden vertrieben, ermordet, für Lösegeld gekidnappt, ihre Besitztümer beschlagnahmt und geraubt. Die Versprechen der USA, die 2003 Saddam stürzten, blieben Slogans. Sako beschreibt eine Klasse von Politikern, denen Erfahrung und Professionalität, aber auch – aus dem Exil kommend – die Kenntnis des Irak fehlte. Mafias machten sich breit, oft politisch getarnt. Dazu kam die Konfessionalisierung der Politik, die sektiererische fanatische Kultur, die dem Irak früher fremd war.

Den Aufstieg der Terrormiliz des ›Islamischen Staats‹ 2014 beschreibt Kardinal Sako noch immer gewissermaßen ungläubig: Woher kam er, wer hat ihn finanziert, warum ausgerechnet im Irak? In einer Nacht wurden 120.000 Christen aus Mossul und der Niniveh-Ebene vertrieben, viele fanden Zuflucht in den Kurdengebieten, waren jedoch trotzdem auf Hilfe der Kirche angewiesen. In Bagdad war weder Geld noch Interesse für sie vorhanden. Viele christliche Familien ließen sich danach anderswo auf Dauer nieder: Und in der Niniveh-Ebene machten sich die schiitischen Milizen, die zur Bekämpfung des IS hingekommen waren, breit. Die Katastrophe von Karakosh – im September 2023 wurden mehr als 100 Menschen bei einem Feuer während einer christlichen Hochzeitsfeier getötet – hält Sako nicht für einen Unfall, sondern für einen Anschlag.

Die pro-iranischen schiitischen Milizen haben einen politischen Arm, der als Partei im Parlament in Bagdad sitzt. Er ist Teil des schiitischen ›Koordinationsrahmen‹, des stärksten Blocks in der derzeitigen Regierungskoalition. In der Regierung ist jedoch auch die kurdische PUK (Patriotische Union Kurdistans), die den Staatspräsidenten des Irak, Abdullatif Rashid, stellt. Und dieser war es, der Kardinal Sako im Sommer 2023 mit einem Dekret die Lizenz zur Verwaltung des Vermögens der chaldäischen Kirche entzogen hat. Später tat er das gleiche auch mit anderen Kirchenoberhäuptern, weil der Schritt gegen Sako alleine nicht zu rechtfertigen war.

Aber die Entscheidung steht eindeutig im Zusammenhang mit Sakos Zwist mit einer ›sogenannten‹ – so qualifiziert sie der Patriarch – christlichen Miliz, der Babylon-Miliz, die jedoch mit den pro-iranischen schiitischen irakischen Milizen kooperiert. Ihr Anführer ist Rayan al-Kildani, der als Milizenführer auf einer US-Sanktionsliste steht und über den Gerüchte wissen wollen, dass er zur Schia konvertiert ist. Die Babylon-Miliz rekrutiert auch Schiiten. Sie macht sich in der Niniveh-Ebene breit und beansprucht christliches Eigentum. Die Chaldäer befürchten, dass es um zweierlei geht: um Geld und Vermögen, aber auch um die weitere Verdrängung der christlichen Bevölkerung.



H. Wimmen | G. Harrer

ISRAEL UND HISBOLLAH: DROHT DER FLÄCHENBRAND?

Heiko Wimmen, Leiter des Projekts Irak/Syrien/Libanon der International Crisis Group

Das nach dem Krieg von 2006 abgesteckte Abschreckungsarrangement zwischen Hisbollah und Israel, das fast 17 Jahre die israelisch-libanesischen Grenze stabil und relativ ruhig gehalten hatte, kollabierte am 7. Oktober 2023, als die Hamas Südisrael überfiel: Einen Tag später startete die libanesischen schiitische Miliz den militärischen Schlagabtausch mit einem Angriff auf die von Israel besetzten Shebaa-Farmen. Das Territorium, auf dem Schläge und Gegenschläge auf beiden Seiten der israelisch-libanesischen Grenze stattfinden, blieb anfangs begrenzt, weitete sich jedoch geografisch aus, auch die Schlagzahl zieht an.

Die Annahme gilt noch immer, dass keine der beiden Seiten eine Ausweitung zu einem vollen Krieg wollen, sagte Heiko Wimmen, Leiter des Projekts Irak/Syrien/Libanon für die International Crisis Group (ICG). Israel könne keine zweite Front gebrauchen, auch die USA warnen Jerusalem vor Überdehnung – und haben gleichzeitig eine militärische Drohkulisse gegen die Hisbollah und ihren Sponsor Iran aufgebaut. Die Hisbollah ist der wichtigste regionale Stellvertreter des Iran, dieser sei bisher nicht gewillt, das Hisbollah-Arsenal – Teherans Zweitschlagspotential im Fall eines israelischen Angriffs auf den Iran – zu opfern, sagt Wimmen. Aber die Gefahr einer Eskalation bestehe, eine fehlgeleitete Rakete könne auch ohne politische Absicht dazu führen.

Wimmen berichtete bereits im Dezember 2023 gemeinsam mit seinem Kollegen David Wood in einer Analyse für die ICG über die diplomatischen Versuche, zumindest zum Status quo ante – der ›stabilen Abschreckung‹ – zurückzukehren. Vor allem Frankreich engagiert sich, auch die USA haben ihren Emissär Amos Hochstein in den Libanon geschickt. Durchbruch gibt es bisher keinen. Vor wenigen Tagen wurden jedoch Details des französischen Plans öffentlich gemacht, vielleicht um Druck aufzubauen. Bisher bleibt die Hisbollah dabei, dass ein Waffenstillstand im Gazastreifen Voraussetzung für Gespräche über neue Arrangements ist.

Die Erwartungen der beiden Kriegsparteien sind weit voneinander entfernt. In Israel ist seit dem Überfall der Hamas sowie einschlägigen ›Übungen‹ der Hisbollah an der Grenze die Diskussion lauter geworden, ob eine bloße Rückkehr zum Zustand bis 7. Oktober überhaupt ausreichend sei, erklärt Wimmen. Immerhin hatte man auch die Gefahr durch die Hamas nicht ernst genug genommen. Die Hisbollah hat Uno-Sicherheitsratsresolution 1701, laut der sie sich nach dem Krieg 2006 dreißig Kilometer hinter die Grenze, nördlich des Flusses Litani, zurückziehen hätte müssen, nie erfüllt. Darüber hinaus konnte sie in den Jahren ihres Engagements an der Seite des Assad-Regimes in Syrien ihr Raketenarsenal mit iranischer Hilfe massiv in Quantität und Qualität aufrüsten und sich militärisch weiterentwickeln.

Aus Sicht der Hisbollah ist Resolution 1701 hinfällig. Kein Akteur im Libanon ist stark genug, sie zum Rückzug von der Grenze zu zwingen. Aber auch die israelische Drohung, die Hisbollah militärisch zurückzuwerfen, würde den Norden Israels nicht unbedingt sicher für seine Bewohner machen. Er könnte zur ›shooting zone‹ werden, befürchtet Wimmen. Sicherheit könne nicht einseitig hergestellt werden, nur durch einen Frieden oder durch Abschreckung, auch das ist eine Art von Kommunikation.

Darauf stützen sich die Versuche, auf diplomatischem Weg die Lage mit minimalen Zugeständnissen beider Seiten zu deeskalieren. Der französische Plan sieht mehrere Stufen vor, deren Umsetzung zehn Tage dauern sollten. Nach der Einstellung des Feuers beider Seiten würde die Hisbollah einen Streifen von zehn Kilometern entlang der Grenze von Kämpfern und Angriffswaffen räumen. Dorthin würden etwa 15.000 Mann der libanesischen Armee nachrücken. Israel würde seine Verletzungen des libanesischen Luftraums, die es auch schon vor dem 7. Oktober regelmäßig gegeben hat, beenden.

Letztlich sollte der Prozess zu einem Anlauf zur Demarkation der libanesisch-israelischen Grenze führen.



S. Sons

An der ›Blauen Linie‹ (die im Jahr 2000 nach dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon von der Uno gezogen wurde) gibt es 13 umstrittene Punkte, erklärt Wimmen. Ein paar sollten leichter zu lösen sein, aber ein Abkommen über die Grenzziehung bleibt nach Ansicht des Experten unrealistisch, allein schon deshalb, weil die Hisbollah Israel ja nicht anerkennt. Außer den Shebaa-Farmen, die allerdings laut Uno nicht zum Libanon, sondern zu Syrien gehören, besetzt Israel im Nordteil des Dorfs Ghajar auf dem Golan ein Stück libanesischen Lands.

DIE NEUEN HERRSCHER AM GOLF UND IHR STREBEN NACH GLOBALEM EINFLUSS

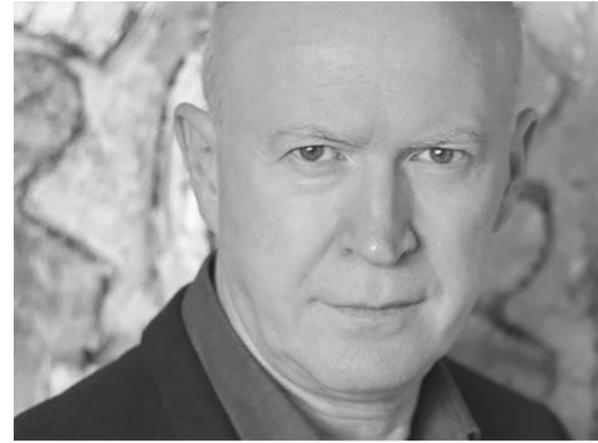
Sebastian Sons, Senior Researcher, CARPO - Center for Applied Research in Partnership with the Orient, Bonn

Die übliche Wahrnehmung, dass es sich bei den arabischen Golfstaaten um einen monolithischen Block handelt, verkennt deren Heterogenität – im regionalen Vergleich, ihrer Außenpolitik, aber vor allem ihre internen Verfasstheiten betreffend. Allen ist gemeinsam, dass sie einen Weg suchen, ihr eigenes Überleben zu sichern in einer volatilen Umgebung mit großen Herausforderungen: regionale Instabilität, Klimawandel, wirtschaftliche und sozioökonomische Umwälzungen, gesellschaftliche Transformation, eine junge Bevölkerung, die darauf drängt, die alten Eliten abzulösen. Sie müssen sich neu erfinden, einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln und sich in einer neuen multipolaren Weltordnung positionieren.

Vermeintliche Widersprüchlichkeiten sind für die Golfstaaten sehr charakteristisch. Das Klischee, dass die Golf-Gesellschaften alle reich sind – Stichwort Rentenökonomie – stimmt so nicht, es gibt Unterschiede zwischen den Ländern und Wohlstandsgefälle auch innerhalb von Staaten wie Saudi-Arabien und Oman, die damit zu kämpfen haben, dass sie ihren jungen Leuten eine Perspektive bieten müssen. Saudi-Arabien hat etwa auch eine Mehrwertsteuer eingeführt, was in Katar mit nur rund einem Zehntel der saudischen Bevölkerung undenkbar wäre.

Die Transformation begann spätestens 2011, als durch die Revolten in der arabischen Welt die traditionellen Player ausfielen. Die Golfstaaten füllten das Vakuum. Das brachte mehr Einfluss und Sichtbarkeit, aber auch mehr Verantwortung. Die Transformation der Wirtschaften war jedoch schon seit den 1970er Jahren ein Thema. Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) waren dabei Vorreiter, neue Felder zu erschließen: Logistik, Tourismus, Sport, Transport und neue Technologien wie Wasserstoff. Das ist nicht gleichbedeutend mit Abschied vom Öl, das noch immer das meiste Einkommen generiert. Aber die Einkommen werden anders investiert. Alle Staaten haben ähnliche Entwicklungsvisionen, bei denen es besonders darum geht, der neuen Generation Perspektiven zu bieten und damit den sozialen Sprengstoff abzufedern und die eigene Legitimität zu erhalten.

Die Golfstaaten liegen in einer Region mit vielen Konfliktherden, inmitten einer multipolaren Welt. Die Annäherung an China ist für sie wichtig, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch und zunehmend auch politisch, wie man an der Vermittlerrolle Pekings zwischen Iran und Saudi-Arabien gesehen hat. Das Bewusstsein, Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren – und nicht mehr nur mit den USA – eingehen zu müssen, ist groß. Es ist kein ›entweder-oder‹ mehr, sondern ein ›sowohl-als auch‹. Die USA wird nicht mehr als einzig möglicher Sicherheitsgarant gesehen, deshalb ist man bereit, auch mit den systemischen Konkurrenten des Westens zusammenzuarbeiten. Dass sich die Golfstaaten als Teil des Globalen Südens wahrnehmen, zeigt der Beitritt von VAE und Saudi-Arabien zum BRICS+ Staatenbündnis. Dabei ist eine starke Skepsis dem Modell der westlichen Demokratie gegenüber zu beobachten: Die wertebasierte Politik, die die USA und Europa für sich in Anspruch nehmen, wird als unglaubwürdig empfunden. Seit dem Gaza-Krieg nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober wächst die Kluft, der Vorwurf der



J. Croitoru

Doppelmoral verstärkt sich. Das erschwert den Dialog.

Die Golfstaaten zeigen mehr Selbstbewusstsein – manchmal auch Hybris –, allerdings auch aus taktischen Gründen, um mehr zu erreichen, zum Beispiel, um Sicherheitsgarantien von den USA zu bekommen. Vom ›Westen‹ insgesamt erwarten sie mehr Verlässlichkeit, Commitment, Respekt. Angestrebt wird eine ›semistrategische Autonomie‹. Das führte etwa zum taktischen Pragmatismus Saudi-Arabiens bei der diplomatischen Normalisierung mit dem Iran. Auch interne Konflikte – wie jener der VAE, Bahrains und Saudi-Arabiens mit Katar – wurden beigelegt, um sich besser positionieren zu können. Eine große Herausforderung für das Konfliktmanagement ist der Gaza-Krieg, der die Golfstaaten in ein großes Dilemma gestürzt hat. Alle hatten offizielle oder inoffizielle Beziehungen zu Israel, die Palästinenserfrage war völlig in den Hintergrund gerückt – und wird jetzt umso emotionaler wieder aufgegriffen.

Gesellschaftliche Liberalisierung wird von Repression begleitet, bei den Reformen wollen die Regime die Deutungshoheit nicht aus der Hand geben. Eine starke Leadership – und damit Führungspersönlichkeiten wie der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman – rücken stark in den Fokus. Sie betreiben auch eine neue Identitätspolitik, einen neuen Nationalismus gegen innere und äußere Feindbilder. Die ›Wagenburgmentalität‹ soll dabei helfen, soziale Resilienz herzustellen. In Saudi-Arabien etwa wurde die religiöse Klasse entmachtet, als Pfeiler für die Identifikation setzt man auf eine nationalistische Identitätspolitik. Die alten Eliten, das religiöse Establishment müssen neuen Akteuren Platz machen, den Jungen, die alte verkrustete Dogmen durchbrechen wollen. Aber die Demokratie entwickelt keine Stahlkraft, Sicherheit und Stabilität sind im Vordergrund.

DIE HAMAS: ZWISCHEN WIDERSTAND UND TERROR, HERRSCHAFT ÜBER GAZA UND KRIEG GEGEN ISRAEL

Joseph Croitoru, Historiker, freier Journalist, Autor

In seinem neu erschienenen Buch ›Die Hamas. Herrschaft über Gaza. Krieg gegen Israel‹ und in seinem Vortrag fasst Joseph Croitoru konzis die Geschichte der Hamas zusammen. Aktualität wird der Publikation durch den Terrorüberfall auf Israel am 7. Oktober 2023 verliehen: Die Geschehnisse und deren Folgen sind im letzten Kapitel, das bis zu Jahresbeginn 2024 reicht, erfasst. Aber Croitoru widmet sich vor allem der Geschichte der Entwicklung der Gruppe, ihren ideologischen Grundlagen, ihrer organisatorischen Aufstellung und politischen Arbeit, zum Beispiel dem ›Bildungssystem‹, mit dem es gelang, vor allem junge Menschen ideologisch zu formen und in einen Märtyrerkult zu treiben. Dabei kommt die Zeit vor ihrer Entstehung nicht zu kurz, das Einsickern der ägyptischen Muslimbrüder in den lange Zeit von Ägypten kontrollierten Gazastreifen, bevor 1987 die ›Harakat al-Muqawana al-Islamiya‹ gegründet wurde, die ›Islamische Widerstandsbewegung‹, Akronym Hamas, was im Arabischen auch ›Eifer‹ bedeutet. In den 1980ern schätzte kaum jemand richtig ein, welches Gefahrenpotenzial in den islamistischen Strömungen heranwächst, die sich durch die Islamische Revolution 1979 im Iran inspiriert fühlten. Auch Israel nicht, das auf die innerpalästinensischen Gegner und Herausforderer der säkularen PLO und Fatah-Partei von Yassir Arafat setzte. Genauso bediente sich Hamas-Gründer Ahmed Yassin – der später verhaftet wurde, bei einem Gefangenenaustausch freikam und 2004 von Israel liquidiert wurde – dieser Konstellation für seinen Aufstieg.

Die gewalttätige, oft am Rande des Bürgerkriegs stehende Auseinandersetzung zwischen den Islamisten und den Säkularen gehört zur palästinensischen Geschichte genauso wie jene mit Israel. Als die PLO sich



St. Reiner | G. Harrer | A. Weissenburger

in den späten 1980ern Jahren in Richtung der Anerkennung der Existenz Israels entwickelte, fand der Bruch statt. In der Folge bekämpfte Arafat die Hamas – aus israelischer Sicht unzureichend –, versuchte aber gleichzeitig immer wieder, die Hamas-Führung auf seine Seite zu ziehen. Interessant ist im heutigen Zusammenhang, dass zu gewissen Zeiten die Führung der Hamas im ›Inland‹, also im Gazastreifen, pragmatischer auftrat als jene im Ausland. Beinahe vergessen ist heute auch, dass diese Auslandsführung sogar einmal in den USA angesiedelt war.

Croitoru analysiert die Gründungscharta der Hamas von 1987, die das Ziel deklarierte, ›Gottes Banner auf jedem Fußbreit Palästinas zu hissen‹. Dazu gehört – wie in einem Hadith, einer Prophetenüberlieferung, festgeschrieben –, dass die Muslime gegen die Juden kämpfen und sie töten. In einer Revision der Charta 2017 wird allerdings der Kampf gegen die Juden mit jenem gegen Israel ersetzt. In ihr wird auch der Bezug auf die ägyptische Muslimbrüderschaft gestrichen, was ein Hinweis ist, wie die Charta zustande kam: In den Wahlen nach dem Umsturz in Ägypten 2012 kamen dort die Muslimbrüder in allen Institutionen an die Macht, wurden aber ihrerseits von General Abdelfattah al-Sisi 2013 gestürzt. Das bedeutete eine Schwächung für die Hamas, die in den Jahren darauf von Kairo unter Druck gesetzt wurde. Dazu kam, dass ihr in Damaskus als sicherer Hafen abhanden kam: Die Muslimbrüder hatten als Islamisten den Aufstand gegen das Assad-Regime ab 2011 unterstützt und mussten Syrien verlassen bzw. standen dort auf Anti-Regime-Seite. Ihren Beziehungen zu Teheran tat das jedoch nur kurz Abbruch.

Die Vorbereitung dessen, was am 7. Oktober Realität werden sollte – Infiltration und Invasion aus dem Gazastreifen –, wird von Croitoru genau beschrieben, der Drachenkrieg, die Angriffssimulationen, die programmatischen Ansagen. Netanjahu hatte bereits 2008 (da war er noch nicht wieder Premier) das erste Mal die Vernichtung der Hamas angekündigt, die er nunmehr in einem Krieg, in dem keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen genommen wird, verwirklichen will. Israel war in den langen Jahren der zermürbenden Auseinandersetzung ermüdet, hatte sich nach der Fertigstellung des Sperrwalls 2021 in Sicherheit gewiegt, war aber vor allem auch vom Zeil der Rechten abgelenkt, die Souveränität Israels in Teilen des Westjordanlands abzusichern, Stichwort Annexion.

DIE HUTHIS UND ›DIE ACHSE DES WIDERSTANDES‹: DER GAZAKRIEG IM ROTEN MEER

Stephan Reiner war von 2019 bis 2023 am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement und ist mittlerweile am Sprachinstitut des Bundesheeres tätig.

Alexander Weissenburger, assoziierter Wissenschaftler am Institut für Sozialanthropologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Seine Doktorarbeit analysiert die Ideologie der Huthi-Bewegung im Jemen

Die Veranstaltung kombinierte die Vorstellung eines in der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie erschienenen und von den Gästen herausgegebenen und mitverfassten Bandes über den Jemen (›Yemen at Crossroads: What remains of Arabia Felix‹) mit der aktuellen Lage vor der Küste des Jemen: Die Huthi-Rebellen, die seit 2014 die Hauptstadt Sanaa und den Nordwestjemen kontrollieren, greifen seit Herbst 2023 im Roten Meer und im Golf von Aden die internationale Handelsschifffahrt an. Die Huthis, ein zaiditischer Clan, der ab 2004 mit Aufständen gegen die Regierung in Sanaa erstmals mediale Aufmerksamkeit erlangte, erklärten nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden Krieg Israels im Gazastreifen ihren Kriegseintritt zugunsten der Hamas. Ihre Angriffe im Süden Israels mit Raketen und Drohnen blieben bedeutungslos, aber seither ist es ihnen



S. Mersch



G. Harrer

LECTURE SERIES_ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

gelingen, die internationale Handelsroute durch den Suezkanal empfindlich zu stören. In seiner Einführung verwies Reiner auf die sicherheitspolitische Bedeutung des Roten Meers und der Meerenge von Bab al-Mandab auch für Österreich. Als Reaktion auf die Huthi-Angriffe haben sowohl die USA als auch die EU-Missionen in der Region zum Schutz der Schifffahrt gestartet.

Eine Fragestellung der Veranstaltung lautete, ob die Rechnung der radikal und brutal herrschenden Huthis aufgeht, sich durch den Kampf gegen Israel intern mehr Legitimität zu verschaffen. Das wurde bejaht, sie haben auch regional an Ansehen gewonnen, wie Slogans ›Yemen, Yemen, make us proud, turn another ship around‹ zeigen. Weissenburger relativiert die mediale Behauptung, dass die Huthis reine Befehlsempfänger der Islamischen Republik Iran als Teil von deren ›Achse des Widerstands‹ sind. Der Iran und die Huthis haben die gleichen Ziele, sie bilden eine Zweckgemeinschaft. Aber das iranische Regime habe etwa 2014 den Huthis davon abgeraten, die Hauptstadt Sanaa zu übernehmen und die Regierung Hadi zu vertreiben. Die Wissenschaft sei sich einig, dass der Einfluss des Iran im Allgemeinen geringer als dargestellt sei. Auch die Darstellung der Huthis als atavistische Krieger sei falsch und ein ›Orientalismus‹; es handle sich um ein militaristisches Regime, das mit dem jemenitischen Staatsapparat auch dessen militärische Kapazitäten übernommen hat. Weissenburger weist auf Fotos vom ›Nationalfeiertag‹ der Huthis im September (dem Tag ihrer Übernahme der Macht in Sanaa) hin. Allerdings könne man davon ausgehen, dass ein Teil des gezeigten militärischen Materials nicht funktionstüchtig sei.

In der Ideologie der Huthis spielt das ›Ausland‹ schon eine frühe Rolle, erklärt Weissenburger. Der 2004 von der Regierung in Sanaa getötete Hussein Badreddin al-Huthi warnte in seinen ›Vorträgen‹ davor, dass der ›westliche Imperialismus‹ auch den Jemen erreichen würde. 9/11 wurde zur jüdischen Verschwörung erklärt. Die Huthis tragen jedoch nicht nur den Kampf gegen die USA und Israel in ihrem Banner, sondern sogar einen ›Fluch gegen die Juden‹. Als Motive für den Kriegseintritt gegen Israel zählen neben der Überzeugung und dem eigenen ›Widerstands‹-Narrativ der Wunsch nach internationaler Aufwertung, außerdem soll von den Problemen im eigenen Land abgelenkt werden. Seit 2022 steht der Krieg praktisch still, das Versagen der Huthis als staatliche Verwalter und Dienstleister wird dadurch offensichtlicher.

WAS WURDE AUS DER DEMOKRATIE IN TUNESIEN?

Sarah Mersch, Filmwissenschaftlerin, freie Korrespondentin, berichtet seit 2010 von Tunis aus über Tunesien und den Maghreb

Nach dem politischen Umsturz in Tunesien 2011 gab es zunächst große Hoffnungen auf demokratische Reformen und eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation. Die Menschen hatten vor allem auf ein Leben in Würde gehofft, da sie von hoher Arbeitslosigkeit und einem ineffizienten Staatsapparat frustriert waren. Doch mehr als ein Jahrzehnt später sind viele dieser Hoffnungen unerfüllt geblieben. Tunesien hat nach wie vor mit tief verwurzelten wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Ein verfilztes Netzwerk von wirtschaftlichen Eliten erschwert es jungen Menschen, neue Unternehmen zu gründen und sich wirtschaftlich zu entfalten. Trotz der erkämpften politischen Freiheiten hat das Land keine nachhaltige wirtschaftliche Veränderung erfahren, was viele, besonders junge Menschen, die eine zentrale Rolle in der Revolution spielten, desillusioniert hat. Diese Frustration hat dazu geführt, dass Fragen nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an Bedeutung verloren haben.

Im Jahr 2019 setzten viele Tunesier ihre Hoffnungen auf Kais Saied, der als politischer Außenseiter mit einem Saubermann-Image antrat und überraschend die Präsidentschaftswahl gewann. Doch schon bald



Y. Köse | S. Kroissenbrunner

zeigten sich autoritäre Tendenzen: Im Juli 2021 rief Saied den Notstand aus, entließ den Regierungschef und löste das Parlament auf. Seither verfolgt er systematisch eine Schwächung der demokratischen Institutionen, indem er beispielsweise eine neue Verfassung durchsetzte, die die Gewaltenteilung abschafft und der Religion eine größere Rolle im Staat zuweist.

Wirtschaftlich hat sich wenig verbessert, und Tunesien bleibt von internationalen Finanzinstitutionen sowie der Europäischen Union und den USA abhängig. Saied strebt jedoch nach größerer Unabhängigkeit und hat sich anderen Mächten wie Russland, China und Algerien zugewandt.

Auch die Migrationspolitik hat sich verändert. Lange war Tunesien kein Haupttransitland für Migrant:innen, doch aufgrund geopolitischer Veränderungen haben sich die Fluchtrouten verschoben. Die Stimmung im Land gegen Migrant:innen hat sich verschärft, und viele sehen sich gezwungen, weiter nach Europa zu ziehen. Das Migrationsabkommen mit der EU scheiterte zwar teilweise, aber weitere Abkommen mit Italien stärkten Saieds innen- und außenpolitische Position.

In Bezug auf den Israel-Palästina-Krieg hat sich Tunesiens Präsident Kais Saied klar gegen Israel positioniert, was in der Bevölkerung auf breite Zustimmung trifft. Solidaritätsbekundungen mit Palästina haben in Tunesien eine lange Tradition. Viele Tunesier empfinden die bedingungslose Unterstützung Israels durch europäische Staaten als heuchlerisch, wodurch die Glaubwürdigkeit der EU in Menschenrechtsfragen zunehmend infrage gestellt wird.

Tunesiens Präsidentschaftswahlen am 6. Oktober 2024 haben – bei niedriger Wahlbeteiligung (28%) und kaum zugelassener Opposition – das autoritäre Regime und seinen Amtsinhaber, Kais Saied, nur weiter gefestigt (90% der Stimmen). Innenpolitisch haben Oppositionsparteien teils aus Frustration die Wahlen boykottiert bzw. sich gespalten. Eine objektive Wahlbeobachtung war weder durch lokale und regionale Organisationen, noch die EU erfolgt.

QUO VADIS, TÜRKEI?

Yavuz Köse, Professor für Turkologie am Institut für Orientalistik der Universität Wien
Moderation: **Sabine Kroissenbrunner**, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums

Seit 2003 führt Erdoğan mit der AKP die Türkei, die anfangs wirtschaftlichen Aufschwung und EU-Beitrittsstatus erreichte. Doch ab 2013 nahm die Repression zu, besonders nach dem gescheiterten Putsch 2016. Mit der Einführung des Präsidentsystems 2018 kam es zu einer starken Machtkonzentration und einem Rückschritt bei den Freiheitsrechten. Trotz wirtschaftlicher Probleme gewann Erdoğan 2023 erneut, doch die AKP erlitt bei den Kommunalwahlen 2024 hohe Verluste. Die zentrale Frage bleibt: Wie kann die Türkei den Weg zurück zu Demokratie finden? Dieser Frage ginge Sabine Kroissenbrunner und Yavuz Köse anhand von aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen nach.

Wie vielerorts, ist auch in der Türkei das Thema Umwelt von großer Relevanz, in diesem Bereich wird auch investiert. Der Energiebedarf wird zu 42 % aus erneuerbarer Energie gedeckt, was im globalen Durchschnitt sehr hoch ist. Das Thema Umwelt hat jedoch auch eine soziale Komponente, hier zeigt sich auch sozialer und politischer Widerstand in Form von Protesten. An gewissen (umweltpolitischen) Projekten entzündeten sich dann Demonstrationen und Bewegungen gegen Autokratismus, Intransparenz, Korruption etc. Ein zentraler Punkt dieser Proteste ist das Nichteinbinden der Zivilgesellschaft, im ländlichen wie im urbanen Raum.



G. Harrer | S. Zeghidour

Ein weiteres Thema, das die Türkei wohl immer begleitet, ist die Beziehung zu Armenien und die Frage, ob diese sich noch entwickeln kann. Yavuz Köse meint, dass Erdogan zumindest Kontakt zu den religiösen armenischen Communities habe und offener im Umgang mit etwa Stiftungsbesitz sei, als seine Vorgänger. Direkt an dieses Thema anschließend ist generell die Frage der Minderheiten und Minderheitenrechte in der Türkei. Hier spielt – auch historisch – der Aspekt Assimilation eine große Rolle. Die Frage scheint immer zu sein: Wer ist assimiliert, und wer nicht. Damit einhergehend auch wer hat Zugang zu den höchsten Ämtern im Staat, und ganz generell: wer ist gleichrangiger Teil der Gesellschaft? Es lässt sich auf alle Fälle sagen, dass die Türkisierungspolitik massiven Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Situation von Minderheiten hatte und auch, dass wir aktuell eine Art Rollback beobachten können, was Minderheitenrechte in der Türkei anbelangt.

Als letzten Punkt wurde das Verhältnis der Türkei zu Israel besprochen. Dieses wirkt auf den ersten Blick ambivalent, ist es doch geprägt von abwechselnder Annäherung und Abwendung. Erdogan kann in diesem Fall als Pragmatiker gesehen werden, historische Beziehungen können – wenn es in den aktuellen Narrativ passt – instrumentalisiert werden, müssen es aber nicht. So blieben im letzten Jahr die Handelsbeziehungen zu Israel aufrecht, auch wenn es in der breiten Gesellschaft und auch in der Politik klare Solidarisierung mit den Palästinenser:innen gibt. Dies brachte jedoch Misskredit für die AKP vor allem bei der konservativen und islamistischen Wählerschaft, daher bemüht man sich jetzt stärker auch wirtschaftliche Boykotte gegenüber Israels zu kommunizieren.

ALGERIA, A LINK BETWEEN NORTH AND SOUTH, EAST AND WEST?

Slimane Zeghidour, Chief Editor, TV5 Monde; Lecturer on the History and Politics of the Arab World at Sciences Po Paris, INALCO (Institut National des Langues et Civilisations Orientales), and La Sorbonne.

Am 1. November 2024 jährte sich der Beginn des algerischen Unabhängigkeitskriegs zum 70. Mal. Der französische, algerisch- und berberstämmige Publizist Slimane Zeghidour erzählte aus diesem Anlass im Kreisky Forum zunächst über seine Kindheit in einem französischen Militärcamp in der Petite Kabylie. Sein Vortrag reflektierte nicht nur die Verflechtung einer persönlichen Biografie mit der Geschichte eines Staates, sondern auch die widersprüchlichen Folgen für die betroffene Gesellschaft, die durch die Umstände von einer vormoderne Zeit in eine neue Ära katapultiert wurde. Die Bewohner und Bewohnerinnen des Dorfs von Slimane Zeghidour waren, wie jene anderer Dörfer, in einem französischen Lager interniert worden, um die lokale Unterstützung für algerische Unabhängigkeitskämpfer in der Kabylei auszutrocknen. Das Kind Slimane, das noch nicht einmal ein Auto gesehen hatte, befand sich plötzlich in einem Ambiente, das aus der Luft von Flugzeugen versorgt wurde. Aber auch die sozialen Strukturen wurden auf den Kopf gestellt. Im Lager mussten die zuvor dörflich-tribal Abgeschiedenen plötzlich und zum ersten Mal ›den Raum mit anderen Dörfern teilen‹, wie es Zeghidour beschreibt. Sie befanden sich in einem Krieg – von dem sie nichts wussten – um einen Nationalstaat und waren darüber hinaus auch mit einer internationalen Gemeinschaft konfrontiert. Denn außer den französischen Soldaten, die das Kind größtenteils als ›Ärzte und Lehrer‹ wahrnahm, waren auch Fremdenlegionäre aus Ungarn, Österreich und dem Senegal zugegen. Sie verkörperten die brutale Seite der Macht.

Im Rahmen des Entwicklungsplans der französischen Regierung für die aufständische Region fand der Bau der Talsperre von Erraguene statt, bei der die Lagerinsassen beschäftigt wurden: Mitten in einem Guerillakrieg hielten so moderne Technologie und Organisation, bezahlte Berufe, medizinische Versorgung, Handel mit zuvor unbekanntem Waren in die Gesellschaft Einzug. Die Lager erfüllten so nicht nur die Funktion, die lokale



A. Chehelan | S. Kroissenbrunner



R. Schmidt-kunz

Bevölkerung vom Aufstand zu isolieren, es kam auch französische ›soft power‹ zum Einsatz, die letztlich Zeghidours Leben bestimmen sollte, der später Algerien verließ.

Zeghidour stellte nicht nur einen Bezug seines kabyllischen Dorfes zu Österreich durch die Begegnung mit österreichischen Fremdenlegionären her. Durch die 1948 von Frankreich erfolgte Annexion war Algerien Teil der europäischen Geschichte geworden. Das betraf auch die Familie Zeghidours, so isoliert sein Herkunftsort auch war. Vorfahren von ihm hatten als französische Soldaten den Habsburger Ferdinand Maximilian nach Mexiko begleitet, der dort auf Initiative Napoleons III Kaiser wurde. In der Schlacht von Cameron wurden sie gemeinsam mit Maximilian geschlagen. Und Slimane Zeghidours Großonkel Mohamed war einer von 134.000 Algeriern, die als Teil der alliierten Truppen in der Provence an Land gingen und im Kampf gegen den Nazi-Deutschland nach Italien geschickt wurden. Er wurde in der Schlacht von Monte Cassino schwer verletzt.

AN EXILE IN MY OWN COUNTRY

Amir Hassan Chehelan, iranischer Schriftsteller

Moderation: **Renata Schmidt-kunz**, Journalistin, Regisseurin und Moderatorin, Leiterin der Sendereihe ›Im Gespräch‹, Radio Österreich 1

Amir Hassan Chehelan is one of the most important contemporary Iranian writers. He lives and writes in Tehran. His novels have been banned from publication in Iran for over 20 years. They are published in German translation before any other languages. His latest book ›The Rose of Nishapour‹ was published by C.H. Beck in October 2024. Renata Schmidt-kunz talked to Amir Chehelan at the Bruno Kreisky Forum about his new novel and his literary work, about the challenges of living and writing in Tehran, and the difficulties under which a vibrant creative cultural and intellectual scene in Iran is trying to survive and make their voices heard within the country and abroad. What are the perspectives of women and youth, of creative people and thinkers in the light of the situation in Iran and the war and increasing tensions in the Middle East? How is Europe perceived and what can be done better to support the potential and survival of artists and thinkers in Iran?

Renata Schmidt-kunz im Gespräch mit Amir Hassan Chehelan im Kreisky Forum wurde am 3.1.2024 in Radio Ö1 gesendet. Das Video kann auf dem YouTube-Kanal und der Website des BKF nachgesehen werden.



K. Wigura



H. Carl

AUF DER SUCHE NACH EUROPA

Kurator: Helfried Carl, Diplomat, Mitbegründer und Partner von *The Innovation in Politics Institute*

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass überall in Europa die Gesellschaft zusammenrückt, Solidarität ist das Gebot der Stunde, und die EU beweist eine Handlungsfähigkeit wie selten zuvor. Die Frage ist: Was kommt danach? Wird es ein back to normal geben, zum Binnenmarkt, zu offenen Grenzen? Was geschieht mit dem großen Friedensprojekt Europa? Und woran werden wir uns erinnern? Daran, dass wir einander geholfen oder daran, dass wir einander im Stich gelassen haben?

POSTTRAUMATISCHE SOUVERÄNITÄT

Karolina Wigura, Soziologin, Ideenhistorikerin, Journalistin; Mitglied des Vorstandes der Kultura Liberalna-Stiftung in Polen

Als im Februar 2022 Russland die Ukraine angriff, verstanden Experten aus Osteuropa dies als einen Prozess, der mit Tschetschenien begann, sich auf Georgien ausweitete und dann die Ostukraine miteinschloss. Den osteuropäischen Ländern war, im Gegensatz zu den mitteleuropäischen, recht schnell bewusst, dass es sich bei diesem Prozess um eine neue Form von russischem Imperialismus handelte. Karoline Wigura erklärt, dass es sich hierbei um eine Wiederholung der Geschichte handelt. Diese Entwicklungen geschahen schon zwei bis drei Jahrhunderte zuvor. Im Gegensatz zur hobbeschen Auffassung von Souveränität, in der nationalstaatliche Kontinuität eine maßgebliche Eigenschaft ist, muss osteuropäische Souveränität anders betrachtet werden. In der Vergangenheit gab es immer wieder Abschnitte, in denen Nationalstaaten von einer größeren Imperial-Macht geschluckt wurden und verschwanden. Dies geschah oft mittels brutaler Gewalt. Die Angst, den souveränen Staat zu verlieren, ist das Resultat aus kollektiven traumatischen Erfahrungen. So sollte man sich laut Wigura den Begriff der ›Posttraumatischen Souveränität‹ vorstellen.

Wenn es um die Frage geht, wer die Verantwortung für den Krieg trage, sehen Menschen aus Osteuropa die Schuld eindeutig bei Russlands Präsident Putin. Er selbst habe sich stark radikalisiert, von außen gäbe es kaum Möglichkeit, ihn zu überzeugen, einen Schritt zurück zu machen. In Osteuropa herrsche die Überzeugung, dass man gegen Putin nur mit Stärke auftreten könne.

Dennoch hat das hinterbliebene Trauma nicht nur das Gesicht der Diskontinuität. Es gibt eine zweite Seite: Die Angst davor, vom Westen verraten und im Stich gelassen zu werden. In Bezug auf die Souveränität des Landes, gelten osteuropäische Länder als staatsfixiert. Das resultiert aus der Vielzahl der Unterbrechungen in der Geschichte und muss nicht zwangsweise verbunden sein mit Nationalismus im Sinne westeuropäischer Vorstellung. Trotzdem verhindert diese Fixierung auf die Souveränität des Nationalstaates eine Offenheit gegenüber einem gemeinsamen Europa mit geteilter Souveränität.

Liberalismus wird heutzutage immer mit strikter Rationalität und einer Abkehr von emotionalen Reaktionen und Diskursen in Verbindung gesetzt. Historisch gesehen, waren Gefühle jedoch für die ersten Theoretiker des Liberalismus von zentraler Bedeutung. Wigura plädiert dafür, sich an diese ursprünglichen Einflüsse von Emotionen in die politische Theorie zu erinnern. Auch traumatische Erfahrungen haben einen großen Einfluss auf Politik. Trauma als Kategorie mitzudenken, sei wichtig. Alleine auf traumatische Erfahrungen dürfe man sich jedoch nicht fokussieren, es müsse noch eine ethische Komponente mitdiskutiert werden, um die Rolle von Täter und Opfer



G. Auer Borea d'Olmo | A. Babler | E. Regner | H. Carl

richtig zuzuordnen. Kollektive Traumata können von Herrschenden als Instrument verwendet werden, um ihre Machtposition zu stabilisieren. Deshalb solle man Trauma nur als eine Dimension der politischen Analyse verstehen.

EUROPA SOZIAL UND GERECHT MACHEN

Andreas Babler, Bürgermeister der Stadtgemeinde Traiskirchen, Mitglied des Bundesrats, Bundesparteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Evelyn Regner, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, S&D-Fraktion

Das Europäische Parlament wird vielseitig kritisiert, und das nicht nur von anti-europäischen Parteien, sondern auch von Parteien und Menschen, die grundsätzlich proeuropäisch eingestellt sind. EP-Vizepräsidentin Evelyn Regner erklärt einleitend, dass große politische Veränderungen auf der europäischen Ebene bewältigt werden müssen, denn das Europäische Parlament habe viel größere Handlungsspielräume als Parlamente auf nationalstaatlicher Ebene. Die europäische Politik setzt mittler-weile stärkeren Fokus auf Sozialrechte; so wurde ein Abkommen verabschiedet, das Armut, Wohnungsnot und Dumping-Löhne bekämpfen soll. Das Problem ist, dass viele der Beschlüsse nicht im Bewusstsein der europäischen Bürgerinnen und Bürger ankommen, da die Umsetzung in nationales Recht nur mühsam voran geht.

Die Sozialdemokratie weltweit bearbeitet dieselben Fragestellungen, wie eine gerechte Welt aussehen kann. Sozialdemokratische Politik bedeutet demnach, Politik international mitgestalten zu wollen. Nationale Politik und auf Ebene der Europäischen Union dürfe, betont SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler, nicht als voneinander unabhängig betrachtet werden, Europäische Politik dürfe nicht für innenpolitische Kämpfe instrumentalisiert werden. Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Distanzierung vom EP, dem oft die Schuld für Versäumnisse der Mitgliedsstaaten oder zugewiesen wird. Natürlich kann vieles kritisiert werden, so etwa die europäische Austeritätspolitik auf, die lang-jährig den Kurs vorgab. Oftmals legen sich nationale Behörden quer, wenn es um Verhandlungen neuer Gesetze auf EU-Ebene geht. In solchen Fällen braucht es Urteile vom Europäischen Gerichtshof und Mahnverfahren, bis es schlussendlich zur Umsetzung von EU-Recht kommt. Babler erläutert, in welchen Bereichen Forderungen der SPÖ sich mit Zielen der EU überschneiden und dass sie dafür eintrete, die Empfehlungen und Verordnungen der EU auch tatsächlich umzusetzen. Die Herausforderung bestehe darin, wie die Gesetzgebung auf beiden Ebenen in Einklang gebracht werden kann, da-mit die Ergebnisse auch unmittelbar bei den Bürgern ankommen. Die Hebel für große Veränderungen auf einer transnationalen Ebene anzusetzen, sei bei sozialen Fragen enorm wichtig.

Steuerpolitik gehört zu den Bereichen, die auf EU-Ebene sinnvoll auszuarbeiten sind. Eine Übergewinnsteuer oder eine Finanztransaktionssteuer sind wichtige Beispiele dafür. Man möchte meinen, dies wären Themen, die über alle Parteien hinweg einen gemeinsamen Nenner ergäben. Evelyn Regner berichtet aber, dass dies nicht der Realität entspreche und die Meinungen kaum zusammenzuführen wären unter dem Vorwand, solche Steuern würden Unternehmen zu stark belasten.

Da davon auszugehen ist, dass Parteien des linken politischen Spektrums bei der nächsten EU-Wahl im Juni 2024 an Stärke verlieren werden, wird es in Zukunft eine Verschiebung der Mächteverhältnis-se in Richtung rechts-konservative Kräfte geben. Gefährlich wird es, wenn Parteien, die anti-europäisch eingestellt sind, große Gewinne einfahren. Sich abzuschotten und eine ›Festung Europa‹ einzuführen, hält Andreas Babler für falsch und zitiert Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky: ›Wer eine Festung Europa plakatiert, der wird damit leben müssen, dass geschichtlich nur Ruinen geblieben sind.‹ Ein Blick nach Ungarn, in dem das ›System Orban‹ herrscht, reicht, um die dystopische Realität in Gesellschaft und Politik zu beobachten.



A. Schieder



S. Pornschlegel

EUROPA AM SCHEIDEWEG?

Andreas Schieder, Leiter der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament

Helfried Carl leitet das Gespräch mit einem Zitat seines Gasts Andreas Schieder ein, in dem er Demokratie als kritische Infrastruktur beschreibt, die es von außen und innen zu schützen gilt. Unterschiede zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten sieht Schieder in seiner Vielfältigkeit und spricht dabei von einem Multi-Parlament, das Lösungen auf einer höheren Ebene für eine größere Anzahl von Menschen finden muss. Außerdem besteht kein traditionelles Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, weil die Kommission eigentlich die ›Regierung‹ darstellt und nicht Teile des Parlaments. Aus diesem Grund gibt es auf EU-Ebene auch keinen sogenannten Klubzwang, Abgeordnete haben so eine größere Freiheit in ihrem Stimmverhalten. Als Beispiel bringt Andreas Schieder Debatten aus der Mobilitäts- und Verkehrspolitik. Während westeuropäische Vertreter-innen der Sozialdemokratie gegen weitere Liberalisierungen von Öffentlichen Transportmittel sind, argumentieren Vertreter-innen aus osteuropäischen Ländern, Liberalisierungen in diesem Bereich würden zukünftig Verbesserungen bedeuten.

Bis heute ist das Bild von der Europäischen Union als neoliberal geprägt. Im Gespräch wird dem widersprochen. Die Kommission unter Ursula Von der Leyen zeigte einen Paradigmenwechsel. Schieder erklärt diesen durch die starke Arbeit einzelner Kommissar-innen, sowie aufgrund anfangs gesetzter politischer Forderungen der Sozialdemokrat-innen an die Kommission. So gelang es vor allem in der ersten Hälfte der Legislaturperiode wegweisende Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und soziale Rechte durchzusetzen. In den letzten eineinhalb Jahren verringerte sich die Kooperationsbereitschaft der EVP, da in einzelnen Nationalstaaten rechte Kräfte erstarkten. Beispielhaft hierfür wird das Lieferkettengesetzes genannt, welches schon fertig ausgehandelt war, bis sich plötzlich einige Minister-innen auf nationaler Ebene dagegen aussprachen und deswegen nochmals neu verhandelt werden musste.

Schieder sieht das EP als Treiber, das Entscheidungen mit einfachen Mehrheiten treffen kann. Er warnt vor Gefahren für die Demokratie durch den Aufstieg rechter Parteien, unregulierte soziale Netzwerke und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Das EP wird oft als zu weit entfernt kritisiert, doch Schieder betont dessen Transparenz, da alle Sitzungen und Dokumente öffentlich zugänglich sind.

Am Ende des Gesprächs thematisiert Schieder die FPÖ und deren Ziel eines EU-Austritts, was hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen wird. Er zieht Parallelen zum BREXIT und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und medizinischen Verschlechterungen in Großbritannien.

AM ENDE DER GEWOHNEN ORDUNG

Sophie Pornschlegel, arbeitet als Politikwissenschaftlerin und Publizistin in Brüssel. Sie ist Policy Fellow beim Progressiven Zentrum in Berlin, lehrt an der Sciences Po Paris und forscht zu Europapolitik und der Zukunft der Demokratie.

Wer die Welt gestalten will, muss über Macht sprechen: Aufruf für ein neues Politikverständnis.

Machttheorien gibt es in der Soziologie und in der Philosophie zuhauf. In der Politikberatung wird jedoch nur selten darüber nachgedacht. Dabei lohnt es sich, unser Machtverständnis dahingehend zu überprüfen, ob es mit unseren demokratischen Werten übereinstimmt. Ein privilegienbasiertes Machtverständnis ist nicht kompatibel mit den Grundwerten einer Demokratie und führt zu einer Schwächung unseres politischen Systems. Nur indem wir Macht wieder positiv konnotieren als eine Möglichkeit der gemeinsamen politischen Gestaltung, werden wir den zahlreichen Krisen begegnen können. Dafür braucht es ein Machtverständnis, das weniger machiavellistisch ist.



P. Schmidt | S. Herlitschka | J. Kohlenberger | H. Carl

In ihrem neuen Buch ›Am Ende der gewohnten Ordnung‹ und im Gespräch mit Helfried Carl im Kreisky Forum analysiert Sophie Pornschlegel, wie wir zu einem demokratischeren Machtverständnis gelangen, das Handlungsoptionen offenhält.

EUROPA NEU GEDACHT

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident der BKF
Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin und Autorin
Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG
Paul Schmidt, Generalsekretär der ÖGfE
Helfried Carl, Co Founder und Partner, Innovation in Politics Institute
 In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

›Das Gemeinschaftliche und Gemeinsame muss eine Zukunftsüberlegung sein‹, so leitet Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky das Gespräch von Helfried Carl mit Sabine Herlitschka, Judith Kohlenberger und Paul Schmidt ein, die gemeinsam das Buch ›Europa neu gedacht‹, herausgegeben von der Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), präsentieren und europäische Entwicklungen diskutieren.

Wie könnte Europa sich besser aufstellen? Wohin wird sich die Europäische Union entwickeln? Dies sind zentrale Fragen, die die Autorinnen und Autoren der 34 Beiträge des Sammelbandes aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt: Was auf europäischer Ebene nicht funktioniert, wird oftmals laut ausgesprochen, was hingegen gut funktioniert, dringt nur selten durch, weswegen heute auch so eine große EU-Skepsis in der österreichischen Bevölkerung verbreitet ist. Um dieser Skepsis oder Indifferenz gegenüber der EU entgegenzuwirken, müssen die großen und komplexen Themen, die auf europäischer Ebene behandelt werden, so erklärt und heruntergebrochen werden, dass sie für die breite Mitte der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Ein wichtiges Thema aus dem Bereich der Ökonomie, das Infineon-Chefin Sabine Herlitschka ein-bringt, ist der Umgang mit Mikrochips. In Zeiten der Technologisierung und Digitalisierung sind sie essentiell, da sie in jedem technischen Gerät verbaut werden müssen. Während der Corona-Krise zeigte sich, dass es sich bei der Produktion und Sicherung der Verfügbarkeit um eine Angelegenheit handelt, die auf europäischer Ebene behandelt werden muss. Österreich kann hier nicht alleine erfolgreich sein, da es viel zu klein ist, um sich auf dem globalen Markt durchzusetzen. Deshalb sind Rahmenbedingungen ausgehend von der Europäischen Union erforderlich, innerhalb derer sich Österreich bewegen und agieren kann. Für die Zukunft ist es gut, sich ambitionierte Ziele zu stecken, jedoch sollte auch gut überlegt werden, mit welchen Mitteln diese zu implementieren sind, um die Ziele schlussendlich auch erreichen zu können und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten strategisch zu stärken.

Mit Migration als wesentliche Herausforderung für Europa befasst sich die Kulturwissenschaftlerin Judith Kohlenberger. Österreich verzeichnet im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten hohe Zahlen an Asyl-anträgen, was vor allem daran liegt, dass Länder wie Ungarn, Polen oder Griechenland eine sehr strikte Migrationspolitik verfolgen und sich weigern, dem Asylabkommen der Europäischen Union nachzukommen. Geflüchtete Menschen werden einfach weiter gewunken, bis sie mit Österreich endlich ein Land finden, das nach den Regelungen der EU handelt und Asylrecht gewährleistet. Der Migrationsdruck der auf Europa lastet, wird immer ungleicher auf jene Länder, die sich an rechtliche Vorgaben halten, verteilt. Würden alle Mitgliedsstaaten nach dem Vorbild Österreichs handeln, würde sich dieser Druck wesentlich ausgeglichener auf alle 27 Staaten aufteilen und viele der derzeit herrschenden Schief lagen und Probleme



H. Carl | V. Džihic

würde es so nicht geben. Um zu sichern, dass sich die Aufnahmebereitschaft der sich verweigernden Länder erhöht, benötigt es das Instrument der Vertragsverfahrensverletzungen, die es durchzuführen gilt.

Als Schlussplädoyer des Gesprächs wird die Notwendigkeit eines grundlegenden, immer wieder zu erneuernden Bekenntnisses zu den europäischen Kernwerten Freiheit, Sicherheit und Fairness im Umgang miteinander betont.

ANKOMMEN

Vedran Džihic ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Lektor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien. Er ist Initiator zahlreicher politischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen in Österreich und Südosteuropa.
 In Zusammenarbeit mit dem Verlag Kremayr&Scheriau

Was bedeutet es, als Geflüchteter nach Österreich zu kommen? Dieser Frage geht der Politologe Vedran Džihic in seinem Buch ›Ankommen‹ nach. Im Gespräch mit Helfried Carl weist Džihic darauf hin, dass circa 40% der Wiener:innen im wahlberechtigten Alter nicht wählen dürfen. Somit wird Migrant:innen ein wichtiger Teil der politischen Mitgestaltung verwehrt. Doch auch außerhalb des Wahllokals verkleinern sich die demokratischen Räume, besonders für Personen mit Fluchtgeschichte. Migrantische Personen werden oft aus dem Diskurs ausgeschlossen, dabei wollen diese häufig handeln, um sich einen Platz in der politischen Öffentlichkeit zu erkämpfen.

Džihic nimmt sich davon nicht aus. In seinem Buch erzählt er eindringlich seine persönliche Fluchtgeschichte. Als 16-Jähriger flieht Džihic mit seiner Familie aus dem bosnischen Prijedor – für Džihic eine einschneidende Erfahrung. In Bosnien war der Autor dem Terror des Krieges ausgesetzt. ›Wird mein Vater ins Konzentrationslager gebracht?‹ ›Werde ich von Granatsplittern getroffen, sollte mein Nachbar uns spielende Kinder im Garten angreifen wollen?‹ Diese Gedanken verfolgten Džihic und sorgten dafür, dass er schon früh erwachsen werden und Verantwortung für sich und seine Familie übernehmen musste. Durch den Horror des Bosnienkrieges verlor Džihic sein Grundvertrauen in das Gute der Menschen. Dieses Misstrauen konnte nur langsam abgebaut werden, unter anderem durch kleine Gesten der Menschlichkeit. So beschreibt Džihic, wie ein iranischer Familienvater ihm seinen Polster gab, da es in seinem Bett in der Flüchtlingsunterkunft Traiskirchen bei Wien nur eine Decke gab.

Neben solchen Gesten war jedoch auch die Ermächtigung durch Texte von Hannah Arendt wichtig für Džihic, um in Österreich anzukommen. Insbesondere der Satz ›Alle Flüchtlinge hoffen, dass sie eines Tages nicht mehr Flüchtlinge sind‹ aus Arendts ›We Refugees‹ inspirierte Džihic. Doch in Österreich läuft die Integration oft auf eine Assimilation hinaus. Als Flüchtling müsse man braver als der österreichischste Österreicher werden. Als großer blonder Mann, der die deutsche Sprache schnell beherrschte, fiel die Integration Džihic deutlich leichter als seinem Vater. Dieser war klein, dunkelhäutig und hieß mit Vornamen Abdullah. Mit diesen Merkmalen erlitt Džihic's Vater viel Diskriminierung, und das Ankommen in der österreichischen Gesellschaft wurde ihm erschwert bis verwehrt. Die Merkmale, ob Migrant:innen nun ›gut‹ oder ›schlecht‹ sind, sind dabei jedoch sehr beliebig. In letzter Zeit werden sie oft als Sündenböcke dargestellt, durch Begriffe wie ›Remigration‹ werden ihnen sogar ihre verfassungsgemäßen Menschenrechte abgesprochen. Damit die demokratischen Verhältnisse im Westen nicht kippen, braucht es Wachsamkeit. Migrantische Personen dürfen nicht unsichtbar werden, sondern brauchen Anerkennung.



E. Jones



H. Carl

HOW TO PREPARE THE EU FOR THE PERFECT STORM?

The New European Commission Facing Trump, Putin and the Multi-Crisis

Erik Jones, Director of the Robert Schumann Centre for Advanced Studies at the European University Institute, Florence

Eric Jones describes himself as deeply committed to the European project. Having lived in Europe since 1988, he supports the European endeavor not for ideological reasons, but because he believes Europe is successful. However, Jones identifies three key challenges facing the EU.

First, the EU must address security issues. Since the war in Ukraine and the election of Donald Trump as president, it has become clear that Europe must develop its own security strategy. While the military industries of the member states are highly profitable and crucial for their economies, there is a need for standardization of military equipment across Europe. »The bullets must fit the guns.« This would make the European military far more effective.

Second, Europe faces economic challenges. We are living in an era of radical technological change, and Europe must adapt to stay competitive. The European way of life is desirable but costly, so the internal market must be re-engineered to keep pace.

The third challenge concerns Europe's weak institutions. Jones believes that populism is merely a symptom of the weakening of these institutions, not the cause.

One might wonder whether climate change is a significant challenge for the EU. However, Jones argues that addressing the aforementioned challenges is essential for the EU to effectively combat climate change.

It is important not to confuse the EU with Europe itself. Several important countries in Europe are not yet able to join the EU, and other European institutions also play vital roles. While the OSCE (Organization for Security and Co-operation in Europe) did not succeed in preventing or halting the war in Ukraine, it remains an important institution that should not be abandoned. Similarly, organizations like NATO play a critical role in maintaining peace in Europe. However, Ukraine will most likely join Europe before it joins NATO, and this will not undermine security guarantees. In fact, the EU provides an even stronger security clause than NATO.

Finally, how should the EU respond to the incoming U.S. president, Donald Trump? Jones notes that Trump favors tariffs. His administration believes that a positive trade balance is unfair and should be penalized with tariffs. According to Jones, this means the EU must increase investments, particularly in the military. This would benefit the EU, and perhaps Trump's advisors could persuade him to lift tariffs on EU goods.



R. Scholten



W. Maderthaler

ES IST EIN GUTES LAND.

REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)

Kurator: Wolfgang Maderthaler, Anglist und Historiker, Präsident des Vereins der Geschichte der Arbeiter-innenbewegung, ehem. Direktor des Österreichischen Staatsarchivs

In unserer Reihe »Es ist ein gutes Land. Republikanische Geschichtsstunde(n)« entwirft Wolfgang Maderthaler mit unterschiedlichen Gesprächspartner-innen eine aktualitätsbezogene Geschichte jenes Raumes, der in unterschiedlichsten Grenzen und in jeweils massiv wechselnden Bedeutungszuschreibungen mit der Signatur »Österreich« versehen worden ist.

GESCHICHTSSCHREIBUNG ZWISCHEN MYTHEN UND LEGENDEN (Teil 5)

Wolfgang Maderthaler, Historiker, Präsident des Vereins der Geschichte der Arbeiter-innenbewegung
Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

Die 2023 mit vier Folgen begonnene Gesprächsreihe von Rudolf Scholten und Wolfgang Maderthaler im Wohnzimmer von Bruno Kreisky (nachzusehen auf dem YouTube-Kanal des Bruno-Kreisky-Forums) wurde 2024 fortgesetzt. Das Thema war diesmal die erste Staffel der 40-teiligen Serie von ORF III »Die ganze Geschichte Österreichs«.

Es geht darum, Mythen und Legenden in der Zeit zu besprechen, die von der ersten Staffel umfasst ist (frühe Babenberger bis ins 18. Jhdt.). Wer bestimmt die Reputation von historischen Persönlichkeiten, wie entstehen »große Erzählungen« für die es nur wenig an historischen Quellen gibt? Was ist die Kontinuität von einer kleinen Grenzmark gegenüber den Ungarn über eine europäische Großmacht bis zum heutigen Österreich? Sind historische Heldentaten große politische Würfe oder glücklich ausgegangener Hazard? Dies ist eine Auswahl der Fragestellungen, die bei den Gesprächen von Rudolf Scholten mit Wolfgang Maderthaler begleitend zu den jeweiligen Staffeln des historischen Großprojekts des ORF erörtert werden.

LECTURE SERIES_ES IST EIN GUTES LAND



St. Mau



R. Misik

GENIAL DAGEGEN – WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE

Kurator: **Robert Misik**, Autor und Journalist

Was macht der soziale Wandel mit unserer Gesellschaft – und wie strukturiert er die Arbeitsgesellschaft der Zukunft? Was sind die intellektuellen Grundlagen und praktischen Vorschläge einer linken Wirtschaftspolitik, die in Zukunft ökonomische Gleichheit, Wohlstand für alle und mehr Sicherheit garantieren will? Und welche politischen Kräfte können in Zukunft Motor dafür sein, die Gesellschaft zu verbessern und voranzubringen?

FEHLDIAGNOSE POLARISIERUNG?

Triggerpunkte: **Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft**

Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität, Berlin
In Zusammenarbeit mit dem Suhrkamp Verlag

Heute ist häufig von der ›gespaltenen Gesellschaft‹ die Rede, die fürchterlich ›polarisiert‹ sei. Im Herbst 2023 sorgte allerdings eine große Studie der drei Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser für Aufsehen, die diese Diagnose auf Basis tiefgehender empirischer Untersuchungen in Frage stellte. Kurzum: Das, was die Menschen in Deutschland so denken, ist gar nicht so polarisiert. Die Gesellschaft ist gar nicht gespalten. Zusammen mit dem österreichischen Sora-Institut haben sie dessen Demokratiemonitor mit ihren eigenen Thesen abgeglichen, und das Ergebnis ist für Österreich nicht sehr viel anders.

Zwischen dem Geschrei der Pole ist das große, breite Feld der normalen, ganz vernünftigen Leute. Hier gibt es teilweise sogar mehr Konsens als noch vor dreißig, vierzig Jahren, so das erstaunliche Fazit der Forscher. Etwa, was die Zustimmung zum Sozialstaat, zu Gerechtigkeitsnormen betrifft, aber auch viele andere Fragen. Beispielsweise: dass man Zuwanderer anständig behandeln soll, dass dazugehört, wer lange genug dazugehört. Dass niemand diskriminiert werden soll, sei es wegen Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung. Aber dass man es mit der Wokeness auch nicht übertreiben soll.

Die schnell erzählte These von ›Gesinnungsklassen‹ und einander feindlich gesinnten ›Lagern‹ weisen die Forscher entschieden zurück. Das Urteil der Forscher ist eindeutig, resümiert die FAZ: ›Man versteht das Land und seine Politik besser, wenn man begreift, dass ›Middle of the road‹-Positionen und nicht zugespitzte Meinungen besonders politisierter Gruppen die Grundhaltungen der Mehrheit prägen – allen Sorgen um das Erstarken des Rechtspopulismus zum Trotz.‹

Das ist sicherlich nicht falsch gedacht, aber möglicherweise sind die Dinge auch komplizierter. Die Forscher sprechen von ›Triggerpunkten‹, die trotz weitgehendem Konsens von Vernünftigkeit die Gereiztheiten und das Gegeneinander anspringen lassen können. Deswegen, beispielsweise, taugt das an sich ja völlig unbedeutende ›gendern‹ als Aufhänger-Thema. Diese ›Triggerpunkte‹ können sogar die gelassene Mehrheit extrem emotional reagieren lassen. Ein paar so ›Trigger‹, und man hat Kulturkämpfe, sogar mit einer Gesellschaft ohne ›affektive Polarisierung‹. Zumal, wenn sie von Wutbewirtschaftungsunternehmern und Kulturkampfprofiteuren geschürt werden.



P. Neumann | R. Misik

Peter Neumann, Politikwissenschaftler, Journalist und Publizist, ist einer der bekanntesten Terrorismus- und Sicherheitsexperten. Neumann ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und leitete dort lange das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR).

In seinem Buch ›Logik der Angst‹ beschreibt Peter Neumann die Gefahr, die durch den rechten Extremismus und Populismus für die Demokratie ausgeht. Hier ein paar Ausschnitte aus dem Gespräch mit Robert Misik im Kreisky Forum:

Ist die Demokratie in Gefahr, Peter Neumann?

Neumann: Ich glaube nicht, dass die Demokratie in Gefahr ist, aber ich denke schon, dass die rechtsextremen Parteien einen Plan haben. Der Plan ist nicht, die Demokratie als solche abzuschaffen, sondern die liberale Demokratie abzuschaffen. Die Vision ist nicht der Faschismus, die Vision ist Viktor Orbans Ungarn. Der hat die Prozesse der Demokratie beibehalten, aber er hat die liberalen Dimensionen der Demokratie ausgeschaltet, Medien, Gerichte, das Parlament. Die hat er sich gefügig gemacht.

Wahlen werden beibehalten, aber würden sie akzeptieren, abgewählt zu werden...?

Neumann: Sie wollen Wahlen, sie wollen sie nicht an sich manipulieren. Es wird nicht massiv die Wahl gefälscht, aber alles davor wird manipuliert. In den meisten Fällen würden sie sich wohl an das Wahlergebnis halten, aber sie würden alles tun, damit es nicht dazu kommt.

Eine der Strategien ist eine Strategie der Verschärfung, der Vergiftung des Klimas...?

Neumann: Die klassischen Parteien moderieren ihre Positionen, um sie für Wähler anderer Parteien attraktiv zu machen. Populisten spalten, weil sie davon profitieren. Trump etwa war der erste Präsident, der nicht die Gesellschaft vereinen wollte, sondern weiter an Polarisierung gearbeitet hat.

Haben Soziale Medien einfach die Anreizstruktur umgedreht, weil sie Polarisierungsunternehmer, die Lauten, bevorteilen?

Neumann: Absolut richtig. Wir hatten noch nie eine Situation, wo wir solche Botschaften haben und die Radikalität von Medien auch noch belohnt wird. Jeder kriegt ein Mikrofon, und die Stimmen, die man hört, sind die Verrücktesten. Die Moderierenden, Differenzierenden, die gehen im Getöse unter.

DIE RADIKALE RECHTE UND DER SOZIALSTAAT

Philip Rathgeb, Assistenzprofessor für Sozialpolitik an der University of Edinburgh, Träger des Kurt-Rothschild-Preises für Wirtschaftspolitik

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien stilisieren sich zum ›Anwalt der kleinen Leute‹, wenn sie aber dann an die Regierung kommen, dann erledigen sie das Geschäft ihrer reichen Gönner. Sieht man sich aber die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, Programmpunkte und die Regierungspraxis ultrarechter Parteien an (und Programm und Praxis können sich gehörig unterscheiden), dann stellt man neben dieser Art von buchstäblichem ›Sozialbetrug‹ noch etwas anderes fest: Auch in der Sozialpolitik kommt ein Gesellschaftsbild der Rechtsextremisten zum Tragen, das sie langfristig verfolgen. Philip Rathgeb, Assistenzprofessor an der Universität Edinburgh, hat dazu bei Oxford-University-Press eine große Studie herausgebracht: ›How the Radical Right has Changed Capitalism and Welfare in Europe and the USA.‹

Die Rechtsextremen machen sich für sozialpolitische Maßnahmen stark, die Autochthonen (›Inländern‹) nützen und Zuwanderern nicht, und sie unterscheiden zwischen jenen, denen Hilfsmaßnahmen ›zustehen‹ und jenen, denen sie ›nicht zustehen‹. Nahezu überall versucht die Sozialpolitik der Ultrarechten, ›Globali-



Ph. Rathgeb



V. Selk

sierungsverlierer« zu sammeln, also jene Segmente der arbeitenden Bevölkerung, die von Statusverlust bedroht sind oder von dieser Gefahr schon real einiges spüren.

Dabei benützen sie eine Reihe von Rhetoriken: die hart arbeitenden einfachen Leute (meist Männer im produzierenden Gewerbe oder andere) und Rentner, die lange gearbeitet haben, sind die, denen Unterstützung »zusteht«, alle anderen werden mit einem Federstrich zu jenen ernannt, die sich Begünstigungen »erschleichen« wollen. Wer neu dazu kommt, hat noch keine Ansprüche »erworben«, dessen Status soll gesenkt werden – ebenso wie die Rechte derer, die nicht »fleißig« genug sind, also arbeitslos sind oder aus welchen Gründen immer langfristige Arbeitsmarktnachteile haben.

Rathgeb hat dazu eine Reihe ganz interessanter Entdeckungen gemacht, etwa, dass sich die Politik von Rechtsextremisten signifikant unterscheidet: In Nordeuropa gibt es einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat mit einem hohen Grad an Individualismus und auch an Frauenemanzipation. In Kontinentaleuropa gibt es eher »konservative« Wohlfahrtsstaaten, in denen bevorzugt auch die Rechtsextremisten ein »Familienmodell«. Also etwa Familienleistungen, Steuersenkungen für Familien, und Prämien für Frauen, wenn sie nicht arbeiten, sondern die Kinder betreuen. Noch signifikanter ist das etwa in Ostmittel-Europa, etwa in Polen oder Ungarn, wo es gar keine so ausgebauten Sozialstaaten gibt, da sind Unterstützungen für Familien der Kern dessen, was Rechtspopulisten fordern. In den USA wiederum, wo es viel weniger Sozialleistungen gibt, ist der »Wohlfahrtschauvinismus« weniger zentral als Forderungen nach ökonomischem Protektionismus, der die »hart arbeitenden weißen Männer« schützen soll (also etwa Schutzzölle gegen chinesische Waren, um die amerikanische Industrie zu unterstützen).

DEMOKRATIEDÄMMERUNG

Veith Selk, Politik- und Sozialwissenschaftler, Technische Universität Darmstadt

Es kracht an allen Ecken, und dass auch die Demokratie schon einmal bessere Zeiten gesehen hat, ist eine Binsenweisheit. Legitimationsprobleme und populistische oder rechtsextreme Revolten, dazu Handlungsschwäche und Autokraten, die Blut lecken und ihre Chance sehen.

Veith Selk, Forscher für politische Theorie und Politikwissenschaft an der TU Darmstadt, fragt: Was, wenn die heutigen Strukturprobleme der Demokratie nicht einfach reparaturwürdige Defekte sind, sondern auf ein baldiges Ende der demokratischen Ära hindeuten? »Demokratiedämmerung« heißt das Buch, die Zeit nannte es eine »brutale Niedergangsdiagnose«, die sich »schon bald als prophetisch erweisen« könnte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte seine Diagnose »bestechend«.

Die Phänomene: massiver Vertrauensverlust etablierter Politik, Zerfransung von Diskursen, Herrschaft der Fake-News, demokratische Parteien, die nur wenig zuwege bringen, extremistische Radauparteien, die aufsteigen (sodass die demokratische Politik noch weniger zuwege bringt).

Während der Common Sense lange – und sei es auch nur halb bewusst – davon ausging, dass gesellschaftliche Entwicklung, Fortschritt und mehr Demokratie und Partizipation miteinander einher gehen, dreht Selk die Sache um und urteilt, dass »die Fortentwicklung moderner Gesellschaften und ihrer politischen Verhältnisse einen Niedergang der Demokratie mit sich bringt«. Gewissermaßen: Der Niedergang der Demokratie ist eine innere Tendenz moderner Demokratien. Man schluckt da, besonders wenn Selk lapidar konstatiert: »Eine Umkehr dieser Entwicklung ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen unwahrscheinlich.«

Die ausgebreitete Indizienkette für die These ist jedenfalls ziemlich beeindruckend.



M. Pichl



R. Misik

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die Individualisierung untergräbt traditionelle Parteibindungen und führt zu einer Zersplitterung der politischen Landschaft und zu Hauen und Stechen der Politiker. Sachliche Politik wird von berufsmäßigen Experten der Politik betrieben, eine »Nähe« zu den Vertretenen ist nicht hinzubekommen. Die damit einhergehenden Frustrationen machen Populisten stark. Politik wird immer komplexer und komplizierter, sodass auch durchschnittlich informierte Bürger die meisten Verfahren nicht verstehen. Früher sprach man von zwei Legitimationsquellen von Politik, nämlich der »Input-Legitimation« – wenn also die Bürger die Verfahren, die zu Entscheidungen führen, als legitim ansehen –, und die »Output-Legitimation«, wenn also das Ergebnis von Entscheidungen den Leuten nützt, was üblicherweise für Zustimmung sorgt. Beides funktioniert nicht mehr, weil die Verfahren selbst beanstandet werden und außerdem viele Menschen Erfahrungen von Verlust machen. Dazu: Der Niedergang eines Kapitalismus, der die Wohlfahrt aller hob. Nicht zu vergessen: der Strukturwandel der Öffentlichkeit mit seinen Aufgangelungs- und Fake-News-Schleudereien. Die Politik reagiert darauf oft hilflos, indem man die eigenen Entscheidungen durch Wissenschaft begründet, aber in einem Zustand allgemeiner Politisierung wird dann auch die Wissenschaft »politisiert« – also zum Gegenstand politischen Streits –, sodass auch das »Expertenwissen« als Legitimationsquelle unterminiert wird.

LAW STATT ORDER

Maximilian Pichl, Rechts- und Politikwissenschaftler, Professor für Soziales Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Rhein Main
In Zusammenarbeit mit dem Suhrkamp Verlag

Spektakuläre Kriminalfälle, ein verbreitetes Unsicherheitsgefühl und eine aggressive Medienberichterstattung treiben nicht nur rechtsextremen Parteien Wähler zu, sie führen auch zu einem regelmäßigen Ruf nach »Law and Order« und nach der »vollen Härte des Rechtsstaates«. Das ist aber schon eine kleine Wortverdrehung, da der demokratische Rechtsstaat ja vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen eines autoritären Staates schützen soll – und dazu da ist, die Regierenden selbst an das Recht zu binden. »Rechtsstaat heißt nicht, vor allem Minderheiten zu schützen, sondern die Mehrheit zu schützen vor Kriminalität«, bemerkte etwa Gerhard Schröder – also Durchsetzung der Behörden und Justiz mit robusten Mitteln. Rechtsstaat wird in dieser Sprache der Härte rhetorisch gleichgesetzt mit »Härte der Polizei«. Dabei, so Maximilian Pichl, Professor an der Hochschule Rhein-Main, bedeutet Rechtsstaatlichkeit ja stets Begrenzung und Eingrenzung staatlicher Macht und Herrschaft im Interesse der Freiheit der einzelnen. Diese Freiheit kommt aber in diesem Diskurs selbst unter Druck. Im Extremfall wird die Meinungsfreiheit eingeschränkt, Demonstrationsverbote sind heute gang und gäbe geworden, und Maximen der Menschenrechte können auch einmal lässig ignoriert werden. Minderheiten mit schlechtem Zugang zum Recht sind doppelt unterprivilegiert – sie werden oft auch als besonders »gefährliche« Klassen angesehen und sind zugleich Polizeiübergriffen ausgesetzt, ohne auf viel Solidarität zählen zu können. Das ist selbst schon eine gefährliche Abzweigung ins Autoritäre, meint Pichl und erinnert daran, dass »der Generalverdacht gegenüber der Exekutive im Allgemeinen und der Polizei im Besonderen« ein Wesensmerkmal der Demokratie sein sollte. Am Ende kommen auch Klimaprotestbewegungen unter die Räder, oder die Exekutive sieht sich zu überschießendem Handeln ermutigt, wie auch während der Pandemie. Wo in Schlagzeilen vom »Rechtsstaat« die Rede ist, da bricht sich nicht selten Straflust Bahn, so Pichl.



K. Lederer



J. Grundnig

MIT LINKS DIE WELT RETTEN

Klaus Lederer, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus; von 2016 bis April 2023 war er Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa von Berlin

Als Klaus Lederer in den Nullerjahren dem Kreisky Forum erstmals einen Besuch abstattete, war er ein unorthodoxer, urban-linker Jungpolitiker der deutschen »Linkspartei«. Danach stieg er zum Spitzenkandidaten auf, gewann mehrere Wahlen, wurde Vizebürgermeister von Berlin, Kultursenator und führte mehrere Jahre lang das Ranking der »beliebtesten Politiker in Berlin« an. 2023 schied er – nach dem Ende der Rot-Rot-Grünen-Koalition – aus der Spitzenpolitik aus. Wohl noch nie hatte ein scheidender Links-Politiker so viel euphorische Nachrede am Ende seiner Amtszeit. Von der konservativen »FAZ« bis zur liberalen »Zeit«, überall wurde das Ausscheiden Lederers betrauert.

In seinem Buch »Mit Links die Welt retten« skizzierte er danach so etwas wie den politischen Kompass, der ihn immer leitete. Während der Jahre in Spitzenfunktionen hat man fürs Schreiben ja wenig Zeit. Und klar, einer seiner ersten Wege in der Post-Spitzenpolitik-Ära führte Lederer wieder ins Kreisky Forum nach Wien. Lederer beschreibt, wie »aufgeheizte Debatten, autoritäre Erregungen und die manifeste Sehnsucht nach Eindeutigkeit« auch zersetzend und »vergiftend« auf das linke Lager übergreifen. Es ist ein Plädoyer für Humanismus, für Liberalität und Radikalität zugleich, eine Art Manifest eines »libertären Sozialismus«, der den emanzipatorischen und individualistischen Impuls des Sozialismus durchdekliniert. Seine Maximen seien immer gewesen, man müsse zugleich utopischer als auch realistischer werden, so Lederer und fügt hinzu: »Kulturelle Hegemonie ist kein Ergebnis von Belehrung«.

REBELLISCHE WIRTSCHAFT- 50 JAHRE ROTER BÖRSENKRACH

Jonas Grundnig, Roter Börsenkrach

Therese Guttmann, Institute for Ecological Economics, WU Wien

Peter Rosner, Wirtschaftswissenschaftler

Wilhelm Hemetsberger, Vorstandsvorsitzender Ithuba – Capital

Er ist die älteste noch existierende Basisgruppe der Universität Wien – der Rote Börsenkrach, die Basisgruppe an der Volkswirtschaft an der Uni-Wien. Aber er ist mehr als das: Er ist eine Legende, Durchgangsstadium großer Ökonom:innen, bedeutender späterer Spitzenfunktionäre und Unternehmer. »Börsenkrachler« brachten es in Kanzlerkabinette (Lilly Hagen), ins internationale Investmentbanking (Willi Hemetsberger) oder werden immer wieder als Kandidaten für den Nobelpreis genannt (wie der Verhaltensökonom Ernst Fehr).

Vier Generationen »Roter Börsenkrach« diskutierten im Kreisky-Forum über »Rebellische Wirtschaft«, wie eine linke Basisgruppe das Ausbildungsniveau hob und wie es bis heute ein Kampf geblieben ist, »heterodoxe« Wirtschaftstheorien an den Universitäten durchzusetzen, einen Pluralismus jenseits des neoliberalen Dogmatismus. Peter Rosner, emeritierter Volkswirtschafts-Professor, berichtete aus der Perspektive der Gründergeneration, Willi Hemetsberger aus der der Nachfolger-Generation, und Therese Guttmann und Jonas Grundnig aus den 2010er und 2020er Jahren.

Auch dem STANDARD war das Jubiläum eine große Story wert. Hier ein paar Auszüge:

»Trotz der suggestiven Farbe im Namen war der Rote Börsenkrach aber nie eine sozialistische Parteiorganisation, betont Peter Rosner, der als junger Doktorand 1974 maßgeblich an der Gründung der Gruppe beteiligt war und später VWL-Professor an der Uni Wien wurde. »Ich habe den Namen erfunden, weil ich



Th. Guttmann



J. Galbraith

überraschende Wortkombinationen immer mochte«, sagt Rosner zum STANDARD. Er und seine Mitstreiter seien zwar alle politisch links gewesen, doch weder habe man sich SPÖ oder KPÖ verschrieben noch mit den umtriebigen maoistischen Studentenfraktionen angebandelt: »Wir waren schon am Marxismus interessiert, aber wir haben uns keiner Ideologie fix verbunden gefühlt.«

Das wichtigste Motiv für die RBK-Gründung sei vielmehr gewesen, »dass das Studium so grottenschlecht war«, erinnert sich Rosner. Dazu muss man wissen: Die damaligen VWL-Lehrpläne hatten aus der heutigen Sicht wenig mit einem richtigen Ökonomiestudium zu tun: In den ersten Semestern standen hauptsächlich juristische und staatswissenschaftliche Prüfungen auf dem Programm, während ökonomische Theorien und quantitative Methoden eine bloße Randerscheinung bildeten. Von modernen mathematisierten Modellen, die in der internationalen Forschung längst etabliert waren, wollten die meisten österreichischen Professoren nichts wissen und schotteten sich im Geiste eines konservativen Provinzialismus ab.«

INFLATION, SANCTIONS AND INDUSTRIAL POLICY

Notes from the Front Lines of US and European Economic Policy Debates

James Galbraith, Economist, Professor at the Lyndon B. Johnson School of Public Affairs and at the Department of Government, University of Texas at Austin.

James K. Galbraith ist einer der prominentesten und zugleich einer der provokantesten linken Ökonomen der USA – und mittlerweile ein häufiger Gast des Kreisky Forums, der der Institution und dem Team freundschaftlich verbunden ist.

In seinem Talk widmete sich Galbraith drei sehr kontrovers debattierten Themen der internationalen, ökonomischen Diskussion – nämlich den Sanktionen gegen Russland, der Inflation und den Versuchen, eine neue Industriepolitik zu begründen. Die Sanktionen gegen Russland funktionieren nicht, weil sie nicht durchdacht gewesen sind. »Sie funktionieren nicht so, wie es vorhergesagt wurde«, so Galbraith. Weder beeinträchtigen sie die »russische militärische Kapazität«, noch untergraben sie die russische Wirtschaft. Russland ist ein großes Land mit eigenen Kapazitäten, es hat zudem viele Möglichkeiten, die Ausfälle zu kompensieren, und es verfügt mit dem Rubel über eine souveräne Währung. Es braucht schlicht keine Devisen, um seine Kriegsmaschine zu finanzieren. Was es braucht, sind Komponenten für die Produktion, die jetzt schwieriger zu beschaffen sind. Zugleich ist der Westen von Russland genauso abhängig, etwa was Öl, Energie-Importe angeht, aber auch Düngemittel usw. Langfristig bedeuten die Sanktionen, dass westliche Direktinvestitionen aus Russland verschwinden – aber auch, dass russische Investoren die Anteile der westlichen Investoren jetzt zu einem Spottpreis erwerben können. Man könnte sich schlaudere Politik vorstellen, ist Galbraith überzeugt.

Auch auf anderen Themenfeldern sind Galbraiths Bemerkungen provokant: »Industriepolitik wäre eine gute Idee, aber wir haben leider keine«, so Galbraiths Ansicht. Auch Bidens »Inflation Reduction Act«, der Industrieproduktion zurückholen möchte, ist keine echte Industriepolitik. Heute, so Galbraith, sei Industriepolitik gar nicht mehr wirklich möglich. Der Staat kann nicht planen, welche Produktion in welchen Regionen angesiedelt werden soll, auch die berühmten »Moonshot«-Projekte werden bloß Träume bleiben. Galbraiths Einwand: Ansiedlung von Unternehmen – sei es in der Solarindustrie, sei es bei Halbleitern – würde nur dazu führen, dass man teuer etwas produziert, was anderswo günstiger hergestellt wird. Und das ist meist keine kluge ökonomische Strategie.



N. Kowall



H. Richter



B. Ulrich



B. Marin

RAUS AUS DER GLOBALISIERUNGSFALLE

Nikolaus Kowall, Ökonom, Hochschullehrer an der FH des BFI Wien, politischer Aktivist, Autor

Die Technologien der Zukunft und die guten Jobs der Zukunft werden mit sauberer Energie, mit Solar, mit Windkraft zusammenhängen, mit E-Mobilität, mit öffentlichem Verkehr, der blitzschnell ist, mit Wohnungen, die energieeffizient sind – im Winter warm, im Hitzesommer gekühlt (in 15 Jahren wird man die Temperaturen ohne Klimaanlage kaum mehr überleben) –, mit effizienter Ressourcennutzung (Recycling), mit Digitalisierung und und und...

Niki Kowall, Wirtschaftsprofessor, SPÖ-Kandidat bei den jüngsten Nationalratswahlen und »Partei-rebell« hat ein famoses Buch darüber herausgebracht, was die österreichischen Unternehmen in diesen Bereichen alles können. Er hat viele Firmen besucht, die Lehren aus der Industriepolitik der Vergangenheit gezogen, die internationale Debatte kondensiert. Endlich wird substantiell über progressive Wirtschaftspolitik gesprochen.

Österreich ist als Industrieland unglaublich erfolgreich: Nach der westlichen Krise der Stahl- und Grundstoffindustrie in den achtziger Jahren schaffte das Land trotz gegenteiliger Propaganda (»Verstaatlichtenkrise«) die Kurve fulminant. Die Industrieproduktion in Österreich stieg um 138 Prozent seit 1996. Im Vergleich: Finnland schaffte nur Plus 52 Prozent, Deutschland Plus 29, Frankreich Plus drei und Italien musste ein sattes Minus von 14 Prozent hinnehmen. Österreich ist ein industrielles Vorzeigeland. Aber eine defensive Strategie, die das Erreichte verteidigt, wäre die falsche Industriepolitik. Niki Kowall zeigt im Buch und beschreibt im Gespräch leidenschaftlich, was die österreichischen Firmen können und was Staat und Regierung tun müssen, um die Transformation zu unterstützen.

DEMOKRATIE UND REVOLUTION

Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit

Hedwig Richter, Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Univ. der Bundeswehr in München

Bernd Ulrich, Redakteur der ZEIT

Es ist ein drängendes, schmerzhaftes Buch, das Hedwig Richter und Bernd Ulrich geschrieben haben. Es zeigt die Klimakatastrophe und Diversitätskrise, in der wir drinnen stecken, in voller Schonungslosigkeit und hält nicht nur den Verleugnern, sondern auch den Abwiegler einen Spiegel vor das Gesicht. Aber die zentrale Frage, die die beiden aufwerfen, ist: Warum haben »die westlichen Demokratien sich bisher als unfähig erwiesen, den Weg in die ökologische Zerstörung nachhaltig und rechtzeitig zu verlassen?« Dabei landen sie bei unangenehmen Fragen zu Demokratie, Ökologie und Revolution.

Mit Gradualismus, also der Langsamkeit und dem Gefühl »irgendwie wird es schon gutgehen«, kommen wir nicht mehr weiter – so das Postulat der Historikerin Hedwig Richter und des »Zeit«-Autors und Ex-Chef-redakteurs Bernd Ulrich. Die Demokratie lebt von der Langsamkeit, sie lebt vom Wohlstandversprechen und von einem Spirit, eine »Normalität« zu garantieren. Aber das geht jetzt alles nicht mehr. Deswegen gerät die Demokratie in die Krise und zeigt sich zugleich bisher als unfähig, mit der ökologischen Herausforderung zu-rande zu kommen.

Die Autoren ziehen jetzt durch die Lande, um Bewusstseinsarbeit zu vollbringen. Das Gefühl, dass nun endlich groß etwas getan werden müsse, stellt sich noch immer nicht recht ein, auch, weil der Weg »in die

LECTURE SERIES_GENIAL DAGEGEN

Menschheitskatastrophe über lauter lässliche Sünden« führt. »Es ist ein großes Verbrechen, zumindest an den Zukünftigen, ohne große Verbrecher«, so die Autoren. Die Normalität, dass es einfach so weiter geht, das führt in diesem Fall in die Katastrophe. Das Buch der beiden ist voller starker, verzweifelter Formulierungen: Dass wir uns als »die Ahnen« erweisen, »die man wirklich nicht gehabt haben will«. Al Gore hat das Dilemma schon vor Jahrzehnten so beschrieben: »Das Minimum, das wissenschaftlich notwendig ist, um den Klimawandel zu bekämpfen, übersteigt das Maximum des politisch Machbaren.« Demokratien sind nicht gut dafür gemacht, die Bereitschaft für Handlungen zu stärken, »wenn es zwar auf lange Sicht allen nutzt, aber einem selbst vorerst schadet«, so Richter und Ulrich.

Die konventionelle Politik ist zugleich in einer »Zumutungslosigkeitsideologie« gefangen, deren grundlegende Mentalität zugespitzt so lautet, wie die Autoren in einer fiktiven Ansprache der Politiker an die Wähler formulieren. »Wir sind der festen Überzeugung, dass ihr niemals bereit wäret, für die Zukunft eurer Kinder, für den Erhalt unserer Kultur und für die Sicherung der materiellen Grundlagen der Demokratie auf einen Teil eurer Gewohnheiten und Bequemlichkeiten zu verzichten.« Richter und Ulrich zeigen schonungslos, dass es heute keine politische Handlungsfreiheit mehr gibt »ohne staatsbürgerliche Opferbereitschaft«.

LEBENSZEITEN. MAN LEBT NICHT EINMAL EIN MAL...

Bernd Marin, Sozialwissenschaftler, Gründer und Direktor des Europäischen Bureau für Politikberatung und Sozialforschung in Wien

»Weise Alte wissen um die Vorteile der Langsamkeit«, formuliert Bernd Marin. Persönlich freilich hält der 76jährige Sozialwissenschaftler noch lange nichts von Langsamkeit. Er ist ein Schnelldenker, voller sprühendem Gedankenreichtum, stets am Sprung, von einer Überlegung zur nächsten Entdeckung zu hüpfen. Nicht bei jeder Kapriole muss man ihm folgen, aber fast immer ist er schlau und gewinnbringend. Jetzt hat er Essays, Notizen, Glossen, Aufsätze aus rund dreißig Jahren herausgebracht – und neu montiert, zu Kapiteln, die allesamt Phänomene der Gegenwart beleuchten.

Im Kreisky Forum hat Marin, langjähriger Begleiter unseres Dialogforums, sein Buch und seine Erinnerungen vorgesellt, wie immer mit Dossiers und vielen Zetteln und Post-Ist bewaffnet.

»Pop-Science« nennt er seine Autoren-Unternehmung im dritten Lebensabschnitt. Da geht es um Zeitempfinden und Zeitmetaphern, um Lebensgier, Tempo und die Fallen der »Non-Stop-Gesellschaft«, um das »Recht auf Faulheit«, warum die Marktwirtschaft keine Marktgesellschaft werden dürfe, und zugleich darum, dass das aber auch nur eine Phrase ist in einer Welt, in der alles seinen Preis hat. Er nimmt uns mit in die schrulligen Abwege von Statistik und Mathematik, am Ende wissen wir, wieso wir sogar Restlebenserwartung gewinnen, wenn wir uns mit dem Sterben nur lange genug Zeit lassen, also: Warum wir immer jünger werden, wenn wir altern. Man kann das Häppchenweise lesen. Marins Pop-Wissenschaft, das sind Miniaturen, viele davon richtig schmissig. Im Sauseschritt geht es vom »Wandel der Leitwerte« zur österreichischen »Lumpenbourgeoisie«, weiter zur »Verrohung der Sprache« und zum eigentümlichen Neo-Faschismus, der als konformistisches Rebellentum daherkommt, nicht mehr im Stehschritt marschiert, sondern laut »Nicht mit mir!« brüllt und statt Heldentum eine aufreizende Wehleidigkeit kultiviert.



O. David



R. Jaeggi

VON DER NAMENLOSEN MENGE Über Klasse, Wut und Einsamkeit

Olivier David, Schriftsteller, Journalist, Kolumnist

Menschen aus der Arbeiterklasse haben an ihrem Körper ›Arbeitsnarben‹, ›Klassennarben‹; jene aus der Mittel- und Oberschicht eher ›Freizeitnarben‹, ›Hobbynarben‹, etwa vom Sport. ›Die Fälle, in denen körperliche Arbeit nicht gut ausgeht, sind es, die die Lebensläufe vieler Menschen in der unteren Klasse bestimmen‹, schreibt Olivier David in seinem Großessay ›Von der namenlosen Menge‹, der die Lebenswelten und Verwundungen der arbeitenden Klassen und der Unterschichten seziert. Das frühe Sterben, die Abnutzung, die psychischen Bedrängungen, die mentalen Krankheiten, das Nur-eine-Nummer-sein, eben: das namenlos sein. Der junge, aus Hamburg stammende Autor Olivier David stellte im Kreisky Forum seinen Großessay ›Von der namenlosen Menge‹ über Leben und Verwundungserfahrung der Unterklassen vor – nicht als distanzierter soziologischer Betrachter, sondern als teilnehmender Beobachter.

David spricht von ›meinen Leuten‹. Er ist in Hamburg in den sogenannten ›schlechten Vierteln‹ aufgewachsen. Straßenkind. Seine Eltern arm, gestrandet. Drogen sind im Spiel, regelmäßige Gefängnisaufenthalte des Vaters. Schon die Großeltern immer in diesem Milieu. Es sind seine Realitäten, und er kennt die Mentalitäten. ›Ein Ertrinkender denkt in aller Regel nicht wohlwollend, oder voller Schmerz an andere Ertrinkende, dafür ist er zu sehr mit seinem eigenen Ertrinken beschäftigt.‹ Die Ressourcen an Solidarität sind endlich.

David kennt aber auch die anderen Welten: Seine Mutter gibt ihn in eine Waldorf-Schule, die er irgendwann schmeißt. Je nach Milieu ist er ein anderer.

Davids zorniges Buch reiht sich in das autofiktionale Schreiben ein, das heute mit Namen wie Annie Ernaux, Didier Eribon oder Edouard Louis verbunden ist, eine Textgattung, die manchmal auch als Arbeiterklassenliteratur beschrieben wird, aber oft eigentlich eine ›Wie ich die Arbeiterklasse verlassen habe‹-Literatur ist. Bei David ist das alles härter, noch näher dran, damit auch ohne Sentimentalitäten und weniger Ich-Umkreisung. Dafür hat es noch eine Schleife mehr an selbstreflexiver und analytischer Flughöhe. ›Ich trage eine Wut in mir‹, schreibt er.

FORTSCHRITT UND REGRESSION

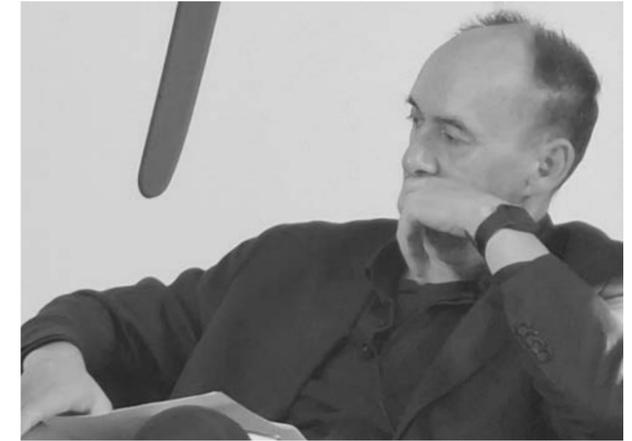
Rahel Jaeggi, Professorin für Praktische Philosophie, Rechts- und Sozialphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin

Die Idee des ›Fortschritts‹ hat schon bessere Tage gesehen. Heutige Gesellschaften sind weniger von Fortschrittsgeist und Zukunftsvertrauen beherrscht, sondern von einem Gefühl depressiver Stockung. Es gibt zwar weiter ›Fortschritte‹, die allgemein unumstritten sind – in der Medizin, in der Wissenschaft, in den technologischen Innovationen. Aber dass sich technologische, materielle Fortschritte und gesellschaftlicher Wandel zu einer umfassenden ›Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen‹ (Rahel Jaeggi) addieren, wird heute eher angezweifelt. Noch mehr gilt das für die Annahme, dass die Menschheit auf einem Kurs der Vervollkommnung sei.

Es ist ein großtheoretischer Aufschlag, den Rahel Jaeggi, Professorin für praktische Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, in ›Fortschritt und Regression‹ versucht. Dafür erhielt sie kurz vor dem Gespräch im Kreisky Forum den ›Philosophischen Buchpreis 2024‹.



R. de Weck



R. Misik

Ihre Unternehmung: Das Konzept des ›Fortschritts‹ retten. Jaeggi ist eine Spezialistin für rettende Kritik, die abgestandene Begriffe abstaubt. Schon vor beinahe 20 Jahren hat sie das mit dem Begriff der ›Entfremdung‹ auf fulminante Weise getan – und schon damals durften wir sie in unserem Haus begrüßen.

Über weite Strecken nimmt Jaeggi nunmehr die Fortschrittsidee analytisch auseinander. Protokolliert wird, was an ihr fragwürdig und nützlich ist. Mit dem Fortschrittsbegriff können koloniale Gemetzel gerechtfertigt werden, etwa, dass der Westen den ›Wilden‹ den ›Fortschritt‹ bringe. Jaeggis ausgedünntes Fortschrittskonzept: ›Gesellschaften haben kein Ziel, sie lösen Probleme.‹ Fortschrittliche Problemlösungen sind solche, die sich als ›Anreicherungsprozess‹ darstellen lassen, also als neue, komplexe Lösungen, während Regression der Rückfall hinter schon erreichte Einsichten ist. Regression stemmt sich gegen die Wirklichkeit und sei, so Jaeggi, daher eine ›Verstetigung von Prozessen des Scheiterns‹. Freilich: Der Unbequemlichkeit, dass es da draußen keinen Standpunkt höherer Wahrheit gibt, vermag auch Jaeggis Fortschrittskonzept nicht aufzulösen. Ihr Leitmotiv: Wir sollen Fortschritt weniger als einen Fortschritt hin zu einem Ziel, mehr als einen Fortschritt weg von einem Problem verstehen.

DAS PRINZIP TROTZDEM Warum wir den Journalismus vor den Medien retten müssen

Roger de Weck, Publizist, ehem. Chefredakteur der ZEIT, Generaldirektor des Schweizer Radios und Fernsehens, Mitglied des Zukunftsrats für Reformen bei ARD, ZDF und Deutschlandfunk

Roger de Weck ist ein ganz Großer des Journalismus. Er war Redakteur der Weltwoche, Chef des Tagesanzeigers, Chefredakteur der deutschen ›Zeit‹ und zuletzt Generaldirektor des Schweizer Rundfunks und Fernsehens, SRF. In seiner Streitschrift ›Das Prinzip Trotzdem‹ beschreibt er die Bedrohung der freien Presse und warum ›wir den Journalismus vor den Medien retten müssen‹.

Im Gespräch mit Robert Misik führte Roger de Weck die Gründe für die grassierende ›Nachrichtenmüdigkeit‹ aus. ›Die mediale Aufgeregtheit macht nicht wenige Menschen ›nachrichtenmüde‹. Viele versuchen, den Medienkonsum zu vermeiden, um nicht in einen depressiven Zustand oder in ein permanentes Empfinden der Gereiztheit zu geraten. Die Medien verlieren damit Konsumenten – und versuchen mit noch fesselnderen, also noch emotionalisierenderen Botschaften dagegen anzukämpfen. Denn was erregt, das sorgt für Klicks. Der ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹ weg von der ›kuratierten Print-Zeitung‹ hin zum Online-Konsum führt zur Jagd nach Klicks. Jeder einzelne Text muss sich beim Publikum durchsetzen. Das macht etwas mit dem Journalismus und dann auch etwas mit der Nachrichtenlage.

Es ist eine Teufelsspirale, an deren Ende nicht nur die Medien ihre Glaubwürdigkeit einbüßen und ihre Geschäftsgrundlage untergraben, sondern die auch die Demokratie gefährdet. Dauerempörte und in Angst versetzte Bürger und Bürgerinnen sind die Folge. In der hyperpolitischen Gereiztheit, so de Weck, sind ›viele Zeitgenossen wütend, verwirrt, einsam, aber vernetzt‹. Medien, die im Kampf um Aufmerksamkeit sind, lieben die destruktive Pointe, was bis zu einem gewissen Grad kaum anders sein kann, da tendenziell vor allem schlechte Nachrichten ›News‹ werden. Was aber im medialen System schon immer angelegt ist, wird in der radikalisierten Aufmerksamkeitsökonomie toxisch. ›Klicks sind reaktionär‹, formuliert Roger de Weck. Wir werden mit so viel schlechten Nachrichten überschüttet, dass es unsere Weltwahrnehmung bizarr verfälscht. Hinzu kommt die ökonomische Krise von Medien, die ihre bisherigen Geschäftsmodelle verlieren, weil die Werbung ins Internet abwandert. Der Aufstieg von Oligarchen wie Elon Musk und Jeff Bezos. Roger de Weck sieht als zentrale Aufgabe der Zukunft, guten Journalismus als Infrastruktur der Demokratie zu fördern und zu sichern.



M. Hvorecký | A. Durnová | R. Misik

WOHIN DRIFTET DIE SLOWAKEI?

Michal Hvorecký, slowakischer Schriftsteller und Journalist

Anna Durnová, Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien

Unser Nachbarland, die Slowakei, wird rasant in einem ›urbanistischen‹ Stil umgebaut, seitdem die autoritäre Regierung unter Robert Fico in Koalition mit der rechtsextremen ›Slowakischen Nationalpartei‹ die Amtsgeschäfte übernommen hat. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde zerschlagen, zentrale Kunstinstitutionen wie etwa das Slowakische Nationaltheater werden im Handstreich ihrer Leitung entledigt. Allen voran ist die nationalistische Kulturministerin eine Protagonistin dieser Anschläge auf die Freiheit.

Michal Hvorecký berichtete über die autoritäre Bedrohung im Land und die Gegenwehr der Zivilgesellschaft und Kulturszene. Hvorecký, eine der mutigsten Stimmen der demokratischen und liberalen Zivilgesellschaft, steht selbst im Fadenkreuz der Herrschenden. Nachdem er etwa die Kulturministerin Martina Šimkovičová eine ›Neo-Faschistin‹ nannte, hat sie ihn wegen ›Verleumdung‹ geklagt, ein Delikt, auf das in der Slowakei bis zu fünf Jahre Haft stehen. Der Autor ist einer der führenden slowakischen Romanciers und Essayisten der Gegenwart.

Das Geschehen in der Slowakei sei eine ›absolute Katastrophe‹, sagt Hvorecký. ›Die SNS ist nicht bloß eine nationalistische Partei, sie vertritt eine völkische Ideologie, steht für Verschwörungsmythen und Verständnis für Putin.‹ Als Romanautor hat Hvorecký die autoritären Gefahren früh gespürt, etwa in seinem vielgefeierten Buch ›Trok‹, einer Dystopie darüber, wie Trollarmeen im Internet ganze Gesellschaften vergiften. Premier Robert Fico beschimpfte ihn als ›Unruhestifter und Krawallmacher‹.

Sein persönliches Strafverfahren steht Hvorecký noch bevor, dennoch zeigt er sich im Gespräch im Kreisky Forum nicht unbedingt pessimistisch: Die Slowakei ist nicht Ungarn, die Gegenwehr der demokratischen Kräfte ist vital, und die autoritäre Regierung hat viel Zustimmung verloren und befindet sich in einer Defensive. In Umfragen hat die Opposition schon die Mehrheit.

Anna Durnová, Professorin für Soziologie an der Universität Wien – sie ist Tschechin und stammt aus Brno – kommentierte das slowakische Geschehen aus einer breiteren mittel-osteuropäischen Perspektive und verwies auf die Verlassenheitsgefühle breiter Bevölkerungsschichten, die sich von liberal-demokratischer Politik nicht mehr repräsentiert sehen und das Unterstützungsreservoir für autoritäre Populisten bilden.

VERLUST

Ein Grundproblem der Moderne

Andreas Reckwitz, Professor für Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie an der Humboldt Universität zu Berlin

Würde man einen Glossar der Gegenwart verfassen, Stichworte zur Zeit, dann stünden, Angst, Unsicherheit und auch Verlustempfinden ziemlich weit oben auf der Liste. Auch aus diesem Grund ist Andreas Reckwitz' Studie über ›Verlust – Ein Grundproblem der Moderne‹ ein äußerst zeitgemäßer Großessay. Reckwitz, Professor für Soziologie und Kulturosoziologie an der Humboldt Universität Berlin gehört schon seit Jahren zu den führenden deutschen Theoretikern und Zeitdiagnostikern, seine wichtigsten Arbeiten beschäftigen sich mit ›dem hybriden Subjekt‹ und der ›Gesellschaft der Singularitäten‹. Allesamt kreisen Reckwitz Untersuchungen um den sozialen Wandel in der ›Spätmoderne‹, und damit auch um Wandel in Psychologie, in Selbstbil-



A. Reckwitz | R. Misik

den, Selbstentwürfen und Lebensweisen. Heute gibt es, so seine Bestandsaufnahme, ein ›eskalierendes Verlustempfinden‹. Die Erfahrung von ›Verlust‹ ist aber ein Grunderleben der Moderne, die mit Fortschritt, Veränderung, Verstärkung usw. verbunden ist. Altes verschwindet, Neues entsteht – oft gibt es aber für das Verlustempfinden nicht einmal eine Sprache und Begrifflichkeit, da über lange Jahre der ›Fortschritt‹ als erstrebenswert angesehen wurde und damit etwaige Überforderungen der Subjekte gar nicht thematisiert wurden. Nichtsdestoweniger war die Moderne lange Zeit auch von Niedergangserzählungen begleitet, etwa über den ›Untergang des Abendlandes‹, über ›Dekadenz‹ etc. Heute gibt es aber einen fortschreitenden Verlust an Zuversicht. Stress zieht in die Leben ein, Nostalgie breitet sich aus, die Geschichtsauffassungen, etwa in Hinblick auf zunehmende Demokratisierung werden brüchig und auch alternde Gesellschaften leisten ihren Beitrag, denn wenn die Mehrzahl der Bürger ihr Leben nicht ›vor sich‹ haben, sondern im Herbst ihrer Jahre stehen, dann ändert das logischerweise auch etwas an gesellschaftlichen Atmosphären. Selbst ›die Linke‹ ist heute oft pessimistisch. Reckwitz deklinierte im Gespräch mit Robert Misik die verschiedenen Seiten der Verlustdiagnose durch, und letztendlich lässt sich alles unter dem Begriff ›Verlust‹ fassen, auch Kriege sind ›Verlust an Sicherheit‹ usw. ›Natürlich besteht die Gefahr, dass man den Begriff überdehnt‹, lacht Reckwitz im Gespräch. Aber, gab Misik zurück, ›der Verlustbegriff wird bei Reckwitz nur selten zu sehr überdehnt, und wo doch, dann immer auf interessante Weise‹



B. Khajepour



H. Habibi Doroh

HEGEMONIES AND ALLIANCES

Kurator: Walter Posch, Iranist und Islamforscher, österreichisches Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie in Wien

Zusätzlich zu den jährlichen Experten-Konferenzen »On Hegemonies and Alliances« zu Entwicklungen im Nahen Osten und der Golfregion finden gelegentlich öffentliche Podiumsveranstaltungen mit Experten aus der Region statt.

In Zusammenarbeit mit der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und dem Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie

WAHLEN IM IRAN

Hessam Habibi Doroh, Lehrgangskoordinator und Vortragender, FH Campus Wien

Bijan Khajepour, Managing Partner Eurasian Nexus Partners

Walter Posch, Senior Fellow am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)

Am 1. März 2024 fanden im Iran Parlamentswahlen statt. Diese zeichneten sich vor allem durch die (bereits im Vorhinein antizipierte) geringe Wahlbeteiligung aus – 41% inklusive der ungültigen Stimmen. Walter Posch, Kurator der Reihe »Hegemonien und Allianzen«, stellte gleich zu Beginn der Veranstaltung die Frage was dies für den Iran und die Gesellschaft bedeute und welche Funktion die Wahlen und das Parlament haben.

Bijan Khajepour sprach von den beiden Säulen der Islamischen Republik Iran, eben der islamischen und der republikanischen. Auch wenn es nie eine volldemokratische Struktur gab, so war es zu Beginn ein paralleles System. Man hatte gewählte Institutionen wie das Parlament, die versuchten, die islamischen Elemente etwas zu regulieren. In den letzten 15 Jahren jedoch wurde die islamisch autokratische Dimension immer stärker und die republikanische schwächer. Die islamische Komponente zwingt sich immer mehr auf das politische System auf, die Hardliner versuchen die politischen Prozesse und Wahlen zu kontrollieren. »Regiert« wird das Land hauptsächlich von Interessens-Netzwerken, die in den letzten Jahren größer und multidimensionaler geworden sind. Wer ins Parlament gewählt wird, wird sofort von einem dieser Netzwerke angezogen. Also haben Wahlen dahin gehend eine Bedeutung, wie die Macht zwischen den verschiedenen Netzwerken aufgeteilt ist. Hessam Habibi Doroh fügte später im Gespräch auch hinzu, dass es keinen fundamentalen Unterschied zwischen den derzeitigen politischen Strömungen im Land gebe. Es gibt nur eine Strömung mit verschiedenen Netzwerken.

An Hessam Habibi Doroh gerichtet fragte Walter Posch nach dem Einfluss der multiethischen Charakteristik des iranischen Volkes auf Wahlen und dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie. Dieser meinte, dass ethnische und tribale Aspekte in gewissen Regionen wie zum Beispiel Belutschistan eine große Rolle spielen da es darum gehe, dass die eigene Großfamilie beziehungsweise der eigene Stamm die Wahl gewinne. Es zeigt sich auch, dass es bei den letzten Wahlen den Großteil der Wahlbeteiligung in Provinzen mit starker ethnischer Diversität gegeben hat. Auch sind in der Peripherie die Parlamentswahlen wichtig, da hier konkrete Forderungen, die für die Bevölkerung direkt merkbar sind (Straßenbau, Wasserversorgung



Ph. Blom



I. Krastev

etc.) gestellt werden. Dem fügte Khajepour hinzu, dass die wirkliche Wahlbeteiligung in Teheran wohl bei 20 Prozent gewesen sei, nur ein Fünftel glauben an und unterstützen das Regime. Auch spreche die höhere Wahlbeteiligung in den Provinzen nicht für eine größere Unterstützung für das Regime, sondern eben für familiäre und ethnische Interessen.

Walter Posch warf daraufhin die Frage auf, ob es denn nicht weniger eine Krise der Demokratie als Krise des Autoritarismus sei, wenn nicht einmal mehr die eigenen Anhänger daran glauben. Denn enttäuscht seien fast alle, nicht nur liberale Gruppen.

Die Frage nach Alternativen gestaltet sich jedoch schwierig, denn es gibt keine klare Vision was nach Khamenei kommen könnte und politische Ideen alleine sind längst nicht mehr stark genug um politisch etwas bewegen zu können.

MQ_GESPRÄCHE IM MUSEUMSQUARTIER

MQ-GESPRÄCHE IM MUSEUMSQUARTIER

Kurator: Philipp Blom, Historiker und Schriftsteller

Gemeinsam mit Gästen, die sich international einen Namen als herausragende Analytiker:innen gemacht haben, diskutiert Philipp Blom soziale, politische und wissenschaftliche Fragen der Gegenwart, um ihre Strukturen und treibenden Kräfte aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Die Veranstaltungen finden in der MQ Libelle im Museumsquartier statt.

In Zusammenarbeit mit dem Museumsquartier (MQ), dem Institut für die Wissenschaft vom Menschen (IWM) und der RD Foundation Vienna

TWENTY-FIRST CENTURY VERTIGO

Ivan Krastev, Political Scientist, Chairman of the Centre for Liberal Strategies, Sofia, and Permanent Fellow at the Institute for Human Sciences, Vienna

There is a widespread feeling that the early 21st century, our own time, is torn between two world orders, one decaying, the other not yet established, or not yet understood. The crises of Western democracies, increasing polarisation, a new aristocracy of the super rich, and populist revolts against all kinds of elites and the return of widespread political violence, are symptomatic of powerful forces tearing apart a world that seemed stable. But which powers are behind this? How important are migration, economic globalisation, new wars and new alliances, digitalisation, smartphones, and artificial intelligence in this mix?

Ivan Krastev grew up in a time of revolution in Bulgaria and has made it his life's work to understand what drives transformations and how to protect and encourage liberty in a rule-based order. Series host Philipp Blom is fascinated by turning points in history and believes that our present may be the biggest of them all. Philipp Blom spoke with Ivan Krastev about the social, cultural and political tensions that may well end democracy and usher in autocracy, and what can be done to strengthen both individual potentials and social cohesion in a time of crisis.



D. Schmidauer | E. Kara-Murza | A. van der Bellen

PHILOXENIA

Curator: **Tessa Szyszkowitz**, Author and Journalist. Distinguished Fellow of the Royal United Services Institute in London

Philoxenia, the concept of hospitality, was cultivated in antique Greece. The love of the other seems to be especially necessary today, when populist movements threaten to eclipse rational thinking. It is important to find alternatives to fear and xenophobia as the driving forces behind political processes

COURAGE! Part 2: HOW TO FIGHT PUTIN

Evgenia Kara-Murza, Russian Human Rights Activist, wife of political prisoner Vladimir Kara-Murza

The death of Alexei Navalny on February 16, 2024 in a Russian prison comes as a huge shock to the international community. The head of the Russian opposition has become a victim of the repressive Russian regime and its president Vladimir Putin. The Philoxenia talk of Evgenia Kara-Murza started therefore with a minute of silence in Navalny's memory.

Evgenia Kara-Murza expressed her concern about Navalny's death not only in principle as a personal and political tragedy. Her husband Vladimir is now the highest-ranking political prisoner on the list of enemies of the state. And he is an inmate of a Russian prison colony, too. The Russian-British activist was arrested in April 2022 for denouncing the Russian invasion of Ukraine. In April 2023 he was sentenced to 25 years in jail for ›high treason‹.

His wife Evgenia Kara-Murza is leading the campaign for his release. In her work for the Free Russia Foundation she does not only highlight his situation, but those of many other political prisoners, too. In her talk she discussed the inhuman conditions under which they are held. Vladimir Kara-Murza was moved to a new prison at the end of January and is held in solitary confinement. The fate of such political prisoners in Russia – Ilya Yashin and many others – is even more in question after Navalny's death.

Evgenia Kara-Murza detailed in her conversation with Tessa Szyszkowitz what can be done to fight Putin. Personalized sanctions should be introduced on the level of the EU and the US against everyone who was involved in the killing of Navalny. At the elections of the Russian president in the Middle of March Kara-Murza suggests two things. First: ›We must call out the fact that Putin is not a legitimate president. He is an undemocratic ruler. There have not been free elections in Russia since 2003.‹ Secondly, she calls for all Russians to come to the polling stations at noon, cross out all candidates listed and write Navalny's name instead.

Furthermore, Kara-Murza thinks that the way to fight Putin is to finance Ukraine's resistance. To do this better she calls on supporting the idea to use the profits and the frozen funds of the Russian state assets to fund the defence of Ukraine.

In questions after the talk, she was asked if the British government was doing enough to apply pressure on the Russian government to release her husband on health conditions. Evgenia Kara-Murza will meet the British foreign secretary David Cameron in two weeks in London and hopes to learn more about the



J. Ebner



T. Szyszkowitz

British strategy to request the release of political prisoners with severe health conditions like her husband, who is in bad health after has been poisoned twice already in 2015 and 2017. She voiced her concern that the British foreign ministry had announced in the House of Commons, it was not ready to negotiate prisoner exchanges. She also called on EU member states not to tire in the effort to support the Ukrainian defence as the Ukraine is defending Western democracy, too.

After two years and four months in Russian prisons, Vladimir Kara-Murza was flown out of Russia as part of a major prisoner exchange on 1 August 2024. Evgenia and Vladimir Kara-Murza visited Bruno Kreisky Forum together on 4 October 2024 for the Award Ceremony for the Bruno Kreisky Prize for Human Rights.

LECTURE SERIES_ PHILOXENIA

WIE DESPOTEN ZU MASSENMÖRDERN WERDEN

Julia Ebner, Investigativ-Journalistin, Autorin und Politikberaterin

Noch am 23. Februar 2022 hat kaum jemand gedacht, dass der russische Präsident Wladimir Putin seine Soldaten tatsächlich am nächsten Tag Richtung Kiew schicken würde. Hätte man das nicht voraussagen können? Wie ernst soll man die aggressive Rhetorik von Staatsmännern nehmen? Diese Fragen will die österreichische Extremismusexpertin Julia Ebner derzeit an der Universität Oxford beantworten. Ihr neues Forschungsprojekt am Calvea Centre for Evolution and Human Science (Magdalen College) bedeutet nichts weniger als: die Früherkennung von Massenmördern. Auf Englisch: ›When Despots Become Deadly‹. Sie forscht gemeinsam mit Professor Harvey Whitehouse und baut auf ihren bisherigen Recherchen auf. Ebner hat seit Jahren die Sprache der Gewalt von Extremisten im Netz analysiert.

In ihrem Talk im Kreisky Forum präsentierte Ebner erste Erkenntnisse. Ihre ganz eigene Forschungsmethode, sich unter cover in Extremistenkreise zu begeben, hat ihr tiefe Einblicke in die Radikalisierungsmechanismen von Gruppen gegeben. Sie hat untersucht, wie explosiv es sein kann, wenn die persönliche Identität mit einer Gruppenidentität fusioniert wird. Und wie diese vor einer tatsächlichen Gewaltanwendung de-radikalisiert werden könnte. In ihrem Forschungsprojekt über tödliche Despoten ist es freilich nicht möglich, im Kreml unter cover tätig zu werden. Da geht es in erster Linie um die Erforschung der Sprache, die Wladimir Putin in seiner 25 Jahre andauernden Herrschaft verwendet hat. In einem ersten Teil ihrer Arbeit beschäftigt sich Ebner deshalb mit historischen Beispielen von Despoten, die zu Massenmördern wurden: Hitler, Stalin, Pol Pot. Aus ihrer Geschichte und Sprache soll ein psychoanalytischer Analyserahmen erstellt werden, der dann bei der Erforschung jetziger Despoten angewandt werden kann und letztlich zur Früherkennung zukünftiger Potentaten mit genozidalen Absichten führen soll.

Die große Frage ist dann, wie die Forschungsergebnisse Regierungen nützen können, um potentielle Despoten früh zu erkennen. Die Frage, ob man Putin de-radikalisieren hätte können, hängt über diesem Forschungsprojekt. Im Gespräch mit Tessa Szyszkowitz ging es auch darum, dass die Entwicklung aggressiver Herrscher von der internationalen Staatengemeinschaft nicht ganz einfach beantwortet werden kann, weil wirtschaftliche Interessen eine große Rolle spielen.

In den Fragen aus dem Publikum wurde auch deutlich, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sicher ebenso wichtig sind dafür, ob eine Nation sich von einem genozidalen Diktator radikalieren lässt, wie die Psyche einzelner Diktatoren selbst. Julia Ebner sieht einen wichtigen Punkt ihrer Forschung auch darin, sich nicht allein mit Despoten, sondern auch mit ihrem ideologischen Umfeld zu beschäftigen, um früh Radikalisierungstendenzen auch unter der Gefolgschaft erkennen zu können.



G. Sahebi | T. Szyszkowitz

Bisher sind alle ihre Forschungsobjekte Männer. Ob Frauen weniger dazu neigen, zu Massenmörderinnen zu werden? Ein Einwurf aus dem Publikum: Die RAF oder die Brigade Rosse hatte weibliche Mitglieder. Für Ebner liegt es vornehmlich daran, dass Frauen weniger vorkommen, weil sie bisher weniger Macht hatten, die sie insofern auch weniger missbrauchen konnten.

WIE WIR UNS RASSISMUS BEIBRINGEN

Gilda Sahebi, deutsch-iranische Ärztin, Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freie Journalistin mit den Schwerpunkten Antisemitismus und Rassismus, Frauenrechte, Naher Osten und Wissenschaft

In ihrem soeben im S. Fischer-Verlag erschienenen Buch ›Wie wir uns Rassismus beibringen‹ – eine Analyse deutscher Debatten, analysiert die im Iran geborene Ärztin, Politikwissenschaftlerin und Journalistin Gilda Sahebi die Spezifika des deutschen Rassismus. Dafür blickt sie zurück bis ins Deutsche Kaiserreich und verfolgt die roten Fäden rassistischen Denkens, die sich von damals bis in die Debatten unserer Gegenwart – etwa um die Staatsbürgerschaft, den Nahostkonflikt oder Migration – ziehen.

In ihrem Talk ging es zuerst auch um die Frage, warum sie in ihrem Buch kein Kapitel über den Nationalsozialismus inkludiert hat. ›Es ist ein Triggerwort: Die Nazi-Keule‹, sagt die Autorin. Dahinter verstecke sich die ganze Gesellschaft, man könne gar nicht darüber reden, dass Deutschland eine rassistische Gesellschaft sei. Aber: ›Wir alle denken rassistisch‹, sagt Gilda Sahebi.

Die Gründung Deutschlands als Nationalstaat im Jahr 1871 beförderte eine Neuinterpretation des Begriffes ›Volk‹. Der ›Allgemeine Deutsche Verband‹ wurde 1891 als Nationalverein für das ›national gesinnte Bürgertum‹ gegründet. Mit der Wahl von Ernst Hasse zum Vorsitzenden wurde er zum ›radikalnationalistischen Chefideologen‹. Er schrieb: ›Die Staaten, als Zusammenschlüsse von Völkern, kommen und gehen. Und noch viel vergänglicher sind die Verfassungen der Staaten und die Zustände der Gesellschaft [...] Das Volk ist auch das Einzige, was weitere Wandlungen überdauern wird.‹ Unter anderem deswegen, schreibt Sahebi ist der Begriff ›Volk‹ bei Menschen, die diesen exklusiven Gebrauch des Wortes vertreten, auch ein Code für die Delegitimierung des Staates, der in der Rangfolge unter dem Willen des ›Volkes‹ stehe.

So zieht die Autorin einen Bogen von 1871 bis 2024 – immer wieder sind die gleichen Begriffe gegen verschiedene Menschen verwendet worden. ›Der Sklave war nicht immer schwarz‹, sagt die Autorin: ›Menschen aus Osteuropa als minderwertig zu betrachten, war für europäische Gesellschaften nichts Neues: Der Sklavenhandel in Europa war vom Handel mit weißen Menschen geprägt, oft aus Osteuropa. Sklave, im Englischen slave, im Lateinischen slavus, meint eine Person slawischen Ursprungs. Ein Beispiel: Von 921 versklavten Menschen, die zwischen 1390 und 1490 im italienischen Genua verkauft wurden, waren 215 russisch, 179 tscherkessisch und 138 tartarisch. Die ›Minderwertigkeit‹ von Ethnien war nie etwas anderes als ein rassistisches Konstrukt. Sahebi erwähnt auch den berühmten Soziologen Max Weber. Dieser forderte eine Sperrung der Grenzen für polnische Wanderarbeiter.

Nach dem 7. Oktober und angesichts der hitzigen Proteste in Deutschland schrieb Sahebi in der Taz: ›Auch die Story vom ›importierten‹ Antisemitismus lebt von diesem rassistischen Narrativ. Der Antisemitismus ist nicht ›importiert‹; diese Menschen sind ›unser‹ Land.‹ Dahingehend äußerte sie sich auch im Kreiskyforum: ›Der Antisemitismus kann nicht abgeschoben werden.‹



E. Menasse



K. Lang

NACHDENKEN ÜBER DIGITALE SCHLAMMSCHLACHTEN Wie die Dauervernetzung die Diskussionskultur bedroht

Eva Menasse, Autorin

Die österreichische Autorin Eva Menasse konstatiert in ihrem jüngsten Essay ›Alles und Nichts sagen – Vom Zustand der Debatte in der Digitalmoderne: Nichts hat das Zusammenleben so umfassend verändert wie die Digitalisierung – wir denken, fühlen und streiten anders, seit wir dauervernetzt und überinformiert sind. Die Auswirkungen betreffen alle, egal, wie sehr sie die neuen Medien überhaupt nutzen. Es ist ein Stresstest für die Gesellschaft: Der Überfluss an Wissen, Geschwindigkeit, Transparenz und Unlösbarkeit ist vor allem, wenn redaktionelle Verantwortung fehlt, kein Wert an sich.

Die neuen digitalen Umgangsformen zeigen sich seit sechs Monaten besonders krass in der Diskussion über den Nahostkonflikt. Wieso gerade über Gaza und Israel derzeit so heftig gestritten wird, lässt sich geschichtlich und politisch analysieren, sagt die Autorin. Deutschland und Österreich stehen mit Israel in einer anderen Beziehung als Großbritannien und Frankreich – die Diskussion läuft deshalb unterschiedlich. Durch das Netz ›sehen‹ wir aber alles gleichzeitig und nehmen jeweils die Argumente heraus, die uns passen.

Als Gründungsmitglied und Sprecherin der Schriftstellervereinigung ›PEN Berlin‹ steht Menasse im Zentrum der Diskussion, wer wie in Deutschland über den Nahostkonflikt sprechen kann, soll, muss – und wer nicht. Ihre Erfahrungen mit der Verengung der Meinungsfreiheit gegenüber kritischen Stimmen zum Krieg in Gaza und Israels Kriegsführung beantwortet sie im Talk im Kreisky Forum so: ›Wir müssen andere Meinungen aushalten können. Das gilt nicht nur für die, die uns liegen.‹ Sie habe seit vielen Jahren die Partei jener ergriffen, die gecancelt werden sollten.

Wenn in einer Demonstration rassistisch oder antisemitisch agitiert wird, könne die Polizei gegen einzelne einschreiten. Man müsse nicht die gesamte Veranstaltung verbieten. ›Ich halte es für sehr problematisch, wenn Institutionen einknicken unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Die Universität Köln, die Nancy Fraser plötzlich nicht mehr als Ehrenprofessorin akzeptieren kann, wird sich in Zukunft bei allem fragen müssen, was eigentlich die Kriterien sind.‹ Nancy Fraser ist eine jüdische Philosophin aus New York, die sich kritisch über die israelische Regierung geäußert und den Brief ›Philosophy for Palestine‹ unterzeichnet hatte.

THE BBC UNDER PRESSURE How Public Broadcasters Adapt to the 21st Century

Kirsty Lang, Journalist, Broadcaster and former Foreign Correspondent

She spent most of her career in the BBC working as a reporter, a foreign correspondent, and a TV news anchor. She is also a regular contributor to the Sunday Times and the Financial Times and chairs the boards of the BALTIC Centre for Contemporary Art in Gateshead, Newcastle and the environmental NGO Global Witness.

The British Broadcasting Corporation BBC is considered to be the best public television and radio station in the world. But is it still? For years ›Auntie Beeb‹ has been struggling with adapting to the changing landscape of media in the 21st century. In her talk at Kreisky Forum Kirsty Lang analysed the current state of affairs and how the BBC could confront the challenges for public broadcasters in the 21st century.



K. Lang



T. Szyszkowitz

Some of these issues are a global problem for public broadcasters. Younger viewers leave TV for other, newer, faster media. Subsequently the discussion about the license fee has been gathering speed. In their talk Kirsty Lang and Tessa Szyszkowitz drew parallels between the British and the Austrian situation: The resistance of many viewers to pay a yearly license fee is growing everywhere. Austrian viewers do not always want to pay for the services of a public broadcaster which they might not necessarily consume anymore or all the time. As one member of the audience suggested in the Q & A, he does not watch television, but only listens to the radio.

But Lang countered that the service of a public broadcaster is very broad – the BBC has nine channels, two of them for children. And by now all those services can also be accessed without having an actual TV in the living room. Like the «blaue Seite» of ORF the BBC’s news website is an important information source for a quick update on national and world affairs. She holds a firm belief that every household should pay a yearly fee to support professional, balanced, high-quality television – including high quality news programs which seem ever more important in uncertain times, when fake news floods our information channels.

That is also true for the wider perspective of countering false information and attempts to influence the public in countries who do not have their own reliable public broadcasters – the BBC World Service serves as soft diplomacy provider of democratic values in a time when Russian and Chinese influence attempts in some parts of Africa for example are noticeable. Public broadcasters and their financing models are under threat – not only because they need to think about new financing models – should they allow advertising or not? There is also political pressure on the BBC – heightened during the period of the populist Brexit government under Boris Johnson – but public broadcasters always must fend off undue influence. These developments are difficult challenges not only for the BBC, but for all public broadcasters like ORF and ARD.

Kirsty Lang gave an overview how the BBC is dealing with the situation. These influence attempts have been very noticeable during Margaret Thatcher’s or Tony Blair’s government. For example, when the BBC newsroom did not want to report that Iraq had weapons of mass destruction – a claim by the government which led to the invasion of Iraq and later turned out to be false. The difference today: Right wing populists and far right politicians do not only want to influence a program, they would also like to break the entire system of public broadcasting.

One of the biggest problems of public broadcasters is financing. As younger voters tend to leave the traditional media, «Auntie Beep» or «die alte Tante ORF» need to search for ways to attract younger viewers – via TikTok channels possibly, but also with more contemporary approaches to programming in news shows. Advertising – the BBC has not agreed to it yet – might be an option. Fighting the influence of Big Tech on a European level by trying to build a sense of responsibility for paying taxes and restricting Big Tech’s unlimited access to advertising budgets might be ways to counter this development as the EU has recently shown with the Digital Services Act. What recent years have shown, however, is a strong resistance of journalists fighting against influence attempts – in the BBC as well as in ORF. And the public realized during the pandemic and while wars in Europe and the Middle East rage on that balanced reporting and fact-based news programs are of high value.



T. Szyszkowitz | A. Shatz

RESISTANCE TO INJUSTICE From Frantz Fanon to Solidarity Encampments at US-Universities – Lessons to Learn from Protest Movements

Adam Shatz, Author, US editor of The London Review of Books and contributor to The New York Times Magazine, The New York Review of Books, The New Yorker, and other publications. He is also a visiting professor at Bard College, and the host of the podcast «Myself with Others».

When Adam Shatz, US editor of The London Review of Books, researched his biography of Frantz Fanon «The Rebel’s Clinic», he could not have known how topical the exploration of the rebel’s thinking would be in 2024. The psychiatrist and political philosopher was a militant, opposing French colonial rule in Algeria. Fanon died early at the age of 36, but his call for justice for the oppressed of colonialist powers in his book «The Wretched of the Earth» (in German «Die Verdammten dieser Erde») is still heard, whenever the question arises: How to oppose injustice? When Black Lives Matter erupted on American streets and quickly spread throughout Europe Frantz Fanon’s thinking was revisited.

In his conversation with Tessa Szyszkowitz, Adam Shatz first explained his personal connection to Fanon. As a child Shatz experienced antisemitism in school - and realized that some would label him with stereotypes he was not familiar with. He saw this in Fanon’s writing, too: How Fanon met a French boy in a train in France who pointed at him and was visibly shaken and scared to see a black man. This othering influenced both authors.

Shatz has a critical view of Fanon’s call for violent resistance later in his life, when the psychiatrist from Martinique, who fought on the side of the French Free Forces against Nazi Germany joined the anti/colonialist struggle in Algeria against France.

«Why we use violence» is a speech Fanon delivered in Ghana in 1960. He speaks of the three-dimensional violence of colonialism: «Violence every day, violence in the past, violence in the future». And he claims a «cleansing power of anti-Colonial violence». At the same time, as Shatz mentioned in his talk, he was ambivalent about the armed struggle and everything he saw: «Colonial war and mental disorders» for example was his last chapter of the «Wretched of the Earth» which showed that he knew as a psychiatrist about the cost of violent struggle to victims and perpetrators.

What would Frantz Fanon, the icon of resistance against injustice have thought today of the protests on American and European universities against the war in Gaza? Shatz, his critical biographer, does not want to speculate but there are hints in Fanon’s writing. Millions of people of all complexions taking to the streets to oppose racism and police brutality? Shatz assumes that Fanon, who admired active bodily resistance to oppression, would have liked that. Shatz himself takes the thinking he observed in Fanon’s work in an essay in the London Review of Books called «Israel’s decent» even further: «The birth of a global movement in opposition to Israel’s war in Gaza and in defense of Palestinians rights, is, if nothing else, a sign that Israel has lost the moral war among people of conscience.»

In exchanges with guests at the Kreisky Forum, Adam Shatz further discussed the perception of Frantz Fanon today. In which way his work is influential in critical race theory for example. In a wide range of questions, he was also asked how the use of words influence societies, if he fears civil war in Israel between settlers and liberals and if the demonstrations at universities today carried with them the possibility of being as wrong as students once demonstrating for Mao? The talk ended in the calm of a statement by one of the guests, which Frantz Fanon might have agreed with: Violence might sometimes help the oppressed to free themselves. But a negotiated settlement is always best.



J. de Concini | Y. Hirschfeld | T. Szyszkowitz | J. Ging

IS COEXISTENCE BETWEEN ISRAELIS AND PALESTINIANS POSSIBLE? Analysing past & future options for negotiations in the Middle East

Yair Hirschfeld, Lecturer at the University of Haifa, was a key architect of the Oslo Accords

Yair Hirschfeld was one of two Israeli academics – alongside the late Ron Pundak – who began unofficial and secret discussions with Palestinian politicians in Oslo that led to the Declaration of Principles between Israel and the PLO, the so-called Oslo Accords in 1993.

Today, Hirschfeld teaches at the University of Haifa in the Department of Middle Eastern History. He is also the Director General of the NGO Economic Cooperation Foundation (ECF). He recently published a new book ›The Israeli-Palestinian Peace Process‹ together with his Palestinian-Italian friend Jackson al Khoury de Concini, who works with refugees in NGOs in Lebanon and Gaza. At the beginning of the talk at Kreisky Forum Hirschfeld insisted to speak together with de Concini and his Irish friend John Ging, who served as head of UNRWA from 2005 to 2011 in Gaza and was then responsible for the entire UN humanitarian aid operation appointed as Director of the Operational Division at the UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) in New York in February 2011. Thus, the talk was expanded to three panellists which enriched the debate.

In his conversation with Tessa Szyszkowitz Hirschfeld recalled the historic talks with PLO members in European capitals. He spoke about the strong influence Bruno Kreisky's thinking had on him and what decisive networking Kreisky orchestrated within the Socialist International on behalf of a peaceful co-existence between Israelis and Palestinians in the 70ties. Hirschfeld set out to meet secretly with PLO officials like Abu Alaa behind the back of the official delegations who conducted the official Madrid talks between 1991 and 1993. Hirschfeld relives these meetings in his book ›The Israeli-Palestinian Peace Process‹ as they developed into Track-2-negotiations with Palestinian and Israeli politicians, which then resulted in the first serious attempt to work towards mutual recognition between Israel and the PLO – which worked – and eventually a Two State solution.

The second option famously failed. ›Failed political leaderships seemingly unable to break out of the circle of violence‹ is, as he writes, the verdict of Yair Hirschfeld. Till today he does not want to give up hope that peace can be achieved. Even under current circumstances when war and endless violence seem to be the preferred option for Israel's government and its neighbours. Hirschfeld suggest that the international community – led by the Gulf states UAE and SA – should plan for a comprehensive Middle Eastern security process, as well as the reconstruction of Israel's southern and northern border area and Gaza.

In his book Hirschfeld explains how he tried to learn from the theoretical findings of Robert Putnam's ›Double-Game Theory‹, of John Paul Lederach's study on protracted conflicts and of Jan Hofmeyr's and Butch Rice's South-African based study on conversion theory to the Middle Eastern theatre. We hoped to learn also from study visits to Northern Ireland, Macedonia, and Kosovo and three visits to South Africa.

But during subsequent negotiations which he also followed closely over many years Hirschfeld saw how difficult it was for Yassir Arafat, head of the PLO, to let go of the option of violence between 1993 and 1996: ›It was too late when he understood.‹ By that time terror attacks from both sides had properly undermined the idea that both sides could start trusting each other.

In a wider debate including al Khoury and Ging and the audience a debate on UNRWA's role in Gaza became quite lively. Ging explained that UNRWA was trying its best to provide children in Gaza with education which was not defined by the Islamist and politically radical agenda of Hamas. Giving up UNRWA would result in a vacuum he warned to voices who are critical of the role UNRWA played over the years,



M. Mouna | T. Szyszkowitz | M. Teller

but during the October 7th uprising and the subsequent war. Al Khoury added that UNRWA is less biased than any other organization operating in Gaza.

A member of the audience, the writer Doron Rabinovici, asked Hirschfeld about his analysis of Netanyahu. Hirschfeld concluded: ›I think it is his responsibility that the hostages are still not freed.‹

Hirschfeld still ended on a note of hope. Was peace ever possible between Israelis and Palestinians? Yair Hirschfeld says: ›We might need new ways to achieve it. But we should never give up.‹

DAYBREAK IN GAZA

Matthew Teller, UK-based author and broadcaster, with a special focus on Palestine and the wider Middle East
Mahmoud Mouna, writer, publisher and bookseller from Jerusalem, Palestine

A year ago, a new era started for Gaza: A war, triggered by the Hamas attack on Israel of October 7th, destroyed most of the Gaza strip. Houses, infrastructure, hospitals, schools – but most importantly: More than 42.000 people. The total destruction of the Palestinian territory, governed by Hamas and inhabited by 2,2 million Palestinians, is a humanitarian and political catastrophe. As its heritage is being destroyed, Gaza's survivors preserve their culture through literature, music, stories and memories. ›Daybreak in Gaza‹ published at Saqi Books in the UK 2024, is a record of that heritage, revealing an extraordinary place and people. The stories not only deal with the history and culture of Gaza, but the texts also tell the stories of survival and death in the current war.

Matthew Teller, a UK journalist and author of ›Nine Quarters of Jerusalem: A New Biography of the Old City‹ and Mahmoud Mouna, owner of the legendary Educational Bookshop and the Bookshop at the American Colony Hotel, collected vignettes of artists, acrobats, doctors, students, shopkeepers and teachers across the generations by calling, texting, sending texts between London, Jerusalem and the embattled population in the Gaza strip. ›Daybreak in Gaza‹ stands as a mark of civil resistance to the destruction, and as a testament to the people of Gaza. International human rights lawyer Philippe Sands endorsed the book: ›A most significant collection, one that frightens, awes and inspires, the timeliest of reminders of our common humanity and the irrepressible force of the written word.‹

In their presentation at Kreisky Forum Matthew Teller narrated his Power Point Presentation on the history of Gaza intertwined with the stories of the book. Mahmoud Mouna added some of the ideas and the difficulties how the book came about in the spring of 2024.

In their conversation with Tessa Szyszkowitz, they deepened a few aspects: How Palestinian archives are being protected in Gaza – some of the photographic archives have already been lost. Those of private photographers and UNRWA, who since 1948 documented life and work of Palestinians in Gaza, are under threat. The editors also discussed the relationship of Palestinians to Hamas and the difficulty to distinguish between militant and political and service departments in a local government. They also tried to address the question, how the population deals with the threat of possible expulsion from the Gaza strip.

In the lively debate that followed the talk the questions from guests in the hall varied widely: How Iran influences the conflict from afar; why Western media fails to report on the destruction of Gaza properly; what the authors would hope Western governments can do? On this Mahmoud Mouna answered with a call to recognize the State of Palestine.



N. Bar-Yaacov | T. Szyszkowitz

MIDDLE EAST 2024: ALTERNATIVES TO ALL OUT WAR BETWEEN ISRAEL AND IRAN

Nomi Bar-Yaacov, international Lawyer, Negotiator, Arbitrator and Mediator, Associate Fellow at the International Security Department at Chatham House, The Royal Institute of International Affairs, in London

How does a leading international lawyer, negotiator, arbitrator and mediator with three decades of experience in high stakes international negotiation and international conflict management, including negotiations of complex cease-fire agreements and peace agreements look at the Middle East conflict today? Nomi Bar Yaacov has been involved in Track-2 negotiations with Iran and other Middle Eastern states for years. Never, she says, has the situation been as dire as now. One year after the Hamas attack on Israel on October 7th there are still about a hundred hostages in Gaza, among them 34 confirmed dead. Israel's war on Gaza has resulted in destroying the infrastructure of Gaza to a large extent. Most of Hamas battalions, fighters and weapons, have been caught, killed, eliminated. But also far over 40.000 Palestinians have been killed – >14.000 children need urgent medical attention for wounds, amputations, medical conditions – the situation is between catastrophe and apocalypse, Bar-Yaacov says.

In her talk, Bar-Yaacov first highlighted the power structure in Iran. How has the power – the Revolutionary guards, Ayatollah Ali Khamenei, President Masoud Pezeshkian – shifted since the tension between Iran and Israel is rising? For the first time in history Iran has attacked Israel directly. For Bar-Yaacov it is clear, that the Revolutionary Guards under Ayatollah Khamenei are in charge. What is their power game with Israel? We see a change of weapons being deployed: Next to long range missiles which Iran can fire on Israel and which the Israeli Iron Dome can largely neutralize, the new weapon, the drone, is a much more flexible weapon which could begin to severely terrorize Israel's civilians through small attacks under the radar.

Why is there still no ceasefire in Gaza, although Israel has achieved its goal to eliminate Hamas as a power structure with their leadership, fighters and weapons? Bar-Yaacov's analysis is short: >Netanyahu wants to stay in power to stay out of prison, so he does anything to keep his coalition together.< The recent addition of right-wing politician Gideon Sa'ar with the members of his small party New Hope makes this easier. The messianic wing, as she calls the right extremist ministers Itamar Ben Gvir, minister for National Security, and Bezalel Smotrich, minister for Finance, pushes the war to an operation with open end.

Bar-Yaacov also looked at possible players on the Israeli and Palestinian field who could engage with each other and start building the basis for a new attempt for peace talks. She points to the initiative of Ehud Olmert, former Likud Prime minister of Israel and Nasser Al-Kidwa – Palestinian UN-Representative from 1991-2005 and then foreign minister of the Palestinian Authority and nephew of Yassir Arafat. They put forward a plan to start talking again – building on the many plans and blueprints which have already been brought forward by previous negotiators in the Camp David talks and the Geneva initiative. In her view the initiative of the Arab nations for regional peace including normalisation with Israel after creating a Palestinian state with the help of the international alliance could work.

The main question remains: What could de-escalate the tensions in the Middle East? Bar-Yaacov mentioned that Iran has always said that the north, where Hezbollah operates against Israel, would go quiet, if there is a ceasefire in Gaza. And on the wider scene, she says: >If there is a negotiated settlement with the Palestinians leading to a Two-state solution, this would be the major and most important step towards peace.<

Asked by a guest if this is not much too optimistic to think that anyone could ever make peace in the region she responded with a final sentence: >I have zero tolerance for negativity.<



T. Szyszkowitz | A. Kurkow

IM TÄGLICHEN KRIEG

Andrej Kurkow, Schriftsteller, Radio- und TV-Kommentator

In Zusammenarbeit mit der Buch Wien 2024

Andrej Kurkow, einer der bekanntesten Autoren der Ukraine, hat soeben einen neuen Band seiner Kriegstagebücher auf Deutsch veröffentlicht: >Im täglichen Krieg<. Sein Buch >Picknick auf dem Eis< ist gerade im Zuge der Buch Wien, wo Andrej Kurkow als Ehrengast geladen war, zum Gratisbuch der Stadt Wien dieses Herbstes erwählt worden: 100.000 Stück hat der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig gerade angekauft und sie an Bibliotheken, Schulen und Buchhandlungen verteilt.

Kurkow soll es recht sein. Geboren 1961 in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg, lebt der Autor mit seiner Familie bis heute in Kyjiw. Im Kreisky Forum schildert der ukrainische Bestsellerautor im Gespräch mit Tessa Szyszkowitz, wie er unentwegt für die Hoffnung und für eine ukrainische Zukunft schreibt. Seine Tagebucheinträge zeigen, was der Krieg, der sich immer mehr in den Alltag der Menschen integriert, mit ihnen macht. Die Diskrepanz einer jeden aufeinanderfolgenden Sekunde wird spürbar: Operaufführungen bei Tageslicht – eine Bombe schlägt ein; Menschen schwimmen im Meer – eine Mine explodiert; eine Nacht durchschlafen – aber das feindliche Militär kennt die GPS-Daten eines jeden Schlafzimmers. >Ich will den Menschen hier mehr darüber erzählen, wie die Lage in der Ukraine ist, sagt der Autor. Er liest Passagen vor über den Humor im Krieg und über Präsident Wolodymyr Selenskyjs Versuch, sich nicht dem Druck, der Korruption und den russischen Unterwanderungsversuchen zu ergeben. Der ehemalige Fernsehentertainer versucht das Fernsehen, aber auch neue Medien wie Blogger auf sozialen Medien für sich zu nutzen.

Andrej Kurkow berichtet von einem Alltag im Ausnahmezustand, von den unscheinbaren Momenten, über Luftalarm, Freundschaft und Sorge, Identität, von einem Kampf der Worte und Kulturen, über die Eignigkeit und Vielseitigkeit eines Landes; er schreibt über das Leben im Krieg. Er schreibt, damit wir nicht vergessen. Seit 2013, seit den Protesten am Majdan.

Er ist ein sehr politischer Autor, der seine politischen Botschaften in humorvolle Literatur verpackt. Erst studierte er Fremdsprachen, war Zeitungsredakteur und während des Militärdienstes Gefängniswärter. Danach wurde er Kameramann und schrieb zahlreiche Drehbücher. Seit 1996 ist er freier Schriftsteller und arbeitet für Radio und Fernsehen. 2022 erschienen bei Haymon Andrej Kurkows Aufzeichnungen aus der Ukraine: >Tagebuch einer Invasion<, in dem er sich den ersten Monaten des Angriffskrieges widmete und für das er den Geschwister-Scholl-Preis 2022 erhielt. 2024 erschien sein neuestes Werk >Im täglichen Krieg<. Solange die Bewohner:innen der Ukraine nicht sicher und nicht frei sind, will Kurkow weiter schreiben. Zum Abschluss liest Kurkow noch eine Stelle, die ihm ein Anliegen ist: Wie trotz der Verwüstung in den zertrampelten Weinbergen, die auch zu Schlachtfeldern geworden sind, einige versuchen, die ukrainische Weinindustrie auszuweiten. Ein Export nach Großbritannien wurde mit dem Slogan beworben: >Wenn ihr der Ukraine helfen wollt, trinkt ukrainischen Wein!<



L. Stonebridge



T. Szyszkowitz

WE ARE FREE TO CHANGE THE WORLD

What do Hannah Arendt's lessons in love and disobedience mean for us?

Lyndsey Stonebridge, Writer, Critic, Professor of Humanities and Human Rights at the University of Birmingham, UK

When Lyndsey Stonebridge's book ›We Are Free to Change the World: Hannah Arendt's Lessons in Love and Disobedience‹ was published at the beginning of 2024, it was clear that its author had hit a nerve. When nations vote for authoritarian leaders and democracy is threatened, Hannah Arendt's ›The Origins of Totalitarianism‹ becomes a bestseller. This was the case when Donald Trump was elected in 2016. In 2024 Trump returned - and so did Hannah Arendt's book. As for Stonebridge's ›We are free to change the world‹, The New Statesman made clear: ›This is one of the most relevant publications of 2024‹, and it was also shortlisted for the George Orwell Prize for Political Writing.

In her talk at Kreisky Forum Stonebridge explored two specific topics in Hannah Arendt's writing: Which lessons can we draw from her thinking about love and disobedience? Following Immanuel Kant, who was very influential in Arendt's thinking, she emphasised that independent thinking is the first defence against tyranny. Arendt after all experienced what it meant to live in a post-truth-era. Totalitarian rule does that on purpose. And disobedience? In her 1970 essay ›Civil Disobedience‹ the leading public intellectual of her time defended the right of American citizens to dissent from the laws and policies of the government. What does this position mean in 2024 for political activists? Part of civil disobedience is breaking rules. Is this disrespect of democracy or can it mean that when a society has given itself rules, they can also be changed?

Lyndsey Stonebridge explained Arendt's thinking: It was Hannah Arendt's experience from resistance to totalitarian rule in her first home country Germany which led her to the conviction that every person must decide for themselves when injustice calls for disobedience.

This is, as was discussed in the talk, relevant for protests against authoritarian rule. But also for political activism against democratically elected governments that develop authoritarian policies. Plus: Civil disobedience is per se non-violent. Activists usually use their own body as means for protest. What could be seen in the US civil rights movements and can be observed today at the protests of climate activists, who block traffic or glue themselves to the ground, is peaceful activism. As Stonebridge quotes Arendt: ›The practise of violence changes the world‹ she also says, ›but the more likely change is into a more violent world.‹

Questions from the floor mainly called for deeper philosophical exploration: What is evil, who is evil, one person asked. Arendt had coined her most famous phrase ›The Banality of Evil‹ when she attended the trial of the Nazi Adolf Eichmann in Jerusalem in 1961. Stonebridge explained that Arendt observed a man not being able to put himself and walk in other people's shoes. Which brought her back to the original idea of her book: What has love got to do with it? ›Hannah Arendt never stopped loving her world. She was someone who wrote and thought not to make the world a better place, but to teach us how to love it for what it is.‹ Together with independent thinking love is a powerful weapon against totalitarian rule.



S. Eskidjian



V. Raheb

POLITIK UND RELIGION

Politik und Religion teilen eine lange gemeinsame Geschichte und stehen in einem Beziehungs-, Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis. Auch in der Gegenwart ist das Thema Politik und Religion nicht nur von großer Aktualität, sondern umfasst auch verschiedenste Bereiche, von Sicherheitspolitik über Staatstheorie bis zu gesellschaftspolitischen Themen. Im Rahmen von Gesprächen mit Expert:innen können im Bruno Kreisky Forum diese Aspekte besprochen und einem interessierten Publikum nähergebracht werden.

RELIGION AND THE CYPRUS PEACE PROCESS:

How can Christians and Muslims in Cyprus make a positive contribution

Salpy Eskidjian, Executive Director, Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process
Viola Raheb, Scholar of Religious Studies, Lecturer, Writer

The Religious Track of the Cyprus Peace Process under the Auspices of the Embassy of Sweden (RTCYPP) is a peacebuilding initiative of the religious leaders of Cyprus who are committed to work together for human rights, peace, and reconciliation. The Office of RTCYPP was established to encourage, facilitate, and serve the religious leaders' dialogue and efforts for religious freedom and peace in Cyprus and to contribute positively and constructively to the Cyprus peace talks. The key objectives include the improvement of freedom of religion or belief as a fundamental freedom and human rights as well as the support of the religious leaders to contribute constructively to the peace process and reflecting on their role and input for healing of memories, truth and reconciliation. Salpy Eskidjian Weiderud, one of the architects of the Religious Track of the Cyprus Peace Process and the Executive Director of the Office of RTCYPP, discussed with Viola Raheb how Christians and Muslims in Cyprus can make a positive contribution.



N. Al-Bagdadi



A. Al-Azmeh



T. Mitri



Gh. Salamé

REGIONALISM AND BORDERS

›After Conflict? Spoils of war and the emergent international disorder in the Arab World‹ was the title of an international expert meeting convened by the Striking from the Margins research project of the Central European University with the support of the Carnegie Corporation New York. The meeting opened with a public keynote panel at Bruno Kreisky Forum, joining two eminent intellectuals and actors in the international arena – Tarek Mitri and Ghassan Salamé – to discuss current challenges in the Arab world.

SPOILS OF CIVIL WAR – BRINGING THE ARAB WORLD BACK IN?

Welcome by

Gertraud Auer Borea d'Almo, Secretary General, Bruno Kreisky Forum

Hillary Wiesner, Program Director Arab region research and scholarship, Carnegie Corporation New York

Nadia Al-Bagdadi, Professor at the Department of History, Co-Director Striking from the Margins-Project, CEU Vienna

Keynote Panel

Ghassan Salamé, Prof.em., former Dean of the Paris School of international Affairs, Lebanese Minister of Culture (2000-3) and Head of the UN Support Mission in Libya (2017-20)

Tarek Mitri, President of St. George University, Beirut; former Member of the Lebanese Government

Moderation: **Aziz Al-Azmeh**, Professor em., Central European University, Co-Founding Director Striking from the Margins Project, Vienna

In cooperation with the Central European University, Striking from the Margins-Project

Die Diskussion konzentrierte sich auf die aktuellen Herausforderungen in der arabischen Welt und stellte zwei Schlüsselfragen: Erstens, gibt es Faktoren, die die Situation in der Region besser verständlich machen und zumindest minimale Vorhersagen ermöglichen? Zweitens, wird der Gaza-Krieg nachhaltige Veränderungen auslösen und die arabische Welt wieder in den Vordergrund bringen?

Man ist sich einig, dass die aktuellen Aggressionen in Gaza ein in Kriegen noch nie vorher dagewesenes Maß angenommen haben. Zwar ist die Tötung von ZivilistInnen in Kriegen kein Novum. Eine Besonderheit bzw. Neuheit in aktuellen Kriegen ist jedoch, dass die Zivilbevölkerung inzwischen ganz gezielt angegriffen wird. So gibt es seit dem 7. Oktober in Israel weit verbreitetes Racheverlangen gegenüber der gesamten palästinensischen Bevölkerung, das von kollektiven Bestrafungsmaßnahmen begleitet wird. Der moralische und politische Druck, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, bleibt jedoch bislang aus.

Analytisch ist die Einordnung des Gaza-Krieges bzw. der vorausgegangenen Spannungen zwischen Israel und den Palästinenser:innen als Stellvertreterkrieg etwas irreführend. Es scheint eine simplifizierende Annahme zu sein und unterschätzt Israels Macht – auch gegenüber vermeintlichen ›Proxies‹ wie den USA. Was medialen Analysen in der westlichen Welt fehlt, ist die intensive Auseinandersetzung mit den Akteuren vor Ort und ein kritischer Blick auf essentialistisches Identitätsdenken. Identitäten entstehen oft nach

Konflikten bzw. durch sie und sind nicht urtümlich. Die Kritik an der Essentialisierung der Identitäten im Nah-Ost-Konflikt sollte aber nicht nur für Wissenschaftler:innen sondern auch für die breite Öffentlichkeit verständlich sein. Durch die fehlende Kritik am Identitätssenzialismus bleibt die Analyse des Nahen Ostens und der dortigen Konflikte seicht bzw. eindimensional. Analytische Aspekte wie War-Lordism oder Institutionalismus, die bei Afrika- und Russland-Studien etabliert sind, werden so aktuell gar nicht erst berührt.

Die Palästina-Frage ist für einzelne arabische Länder von individuellem Interesse. Für jene, die stabile Verhältnisse zu Israel haben, könnten diese zu einer Belastung werden, wenn die dortigen Regierungen dem Willen ihrer Bevölkerung folgen. Trotz unterschiedlicher Interessen in der Region scheinen die Notlage des Gazastreifens und die Palästina-Frage ein gewisses Maß an regionaler Solidarität zu fördern, was jedoch nicht unbedingt zu einer Einigung, sondern eher zu einem Fokus auf regionale Sicherheit führen könnte.

A WINDOW ON RUSSIA

Curator: Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs, The New School, New York; Senior Fellow of the World Policy Institute

When Vladimir Putin ordered Russia's ›special operation to prevent genocide‹ in the self-proclaimed republics of Donetsk and Luhansk on the territory of Ukraine in February 2022, not only the European but also the global geopolitical situation changed dramatically. This military attack, which the Kremlin insisted was not a ›war‹ against all of Ukraine, had become a stark denouement of the last fifteen years of Putin's foreign policy, which had been characterized by militancy, defensiveness, and mistrust. The year 2022 marked Russia's exit from the world stage, leaving us only a small window to peer in. When discussing the country's path under Putin or even considering a possible change in the Kremlin leadership, it should be understood that this is no guarantee that the powerful security forces that have gained full control and domination over society in recent decades will abandon ›Putinism‹ or Putin. Therefore, interactions with the countries of ›the near abroad‹ continue to be characterized by hostility and insecurity, while relations with the West remain tense at best and belligerent at worst.



S. Fischer



T. Szyszkowitz

MACHISMO UND MACHT Wie der russische Chauvinismus Europa bedroht

Sabine Fischer, Politikwissenschaftlerin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin; Autorin mehrerer Bücher zu Osteuropa, Beraterin der deutschen Bundesregierung
Tessa Szyszkowitz, Journalistin und Autorin

›Die chauvinistische Bedrohung. Russlands Kriege und Europas Antworten‹ heißt das im Herbst 2023 erschienene Buch der Politikwissenschaftlerin Sabine Fischer. Der Ansatz, den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus dem Blickwinkel von Machismo und Macht zu analysieren, war der Ausgangspunkt des Buches und der Veranstaltung. Sabine Fischer ist Senior Fellow der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sie hat Russland seit 30 Jahren beobachtet.

Russlands aggressiver Vernichtungskrieg gegen die Ukraine lässt sich nicht begreifen und stoppen, ohne den russischen Chauvinismus zu verstehen. Wie Fischer analysiert, speist er sich aus nationalistischen und misogynen Ideen und dient dem autokratischen Putin-Regime zur Selbstlegitimation. Er bedroht auch signifikante Teile der russischen Gesellschaft und will die auf Regeln und Werten basierende europäische Sicherheitsordnung zerstören. An ihre Stelle soll das Recht des Stärkeren treten. Der russische Chauvinismus betrachtet alles, was mit Liberalismus zu tun hat, als feindlich – und auch in Europa breitet sich diese Haltung aus. Sabine Fischer erklärt, wie aggressiver Nationalismus, misogyner Chauvinismus und Autokratie in Russland zusammenhängen, und wie Europa und die westliche Welt sich aufstellen müssen, um dem russischen Chauvinismus zu trotzen.

In dem Gespräch ging es sowohl um Herkunft und Entwicklung des Begriffes Chauvinismus – ursprünglich nationalistisch verfasst verschob sich die Bedeutung in der linken und feministischen amerikanischen Szene hin zum männlichen Chauvinismus. Für Russland konstatiert Fischer drei zentrale Elemente der russischen Politik: den aggressiven Nationalismus, den nicht minder feindseligen Sexismus und die Autokratie. Oder in den Worten der russischen Frauenrechtlerin Aljona Popowa: ›Unsere Staatsmacht verhält sich wie ein Schläger in seiner Familie‹. Durch Putins Kriege – vom zweiten Tschetschenienkrieg zu seinem Amtsantritt 1999-2000 über den Georgienkrieg 2008 bis zum Ukraine-Krieg 2014 bis heute – wurde die russische Gesellschaft zunehmend brutalisiert. Soldaten kommen traumatisiert vom Schlachtfeld zurück; die Gewalt steigt in den Familien; die Sprache wird gewalttätiger. Die Spannung entlädt sich im Wohnzimmer, auf dem Schlachtfeld, und auch in eroberten ukrainischen Dörfern und Städten auf dem Körper von Frauen.

Dass Frauen sowohl in Russland wie in Europa die sexistischen Politiken mittragen, wurde ebenso diskutiert. Fischer nennt das am Beispiel von Alice Weidel oder Marine le Pen das ›pseudoemanzipierte Antlitz‹ der rechtsextremen Parteien. Dahinter versteckte sich aber die alte Fratze des männerbündlerischen, frauenfeindlichen Faschismus. Sabine Fischer thematisierte auch die Rolle der NATO, der Wehrhaftigkeit der EU und im Besonderen Deutschlands. Als Antwort auf den ultranationalistischen, aggressiven Machismo in Russland findet sie in Europa eine feministische Außenpolitik – zumindest hat Annalena Baerbock diese ihrem Außenamt verschrieben. Sabine Fischer konstatiert einen neuen Feminismus, den sie darin sieht, dass die Ukraine zu ihrer Verteidigung mit Waffen ausgestattet wird.



G. Mangott



R. Löw

RUSSLAND, UKRAINE UND DIE ZUKUNFT

Gerhard Mangott, Politikwissenschaftler, Universität Innsbruck
Raimund Löw, Journalist, Falter Radio
In Zusammenarbeit mit dem Brandstätter Verlag

Es ist der schwerste militärische Konflikt in Europa seit Jahrzehnten, und seine Folgen sind kaum absehbar. Der Krieg Russlands in der Ukraine ist auch ein Konflikt, der die Welt spaltet: geopolitisch, etwa zwischen China und den USA, und ideologisch – was gerade die hitzigen Debatten über die Militärhilfe für die Ukraine in Europa zeigen. Doch Ideologie ist fehl am Platz, wenn man verstehen will, wie es zu diesem Krieg kam und wohin er führen wird. Der renommierte Russland-Experte Gerhard Mangott analysiert im Gespräch mit Raimund Löw präzise und verständlich Hintergründe, Folgen und die Frage, ob in Russland ein Massenumsturz von unten oder eine Palastrevolte gegen Wladimir Putin denkbar ist – und was das für Russland, für Europa und für die Welt bedeuten würde.

Der erste Punkt, der im Gespräch behandelt wird, ist das kürzlich veröffentlichte Putin-Interview mit Tucker Carlson. Es war eine Möglichkeit für Putin seine Sicht der Dinge an die Wählerschicht in den USA, die ihm nahesteht, zu kommunizieren. Für Putin ist es von Interesse, dass Trump bei der kommenden Präsidentschaftswahl wiedergewählt wird, auch wenn er keine allzu großen Erwartungen an ihn hat. Trump wird die USA nicht aus der NATO führen, jedoch ihre Glaubwürdigkeit untergraben und Abschreckungskapazität in Frage stellen. Diese würde Putin und seine geopolitischen und militärischen Ambitionen beflügeln.

Bezüglich Putins militärischer Ambitionen und des Krieges in der Ukraine wird das anfängliche Ziel, die Ukraine in Kürze zu unterwerfen und in Kiew eine Moskau-freundliche Regierung zu installieren, nicht mehr als realistisch eingeschätzt. Können die vier besetzten Regionen jedoch gehalten und als Teil Russlands betrachtet werden, so kann der Kreml argumentieren, dass die sogenannte ›Spezialoperation‹ ein Erfolg war. Auf Seite der Ukraine ist der Glaube daran, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen wird, nicht mehr bei allen vorhanden. Die große Mehrheit unterstützt ihn jedoch. Es gibt aber Differenzen in der militärischen und der politischen Führung und einen großen innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Disput über Mobilisierung. Laut Mangott müsse sich Polen oder die baltischen Staaten keine tatsächlichen Sorgen über eine bewaffnete Aggression oder einen Einmarsch des russischen Militärs machen, in der russischen Armee gebe es große Mängel an qualifiziertem Personal und Moskau werde in den nächsten 10 Jahren sehr sicher nicht gegen ein NATO Land marschieren. Es könne aber sein, dass Krieg auf niedriger Schwelle geführt wird.

Innerhalb Russlands gibt es seit 2019 eine sehr repressive Phase und die Grundlage der Opposition wurde zerstört, bevor der Krieg begonnen hat. Der Großteil der Opposition ist im Gefängnis oder im Exil. Dazu kommt, dass eine Million Russinnen und Russen (vor allem urbane, junge, gebildete Menschen) seit 2022 das Land verlassen haben. Diejenigen, die in Russland geblieben sind, müssen mit langjährigen Haftstrafen rechnen, sollten sie sich kritisch gegenüber dem Krieg in der Ukraine äußern. Politikwissenschaftlich gesprochen ist Russland zwar kein totalitäres Land, jedoch ein zutiefst repressives. Bei den manipulierten Wahlen Mitte März wird Putin wieder haushoch gewinnen – es soll ein Wahlergebnis von über 80% kreiert werden. Es gibt keine einzige west-freundliche Kraft in Russland, die auch nur den Hauch einer Chance hat. Und selbst wenn Putin abgesetzt werden oder sterben sollte, so werden wir weiterhin einen Putinismus ohne Putin haben, die Ideologie wird weiter bestehen..



E. Nowotny



G. Rockenschaub

TRANSATLANTICA

Curator: **Eva Nowotny**, Ambassador ret., Vice-President of Bruno Kreisky Forum

Despite the international financial and economic crisis, and despite the many fundamental changes in international relations the transatlantic relationship remains of central importance. Unter dem Veranstaltungsschwerpunkt »Transatlantica« trägt das Bruno Kreisky Forum dieser Bedeutung Rechnung und versucht, durch die Einladung interessanter, zum Teil auch kontroversieller Experten von beiden Seiten des Atlantik Information zu vermitteln, den Blick zu schärfen und das eine oder andere Missverständnis aufzuklären.

GESUNDHEITSDIPLOMATIE

Vermitteln zwischen Konfliktparteien in Gesundheitsbelangen

Gerald Rockenschaub, ehem. Direktor für gesundheitliche Notlagen in der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Eva Nowotny sprach in Kreiskys Wohnzimmer mit dem Mediziner und langjährigen WHO-Krisenmanager Gerald Rockenschaub über das Thema Gesundheitsdiplomatie und internationale Gesundheitsvorsorge, insbesondere in Krisengebieten bzw. humanitären Notlagen.

Zwar ist die Weltgesundheitsorganisation WHO eine wichtige internationale UN-Organisation. Ihre Mittel sind jedoch vergleichbar mit jenen eines mittelgroßen Krankenhauses und damit bescheiden. Durch die Covid-Pandemie sowie durch humanitäre Krisen der jüngsten Zeit steigt die Bedeutung der WHO allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung.

Rockenschaub stellt fest, dass manche Krisen wie etwa der Ukraine-Krieg durch eine andauernde hohe Medienpräsenz andere Krisen (Syrien, Afghanistan, Süd-Türkei etc.) in Vergessenheit geraten lassen. Die Ab- und Anwesenheit humanitärer Krisensituationen in der westlichen medialen Berichterstattung hat immer bedeutsame Folgen hinsichtlich des Spendenaufkommens und dadurch auch für die Handlungsfähigkeit der WHO und anderer Hilfsorganisationen vor Ort.

Der Krisenherd, der im Gespräch hauptsächlich thematisiert wird, ist die Situation in Gaza bzw. Palästina. Eine wesentliche Herausforderung der Arbeit sei, dass die Aktivitäten der dort tätigen Hilfsorganisationen von außen politisiert und teilweise Desinformationen gestreut werden, während diese Organisationen eigentlich nur versuchen, die medizinische Infrastruktur aufrechtzuerhalten und die vielen Verletzten zu versorgen. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) hat dies zuletzt – basierend auf unbelegten Behauptungen – besonders zu spüren bekommen. Gleichzeitig ist es aber wesentlich für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens und eines funktionierenden Bildungssystems in Gaza und würde gerade in der aktuellen Situation umso mehr benötigt werden.

Durch den Fokus auf die Hamas als Terrororganisation in den westlichen Medien wird außerdem oft vergessen, dass die Hamas die dortige Regierung und somit auch das Gesundheitsministerium stellt. Bis zur aktuellen Eskalation hat das Gesundheitssystem vor Ort ziemlich gut funktioniert. Rockenschaub, der insbesondere mit dem letzten Gesundheitsminister über längere Zeit regelmäßig zu tun hatte, nahm die-



M. Ash



R. Löw

sen stets als engagierten und bemühten Gesundheitspolitiker, dem das Wohl der Bevölkerung zutiefst am Herzen liegt, wahr und nicht als Hamas-Funktionär.

In Summe verdeutlicht Rockenschaub, mit welcher massiven Erschwernissen bzw. Einschränkungen Hilfsorganisationen wie die WHO zu kämpfen haben, wenn Krisenherde vergessen oder – noch schlimmer – durch Desinformation politisch aufgeladen und Hilfsorganisationen sanktioniert werden. Letztlich wird dieses politische Taktieren auf dem Rücken der unschuldigen Zivilbevölkerung vor Ort ausgetragen.

DIE USA VOR DEN WAHLEN

Trump versus Biden und darüber hinaus

Begrüßung und Einleitung:

Eva Nowotny, Diplomatin i.R., Vize-Präsidentin des Bruno Kreisky Forums,

Gespräch:

Mitchell Ash, US-amerikanischer Historiker, emeritierter Universitätsprofessor der Universität Wien, wissenschaftlicher Autor und Herausgeber.

Raimund Löw, Journalist, Autor, Historiker, Leiter des *Falter Radio*

Schon vor Abschluss der Vorwahlen steht ein Rematch zwischen Donald Trump und Joe Biden um die Wahl zum Präsidenten der USA fest. Dass Donald Trump überhaupt eine Chance hat, diese Wahlen für sich zu entscheiden, hat unter anderem mit dem Wahlsystem der USA zu tun, in dem die Präsidentschaft nicht durch Direktwahl, sondern durch die Stimmen von Wahlmännern und -frauen aus den Bundesstaaten im sogenannten Electoral College bestimmt wird. Die Frage ist, ob und warum Trump trotz Rechtsbrüchen und Gerichtsverfahren wirklich ernsthafte Chancen bei dieser Wahl hat, und wie Joe Biden und die Demokraten die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten sichern wollen. Es geht aber auch um Wahlen zum US-Kongress sowie um zahlreiche Wahlen in den Bundesstaaten, in denen Stimmenmehrheiten entscheiden. Auch diese Wahlen bestimmen die Zukunft des Landes mit, denn es steht wegen der Radikalisierung der Republikanischen Partei die Regierbarkeit des Landes auf dem Spiel. Auch wenn Trumps Basiswählerschaft in Realität eine Minderheit der amerikanischen WählerInnen ausmacht, so sind sie dynamisch und gut organisiert und können so Wahlen beherrschen.

Wenn es tatsächlich zu einer Wiederwahl Trumps kommt, so bestehe laut Ash die eigentliche Gefahr darin, dass er sich mit Leuten umgibt, die nicht rechtstaatlich besonnen sind. Trump will nicht demokratisch regieren, sondern imaginiert die Regierung der USA nach wie vor so, als wäre sie eine Familienfirma. Niemand weiß was er genau vor hat, außer die Regierung unter seine Hand zu bringen. Was er damit dann macht, ist ungewiss.

Bezüglich Bidens Amtszeit lässt sich sagen, dass er trotz einer republikanischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus einiges geschafft hat. Dazu zählen die Freigabe von Subventionen für die klimafreundliche Industrie und Infrastrukturprojekte, eine niedrige Arbeitslosenrate und eine niedrige Inflationsrate. Durch die generelle Inflation und die dadurch gestiegenen Preise für beispielsweise Lebensmittel oder Mieten sehen sich jedoch viele Amerikaner*innen in einer prekären Lage und machen letztendlich den Präsidenten dafür verantwortlich. Denn auch wenn die amerikanische Wirtschaft im internationalen Vergleich gut läuft, so dringt das nicht zur Bevölkerung durch. Eines der umstrittensten und polarisierenden politischen Themen seiner Amtszeit war wohl das Ende des Rechts auf Abtreibung durch den Supreme Court, dies



A. Schallenberg | E. Nowotny

wird nun auf bundesstaatlicher Ebene gehandhabt und in manchen Fällen ist es bereits zu massiven Anti-Abtreibungsgesetzen gekommen. Hier ist Biden dafür eingetreten, dass Frauen, die in einen anderen Bundesstaat fahren um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, nicht kriminalisiert werden. Auch wenn das nicht die stärkste Maßnahme ist, so ist es doch ein klares Zeichen. Hinzu kommt die internationale Situation und vor allem der Krieg in Gaza, der eine wichtige Rolle spielt. Die Palästina-Solidaritätsbewegungen an den Unis machen Bidens Regierung mitschuldig für die Unterstützung von Kriegsverbrechen der israelischen Armee. Hier zeigen Biden und seine Regierung jetzt, dass sie Probleme mit der israelischen Kriegsführung haben. Die Frage ist jedoch, ob das reicht.

Doch was müssten und können die Demokraten machen, um den Trumpismus zu besiegen? Ausschlaggebend sind die sogenannten Swing States, von denen es insgesamt 6 gibt. Wenn alle Vorhersagen eintreffen, müssten die Republikaner nur 2 von 6 gewinnen. Die demokratische Partei müsste jedoch fast in allen Swing States Erfolg haben, um das Electoral College und damit die Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Fazit: Der Weg der Demokraten zur Verhinderung einer zweiten Trump-Präsidentschaft bestehe darin, Bundesstaat um Bundesstaat für sich zu gewinnen

PLÄDOYER FÜR EINEN PRAGMATISCHEN MULTILATERALISMUS

Alexander Schallenberg, Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

›Die Welt befindet sich in einem traurigen Zustand.« Dieses Fazit zog der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg im September 2023 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Seiner Ansicht nach gehört die aktuelle Zeit ›unbestreitbar zu den schwierigsten der jüngeren Geschichte«. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die Klimakrise, Armut und soziale Spaltungen stellen enorme Herausforderungen dar. Schallenberg wies darauf hin, dass Verschiebungen und Risse in den Systemen, die Handel, Sicherheit und multilaterale Kooperation organisieren, bereits spürbar sind. Dies führe bei vielen Menschen zu einem ›Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens, einem Gefühl, in einem permanenten Ausnahmezustand zu leben«.

Für den Außenminister ist klar, dass eine Erneuerung und Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit unumgänglich sind. Ein ›vernünftiger und pragmatischer Multilateralismus‹ müsse möglichst rasch Einzug halten, etwa durch eine Umgestaltung des UN-Sicherheitsrats. Das nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufene Gremium spiegele die heutige Welt nicht mehr wider und müsse auch Ländern, die bei seiner Gründung ausgeschlossen wurden, einen Sitz anbieten – insbesondere Staaten aus Afrika. Österreich werde sich bei den Wahlen im Jahr 2026 für einen nicht-ständigen Sitz bewerben.

Trotz aller Herausforderungen blieb Alexander Schallenberg optimistisch: ›Wir werden aus dieser Ära der Transformation gestärkt, wohlhabender und widerstandsfähiger hervorgehen.« Ob sich diese Prognose bewahrheiten wird, bleibt offen. Kann es gelingen, die Vereinten Nationen zu einem Raum für echten Dialog und weg von einer Echokammer oder einem Club von Gleichgesinnten zu entwickeln? Wie wird die internationale Zusammenarbeit in globalen Krisenzeiten weitergehen?

Ein pragmatischer Multilateralismus bedeutet für Schallenberg, dass internationale Zusammenarbeit auf realistischen und pragmatischen Ansätzen basiert, anstatt auf idealistischen Prinzipien. Multilaterale Diplomatie muss sich den veränderten globalen Gegebenheiten anpassen. ›Wir brauchen ein System, in dem nicht das Recht des Stärkeren dominiert, sondern die Stärke des Rechts.« Das Völkerrecht muss weiterentwickelt werden. In der (Außen-) Politik ist eine starke Emotionalisierung zu beobachten, und Kompromisse gelten oft als Misserfolg – dies führt zu einer Krise des Kompromisses im Multilateralismus.



W. Mühlberger | N. Vaskunlahti | E. Nowotny

Zudem erleben wir eine Erosion der Glaubwürdigkeit der UNO.

Zum Krieg in Gaza meint Schallenberg, dass es innerhalb der EU eine größere Konvergenz gebe als oft wahrgenommen wird, und diese Konvergenz bestehe auch mit den arabischen Partnern. Die Frage ist jedoch, wie der Weg hin zu dieser Übereinstimmung aussehen kann. Derzeit hängt alles von einem Waffenstillstand ab, der oberste Priorität hat. Grenzübergänge sollten geöffnet werden, humanitäre Hilfe geleistet und keine Operation in Rafah durchgeführt werden; zudem müssen die Geiseln freigelassen werden. Als ausschlaggebend hierfür sieht Schallenberg einen politischen Prozess, die Frage ist jedoch, wie dieser entstehen kann.

Österreich strebt einen selbstbestimmten, überlebensfähigen palästinensischen Staat an, jedoch im Rahmen eines Prozesses, der nachhaltig wirkt. Indirekte Dialogkanäle zwischen den Partnern in der Region müssen aufgebaut werden und die Diaspora im Ausland miteinbezogen. Seit 2015 wurde das Nahost-Thema weitgehend ignoriert, bis die Abraham-Abkommen einen Wendepunkt brachten. Die palästinensische Frage wurde jedoch zu sehr vernachlässigt. Man hatte gehofft, dass die Normalisierung mit der arabischen Welt diese Frage osmotisch entschärfen würde, doch dies war nicht der Fall. Auch hier zeigt sich, dass wir neu lernen und denken müssen, wie man mit unterschiedlichen Akteuren interagiert um schlussendlich gemeinsame Maßnahmen setzen zu können.

TRANSATLANTICA

EUROPEAN SECURITY – A NORDIC PERSPECTIVE

Nina Vaskunlahti, Ambassador of Finland in Austria

Wolfgang Mühlberger, Senior Advisor MENA & Strategy at CMI / Martti Ahtisaari Peace Foundation'

Finnlands sicherheitspolitisches Denken hat sich in den letzten Jahren, insbesondere durch den NATO-Beitritt im April 2023, grundlegend verändert. Obwohl der Beitritt weniger als 14 Monate dauerte, ging dieser Entscheidung ein langer Prozess voraus. Ein entscheidender Wendepunkt war der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. Bereits seit 1994 hatte Finnland eine Partnerschaft für den Frieden mit der NATO und trat 1995 der Europäischen Union bei. Dennoch war ein NATO-Beitritt lange Zeit in der finnischen Öffentlichkeit und Politik kein dominierendes Thema.

Finnlands geografische Lage an der Grenze zu Russland hat jedoch immer eine starke nationale Verteidigung und die Notwendigkeit internationaler Partnerschaften erfordert. Die meisten Importe und Exporte des Landes verlaufen über die Ostsee, und Finnland verfügt über riesige, dünn besiedelte Gebiete im Norden, was seine Abhängigkeit von stabilen Beziehungen und Sicherheitspartnerschaften unterstreicht. Die zunehmende Aggressivität Russlands – etwa durch den Krieg gegen Georgien 2008 und die Annexion der Krim 2014 – sowie Präsident Putins Rede 2021, in der er die Einschränkung der Sicherheitsentscheidungen anderer Länder in der russischen Nachbarschaft forderte, verschärften die sicherheitspolitische Lage für Finnland erheblich.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 veränderte die Bedrohungswahrnehmung der finnischen Außenpolitik grundlegend. Infolge dessen gab es breite parteiübergreifende Unterstützung für einen NATO-Beitritt, der als Möglichkeit gesehen wurde, die eigene Position zu stärken und gleichzeitig das Bündnis zu unterstützen. Finnlands Mitgliedschaft in der NATO stellt einen historischen Wandel in der finnischen Sicherheitspolitik dar, wobei Kooperationen mit den USA und Schweden weiter vertieft wurden. Darüber hinaus spielt die nordische Verteidigungszusammenarbeit eine immer größere Rolle. Seit 2008 intensivieren die nordischen Länder (Island, Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland) ihre militärische Kooperation, was zu einer wichtigen Säule der finnischen Sicherheitspolitik wurde. Finn-



E. Laipson



H. Barkey

land ist auch Teil der britisch geführten Joint Expeditionary Force, die im Falle eines russischen Angriffs eine schnelle militärische Reaktion sicherstellen würde – innerhalb oder auch außerhalb der NATO-Strukturen, falls diese zu langsam reagieren sollten. Finnland sieht sich innerhalb der NATO als ein Land mit besonderen geografischen und strategischen Herausforderungen: Es betrachtet sich sowohl als Ostsee- als auch als Arktisstaat, als eine Art ›Insek‹ aufgrund seiner peripheren Lage und als ›Frontstaat‹ gegenüber Russland. Diese Position verlangt nach einer aktiven Beteiligung an der NATO, insbesondere im Hinblick auf die Ostsee und die Arktis.

Für kleine Länder wie Finnland ist eine regelbasierte multilaterale Weltordnung von entscheidender Bedeutung. Der Beitritt zur NATO stärkt Finnlands Sicherheit und seine Position in einem größeren internationalen System, das für seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität von zentraler Bedeutung bleibt

THE US AFTER THE ELECTIONS

Henri J. Barkey, Bernard L. and Bertha F. Cohen Chair in international Relations at Lehigh University Pennsylvania and Adjunct Senior Fellow for Middle East studies at the Council on Foreign Relations

Ellen Laipson, Director of the Master's in International Security degree program and the Center for Security Policy Studies in the Schar School of Policy and Government at George Mason University, President em. of Stimson Center

Henri J. Barkey und Ellen Laipson erörtern im Gespräch mit Eva Nowotny die Zukunft der Vereinigten Staaten nach den Präsidenten- und Kongress-Wahlen. Was ist für die amerikanische Innen- und Außenpolitik unter Präsident Trump und mit republikanischen Mehrheiten im Repräsentantenhaus und Senat zu erwarten?

Innenpolitisch liegt Trumps Anziehungskraft eher in kulturellen Verschiebungen als in wirtschaftlichen Missständen. Trotz der starken Wirtschaft der USA fühlen sich viele Wähler-innen von den kulturellen Trends der ›Elite‹ entfremdet, wobei Trumps Rhetorik bei ländlichen und weniger gebildeten Bevölkerungsgruppen Anklang findet. Zu seinem Regierungsstil gehört es, das Chaos zu fördern, sich auf den Abbau bürokratischer Normen zu konzentrieren und umstrittene Personen zu ernennen. Auch wenn einige dieser Figuren scheitern mögen, wie in seiner ersten Amtszeit, schafft Trumps Verachtung für traditionelles Regieren Instabilität.

Selbst innerhalb der Republikanischen Partei steht er vor Herausforderungen, da traditionelle Konservative mit seiner ›MAGA‹-Fraktion aneinandergeraten. Da die Republikaner den Kongress kontrollieren, könnte es für Trump schwieriger werden, die Oppositionsparteien zu beschuldigen, wenn die Politik ins Stocken gerät. Diese Dominanz birgt jedoch auch die Gefahr einer unkontrollierten Machtausübung. Trumps Motive - die oft von Rache und persönlichem Image getrieben sind - könnten zu einer weiteren Polarisierung führen, die institutionelle Normen untergräbt und zu Spannungen innerhalb seiner Partei führt, während sie ihre Strategien für künftige Wahlen ausarbeitet.

Auf internationaler Ebene signalisiert Trumps Rückkehr eine deutliche Abkehr vom Multilateralismus, für den Joe Biden eintritt. Trumps Sichtweise der Außenbeziehungen ist transaktional – er konzentriert sich auf Deals von Regierungschef zu Regierungschef – und nimmt keine Rücksicht auf Bündnisse und Institutionen wie die NATO oder die EU. Seine zu erwartende Fokussierung auf Zölle und Einwanderung spiegelt eine vereinfachte wirtschaftliche Vision wider, die den Welthandel destabilisieren könnte, ohne kurzfristige inländische Vorteile zu bringen.



H. Pauer-Studer



S. Moyn

In der Außenpolitik könnte Trump in Konflikten wie der Ukraine oder dem Nahen Osten schnelle und öffentlichkeitswirksame Lösungen anstreben, um sich selbst zu profilieren und ein Vermächtnis zu hinterlassen.

Zu den Herausforderungen für die globale Stabilität gehört Trumps Gleichgültigkeit gegenüber Multilateralismus, Klimaschutz und internationalen Normen. Für Europa besteht die Gefahr, dass seine Betonung bilateraler Verhandlungen die Einheit der EU schwächt, während seine Wirtschaftspolitik die Beziehungen zwischen den USA und Europa untergraben könnte.

Die Bedenken erstrecken sich auch auf das US-Militär, da Trumps Absicht, die Streitkräfte für innenpolitische Zwecke wie die Durchsetzung der Einwanderungsbestimmungen einzusetzen, die Verfassungsnormen und die Moral des Militärs untergraben könnte. Die Medien, eine Säule der US-Demokratie, sind ebenfalls bedroht, da Trump kritische Medien ins Visier nimmt. Diese Trends decken sich mit autoritären Taktiken, die weltweit zu beobachten sind, und verdeutlichen die Risiken eines institutionellen Niedergangs.

Während Trumps Rückkehr eine Fortsetzung bestimmter isolationistischer und populistischer Tendenzen in der US-Politik darstellt, stellt sein Regierungsansatz, der Störungen und Unberechenbarkeit den Vorrang gibt, sowohl den inneren Zusammenhalt als auch die internationale Diplomatie vor erhebliche Herausforderungen. Die Folgen werden sich in den nächsten vier Jahren wahrscheinlich dramatisch entfalten und von den politischen und globalen Akteuren Wachsamkeit verlangen.

WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

Unter der Leitung des Wissenschaftlichen Beirats

Besonders in Zeiten der Krise zeigt sich, dass komplexe Situationen und Problemlagen wissenschaftliche Erkenntnisse brauchen um entsprechende Lösungsstrategien zu finden. Die Reihe Wissenschaftsgespräche behandelt Forschungsbereiche der Wissenschaft in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

LIBERALISM AGAINST ITSELF The Cold War Roots of Liberalism's Present Crisis

Samuel Moyn, Chancellor Kent Professor of Law and History at Yale University and author of many books on the history of ideas and politics in the twentieth century

Herlinde Pauer-Studer, Professor at the Department of Philosophie, University of Vienna

Alexander Somek, Professor of Legal Philosophy at the Faculty of Law at the University of Vienna

Fabio Wolkenstein, Associate Professor at the Institute for Political Science at the University of Vienna

By the middle of the twentieth century, many liberals looked glumly at the world modernity had brought about, with its devastating wars, rising totalitarianism, and permanent nuclear terror. They concluded



F. Wolkenstein



A. Somek

that, far from offering a solution to these problems, the ideals of the Enlightenment, including emancipation and equality, had instead created them. The historian of political thought Samuel Moyn argues that the liberal intellectuals of the Cold War era—among them Isaiah Berlin, Gertrude Himmelfarb, Karl Popper, Judith Shklar, and Lionel Trilling—transformed liberalism but left a disastrous legacy for our time. In his new book ›Liberalism Against Itself‹ Moyn outlines how Cold War liberals redefined the ideals of their movement and renounced the moral core of the Enlightenment for a more dangerous philosophy: preserving individual liberty at all costs. In denouncing this stance, as well as the recent nostalgia for Cold War liberalism as a means to counter illiberal values, Moyn presents a timely call for a new emancipatory and egalitarian liberal philosophy—a path to undoing the damage of the Cold War and to ensuring the survival of liberalism. At Kreisky Forum, Herlinde Pauer Studer, Alexander Somek and Fabio Wolkenstein discussed with Samuel Moyn his findings and thoughts.

WOMEN IN INTERNATIONAL DIALOGUE

Curator: **Viola Raheb**, Scholar of Religious Studies, Lecturer, Writer and Senior Fellow at BKF

›Women in International Dialogue‹ is a Bruno Kreisky Forum's initiative to bring together experts from different regions of the world in order to analyze current conflict scenarios as well as post-conflict situations from a women's perspective and to make recommendations on what measures can be taken to improve the protection environment for women during and after conflict, to engage women in conflict prevention, and to ensure that peace processes are guided by women's perspectives and address their needs.

WOMEN'S POLITICAL BIOGRAPHIES IN THE MENAT REGION

Book presentation

Hind Kabawat, former Deputy Head of the Syrian Negotiation Commission's Geneva Office and a former Member of the High Negotiations Committee (HNC); President of TASTAKEL Women's Organization for Women's Empowerment and Peacebuilding

Randa Siniora, General Director of the Women's Center for Legal Aid and Counselling and Palestinian Human Rights Activist

Heidemarie Winkel, Professor of Sociology at Universität Bielefeld and Senior Research Associate at the VHI/St. Edmund's College, Cambridge University/UK

Viola Raheb, Scholar of Religious Studies, Lecturer, Writer and Senior Fellow at BKF

Am 19. Juni fand die Buchpräsentation ›Women's Political Biographies in the MENAT region‹ im Bruno Kreisky Forum statt. Das Buch, das elf Biographien aus sieben Ländern der MENAT Region versammelt, ist eine Folge der Konferenz ›Women's Lives and Agency in the MENAT Region-between political activism



H. Kabawat



R. Siniora

and realism‹, die vom Kreisky Forum im November 2023 in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung organisiert worden war.

BKF-Generalsekretärin Gertraud Auer Borea d'Olmo eröffnete den Abend und würdigte die lange Zusammenarbeit mit dem BM für Landesverteidigung im Kontext von UNSR 1325. Ursula Plassnik, ehemalige Außenministerin, wies in ihrem Grußwort auf die Bedeutung und die Notwendigkeit des internationalen Austausches und der Kooperation in Frauenfragen und für Frauenrechte hin. Die wichtige Arbeit, die Frauen weltweit auf dem Gebiet der Verständigung, Frieden und Dialog leisten, bleibt oft unbeachtet und muss sichtbarer gemacht werden. In den Biografien der Frauen wird sichtbar, was Frauen auf den unterschiedlichen Gebieten tagtäglich leisten.

Auf dem Podium diskutierten dann Viola Raheb und Hind Kabawat, Randa Siniora und Heidemarie Winkel. In den Beiträgen der zwei Frauen aus der Region wurden drei Themen hervorgehoben: die Bedeutung der persönlichen Erfahrungen von Ungerechtigkeit sowie der Beitrag von Bildung und Sozialisation in der Sensibilisierung für Fragen von Frauen- und Menschenrechten; die Notwendigkeit, den Einsatz für Frieden mit den Frauenrechten zu verknüpfen; und nicht zuletzt die Erkenntnis, dass trotz vieler Studien zur Bedeutung der Teilnahme von Frauen in Friedensgesprächen, die Frauen weiterhin unterrepräsentiert bleiben. Trotz vieler Rückschläge, die die zwei Frauen auf politischer und gesellschaftlicher Ebenen erlebt haben, sind ihre Stimmen und Engagement weiterhin von Hoffnung und Zuversicht geprägt, gepaart mit dem Aufruf zu mehr Solidarität und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Heidemarie Winkel unterstrich die Bedeutung des Buches für mehr Wissen über und Dialog mit der Region und zivilgesellschaftlichen Fraueninitiativen. Gerade die MENAT Region, die an der unmittelbaren Grenze zu Europa liegt, benötigt in den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussionen mehr fachlichen und praktischen Input aus der Region, um mehr Verständnis für und Kooperation mit der Region zu erreichen.

Der Abend und die Diskussion waren für die Teilnehmerinnen und das Publikum ein Beispiel für offenen und diskursiven Austausch in Zeiten von Polarisierung.

WOMEN IN INTERNATIONAL DIALOGUE



M. Galeotti



J. Hans | C. Kahlweit



C. Kahlweit | B. Akunin | G. Auer Borea d'Olmo



J. Kohlenberger

ZEITENWENDE

Kuratorin: Cathrin Kahlweit, Journalistin, Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung für Zentral- und Osteuropa

Der Begriff ›Zeitenwende‹ wird seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine häufig benutzt, um Zwänge und Umbrüche in Denken und Handeln zu beschreiben, die auf diesen schockierenden Bruch des Völkerrechts folgten. Der Krieg in Israel hat die Frage nach der Rolle Europas in Kriegen und internationalen Krisen noch verstärkt.

Dabei kann eine rückblickende Selbstbefragung nur der Anfang einer neuen Debatte sein: War Europa zu naiv, zu fahrlässig, zu unvorbereitet auf alte und neue Bedrohungen? Was bedeutet die westliche Solidarität mit der Ukraine praktisch? Muss Europa tatsächlich ›kriegstüchtig‹ werden? Wie nimmt man ganze Gesellschaften mit auf einen Weg, der mit Angst und Bedrohung konnotiert ist? Schließlich galt die NATO bereits als Auslaufmodell, Investitionen in Landes- und Bündnisverteidigung waren kaum durchsetzbar. Nun aber soll eine Werteordnung geschützt und die Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden, während der internationale Konsens über das, was schützens- und verteidigungswert ist, brüchiger ist denn je.

IN MOSKOW'S SHADOWS

Mark Galeotti, Historian, expert on Russian security policy and a profound expert on the Putin era, host of the podcast In Moscow's Shadows

Der Brite Mark Galeotti, einer der renommiertesten Russland- und Sicherheitsexperten in Europa, analysiert in zahlreichen Büchern und seinem Podcast regelmäßig die politische Entwicklung in Russland. Im Gespräch mit Cathrin Kahlweit erläuterte Galeotti, warum passiver Konformismus in dem autoritären Regime, das Wladimir Putin geschaffen habe, nicht mehr ausreiche, um einen Status Quo zwischen Bürgern und Regime zu wahren. Der Staat fordere vielmehr seit dem Überfall auf die Ukraine permanente Loyalität und Passion, was die eigene Bevölkerung zunehmend zu überfordern scheine. Putin versuche mit dem Krieg gegen die Ukraine und seinem imperialen Machtanspruch jedoch nicht, die Sowjetunion oder das Zarenreich wiederzubeleben; und er wolle auch nicht die Länder zwingend regieren, die er zu seinem Interessengebiet zähle. Galeotti sieht daher – derzeit zumindest – keine weiteren territorialen Ambitionen Moskaus, die etwa zu einem Überfall auf einen Nato-Staat führen könnten.

DER KRIEG DAHEIM: DIKTATUR UND GEWALT IN RUSSLAND

Julian Hans, Autor, ehem. Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Moskau

Julian Hans war langjähriger Zeit-Redakteur und Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Moskau; seit 2021 ist er Autor für das Online-Portal Decoder. Der Russland-Experte beschäftigt sich mit Kriminalität und der Kultur der Gewalt in der russischen Gesellschaft als Indikator für den Zustand des Gemeinwesens

LECTURE SERIES_ZEITENWENDE

unter Wladimir Putin. Im Kreisky-Forum sprach er mit Cathrin Kahlweit über sein aktuelles Buch ›Kinder der Gewalt; ein Porträt Russlands in fünf Verbrechen‹ und die Ableitungen, die man daraus für Russlands Zukunft ziehen kann. Laut Hans sind Willkür, Gewalt, Erpressung und eine Kultur des Missbrauchs Alltagsphänomene, die dem Einzelnen permanent seine Schutzlosigkeit vor Augen führen. Ein Staat, der Täter deckt anstatt Opfer zu schützen, in dem Verbrecher mit Behörden gemeinsame Sache machen und die Justiz keine Gewähr für einen Chance auf Recht bietet, fördere Zersetzung statt Zusammenhalt. Hans sieht aber auch Zeichen der Hoffnung: eine Zivilgesellschaft, die Widerstand im Kleinen leistet, sowie Hilfsprojekte etwa für weibliche Gewaltopfer oder Kriegsopfer, die jenseits staatlicher Strukturen fortbestehen.

CONSCIENCE AND PROTEST – WRITING ABOUT RUSSIA

Boris Akunin, the pseudonym of Grigory Chkhartishvili, is a renowned Russian writer celebrated for his historical detective fiction. Through his captivating novels, he delves into the complexities of Russian society, blending thorough historical detail with captivating storytelling. Akunin explores themes of morality and identity while maintaining a keen eye on contemporary Russia.

Der populäre russische Autor Grigori Tschkartischvili, unter dem Pseudonym Boris Akunin Verfasser russischer Kriminalromane und historischer Abhandlungen, ist georgischer Abstammung und lebt seit Jahren gezwungenermaßen in Großbritannien. Denn der russische Staat hat den Kritiker des Ukraine-Kriegs und der Autokratie unter Putin als feindlichen Agenten gebrandmarkt und seine Bücher sowie Theaterstücke in Russland verboten. Im Kreisky Forum sagte der Bestsellerautor im Gespräch mit Cathrin Kahlweit, er sei 2014 erschüttert gewesen über die nationalistische Euphorie, die ihn nach der Annexion der Krim umgeben habe. Der Krieg gegen die Ukraine sei eine Tragödie; er bedauere allerdings, dass die Führung in Kiew sich nicht dazu durchringen könne, sich mit russischen Oppositionellen zusammenzutun, um gemeinsam gegen Repression und Aggression vorzugehen. Den westlichen Partnerländern der Ukraine warf Tschkartischvili vor, den Russen nicht klargemacht zu haben, dass der Kampf gegen Putin auch ihr Freiheitskampf sei – und man sei darin unterstützen werde. Für Russland hegt der Schriftsteller die Hoffnung, dass sich eine Demokratie in einem zu einer Föderation umgebauten Staat freier Bundesländer verwirklichen lasse.

GEGEN DIE NEUE HÄRTE

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin, Migrationsforscherin, Wirtschaftsuniversität Wien

Seit Europas großer ›Flüchtlingskrise‹ 2015 tritt eine neue Härte in Wort und in Tat zutage. Die Normalisierung des Leids und Elends an unseren Grenzen machte uns gleichgültiger, apathischer und kälter gegenüber Minderheiten und Marginalisierten. Fatal wirkte die Strategie, ›den Rechten‹ das Wasser abzugraben, indem man deren Positionen und Diskurse übernahm. Ist es doch erst die Anbiederung an die extremen Ränder, die Illiberalität und Autoritarismus erstarken lässt, Gesellschaften intoleranter und radikaler macht.

Die Migrationsforscherin und Kulturwissenschaftlerin Judith Kohlenberger zeigt eindrücklich, welch hohen Preis wir für unsere Abschottung vom anderen zahlen – und setzt dem die Zugewandtheit entgegen. Ihr Buch ist ein Plädoyer dafür, der Härte die Stirn zu bieten, indem man an der vermeintlich harten Grenze zum anderen Raum für Austausch, Nähe und Demokratisierung schafft; kleine Löcher in die Mauern der Gegenwart bohrt, um das Neue, Fremde, Inspirierende hineinzulassen; mehr spürt, nicht weniger. Eben



S. Kroissenbrunner



J. C. Behrends

einander zugewandt bleibt.

Judith Kohlenberger präsentierte im Gespräch mit Cathrin Kahlweit ihr jüngstes Buch ›Gegen die neue Härte‹. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang die gesellschaftlichen Fronten, die sich aufmachen, wenn das Thema Migration aufkommt. Judith Kohlenberger hält ein Plädoyer gegen Abschottung und für gegenseitigen Austausch und Empathie. Die verschiedenen Stimmen sollten gehört werden und gemeinsam sollte eine deliberative Auseinandersetzung, fernab von emotionalen Polarisierungen, stattfinden. Es gibt viele Argumente, die für Offenheit in Bezug auf die Aufnahme von Migrant:innen sprechen: humanitäre, menschen- und völkerrechtliche Zugänge zählen dazu. Doch auch aus wirtschaftlicher Sicht, zeigen viele Studien, profitiert ein Land von Zuwanderung. Die Migrationsexpertin betont auch, dass es nicht an Regeln im Zusammenhang mit Asyl- und Migrationspolitik fehle, sondern dass es ein Defizit in ihrer Umsetzung gibt. Das Externalisieren von Aufnahmezentren betrachtet Kohlenberger kritisch, denn diese widersprechen ganz klar ihrem Zugang, Nähe zu wagen anstelle von Abschottung nach außen. Wichtig ist für die Expertin aber auch, dass Politiker:innen Probleme in der Migrationspolitik klar benennen und diese klar kommunizieren, ohne in erster Linie darauf zu achten, politisches Kapital daraus zu schlagen.

ZEITENWENDE ODER STILLSTAND: WELTMÄCHTE IM NEUEN KALTEN KRIEG

Jan Behrends, Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Professor für osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt

Jan C. Behrends, Osteuropa-Historiker an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und am Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung in Potsdam, forscht zum Thema ›Diktatur und Demokratie – Deutschland und Osteuropa von 1914 bis zur Gegenwart‹. Behrends ist außerdem streitbares SPD-Mitglied und setzt sich für mehr militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine durch die deutsche Bundesregierung ein. In einem intensiven und gut besuchten Gespräch im Kreisky Forum erläuterte er, dass die Warnungen vor dem russischen Angriffskrieg in Berlin lange ignoriert worden sei.

Zum Glück gebe es Unterstützung für die Ukraine, unter Historikern wachse aber die Überzeugung, dass Kiew nicht ausreichend gestärkt werde, um sich gegen Russland zu behaupten. Behrends führt das unter anderem auf das Russland-Bild der Sozialdemokratie zurück; seit der ›Ostpolitik‹ unter Willy Brand und Egon Bahr dominiere die Überzeugung, dass man besser mit den Mächtigen rede als mit Oppositionellen, und dass das Verhältnis zu Moskau langfristig nicht gefährdet werden dürfe. Das gelte bis heute.

Die Minsker Verträge verglich Behrends mit dem Münchner Abkommen, weil Russland als vermittelnde Macht, nicht als Aggressor beteiligt worden sei. Die aktuelle Russland-Politik in Berlin stehe unter dem Druck der AfD und des BSW von Sahra Wagenknecht, die sich wiederum an den Interessen Moskaus orientiere.

In Russland sei die moderne Diktatur erfunden worden, die auf drei Säulen stehe: der Armee, dem Geheimdienst und der Staatspartei. Dieser Staat schütze seine Bürger nicht, sondern knechte sie. Diesen Staat, diese Diktatur dürfe der Weste nicht durch Ignoranz oder Duldung stützen.



A. Arutunyan | C. Kahlweit

DER STERBLICHE GOTT Macht und Herrschaft im Zarenreich

Jörg Baberowski, Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin und Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zur russischen und sowjetischen Geschichte
In Zusammenarbeit mit der Buch Wien 2024

Der Osteuropa-Experte Jörg Baberowski von der Berliner Humboldt-Universität war am 21. November mit seinem neuen Buch ›Der sterbliche Gott‹ über 300 Jahre Geschichte des russischen Zarenreichs im Kreisky-Forum zu Gast. Baberowski erläuterte, dass das Zarenreich – zumal im 19. Jahrhundert – in der Ära von Alexander II weit liberaler und moderner ausgerichtet gewesen sei, als es im Westen bekannt ist. Die Reformphase sei jedoch mit dem Ersten Weltkrieg, spätestens aber mit der bolschewistischen Revolution abrupt beendet worden. Ein Regent wie Peter der Große, der in Europa als Reformers gegolten habe, habe in Wahrheit extrem repressiv agiert und die Erkenntnisse, die er auf Reisen in den Westen gesammelt habe, mit Gewalt in Russland umgesetzt. Russland sei allein aufgrund seiner Größe schwer regierbar gewesen, zumal es – anders als in Westeuropa – keine eigenständige Adelsklasse gegeben habe: Die Adligen in Russland seien vielmehr eine Klasse von abhängigen Dienstnehmern gewesen, die von Verwaltung oder Kriegsführung wenig verstanden. Baberowski zog zahlreiche Vergleiche zur aktuellen Politik, da sich Wladimir Putin auf auch auf diverse Zaren beruft. Der Krieg gegen die Ukraine sei, so der Osteuropa-Experte, eine kalkulierte Entscheidung gewesen, die aus der Sicht Putins durchaus rational gewesen sei. Der Krieg werde aufgrund des fehlenden Widerstands rund um Putin und fehlender Handlungsalternativen des Kremls mutmaßlich noch lange dauern.

OPPOSITION IN RUSSIA - A FUTURE WITHOUT PUTIN

Anna Arutunyan, Russian-American Journalist, Analyst and Author

Die russisch-amerikanische Journalistin und Buchautorin Anna Arutunyan (Prigoshyn's Downfall; Hybrid Warriors; The Putin Mystique), die regelmäßig mit ihrem Ehemann und Co-Autor, dem britischen Russland-Experten Mark Galeotti zusammenarbeitet, hat im Kreisky Forum über Chancen und Probleme der russischen Demokratiebewegung gesprochen. Die Opposition in Russland sei, so Arutunyan, weniger politisch als zivilgesellschaftlich und karitativ engagiert, weil ein politisches Engagement derzeit aufgrund der Verfolgung kaum möglich sei. Putin habe zwar seit 2022 die Repression verschärft, dennoch sei das Russland von heute nicht mit der Sowjetunion unter Stalin zu vergleichen. Während Kriegsproteste mit Geldstrafen oder Haft belegt würden, so seien doch Hunderttausende in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Veteranen, soziale Not, Kultur) aktiv. Die inner-russische Opposition stehe allerdings wenig im Kontakt mit der Diaspora – zum einen aufgrund kommunikativer Probleme, zum anderen aber auch, weil das Leben der Regimekritiker im Westen als abgehoben angesehen werde. Arutunyan zeigte sich überzeugt, dass Russland eine demokratische Zukunft habe. Die Frage sei nicht ob, sondern wann.



Ph. Blom



M. Köhlmeier

ZERRISSENE JAHRE

Kurator: **Philipp Blom**, Historiker, Schriftsteller und Journalist

Wie zerrissen sind unsere Gesellschaften? Entlang welcher Linien sind sie zerrissen? Und welche Strategien kann es geben, diese Risse zu heilen? Mit seinen Gesprächspartnern geht Philipp Blom der Frage nach, was eine Demokratie eigentlich braucht, um lebendig zu sein, um überleben zu können.

DAS SCHÖNE

Michael Köhlmeier, Autor

Eine Verführung zum Lesen, Hören und Offen-in-die-Welt-Schauen: In seinem im September 2023 bei Hanser erschienenen Buch ›Das Schöne. 59 Begeisterungen‹ lädt Michael Köhlmeier ein zu einer ganz persönlichen Reise, von Tolstoi über Mozart bis zu Batmans Joker. Zu wem spricht Kunst? Hat Shakespeare das Menschliche erfunden – oder gar den Menschen? Hat Bob Dylan die schönste Ausformung antiker Lyrik geschaffen? Was ist überhaupt das Schöne? Michael Köhlmeier flaniert durch die Welt – und verbindet sein Staunen mit den großen und kleinen Fragen der Gegenwart.

Im Gespräch mit Philipp Blom in Kreiskys Wohnzimmer erzählt Michael Köhlmeier, was ihn dazu bewegt hat, in einer Welt, die aus den Fugen gerät, über das Schöne zu schreiben: Seine Absicht war nicht, das Schöne zu definieren, sondern sich dem Schönen über schöne Dinge – Musik, Gedanken, Bücher – anzunähern, eine Phänomenologie des Schönen zusammenzustellen. Die Auswahl ist subjektiv, unvollständig und spontan. Beim Kleinen anzufangen und dann über große Gedanken wieder auf das Konkrete zurückzukommen, empfindet er, im Einklang mit dem französischen Dichter-Philosophen Montaigne, als das Menschlichste.

Ist Schönheit, fragt Blom, eine bürgerliche Nostalgie? Ist man nur mit einem gewissen Wohlstand in der Lage, Schönheit zu erzeugen, zu erkennen? Oder ist Schönheit demokratisch? Wird Schönheit von allen Menschen empfunden, brauchen Menschen Schönheit? Fragen, die für Köhlmeier nicht zu beantworten sind. Doch wenn man auf die Geschichte blickt, so stellt man fest, dass Menschen sich in allen Perioden um schöne Dinge bemüht haben, dass man also schließen kann, dass Menschen Schönheit brauchen. Spannend ist, das Schönheitsempfinden unterschiedlicher Kulturen zu betrachten und sich dem Fremden, vielleicht zunächst nicht als schön Empfundene, anzunähern. Das Arrangieren mit dem Fremden ist für Köhlmeier nicht ›kulturelle Aneignung‹ – ein dummer Begriff – sondern Erweiterung der eigenen Kultur. Es ist ein Friedenprojekt, von Feindschaft und Fremdsein über allmähliches Beschnuppern, auch klammheimlich Klauen, zum Durchwirken, zur gegenseitigen Befruchtung zu kommen.

Und was haben ›Reinheit‹ und Schönheit miteinander zu tun? Nichts, meint Köhlmeier, eine ›reine Schönheit‹ ist für ihn ein Widerspruch in sich. Zu Schönheit gehört Besonderheit und Individualität, gehört Überraschung, gehören Merkmale, die dem Schönheitsideal widersprechen – so ist es in der Literatur, in der Malerei, in der Musik oder eben auch bei menschlichen Gesichtern.



W. Müller-Funk



Ph. Blom

SELBSTZERSTÖRUNG DER DEMOKRATIE, TENDENZEN UND WIEDERKEHREN IM KURZEN 20. JHD In Erinnerung an Manès Sperber

Wolfgang Müller-Funk, Germanist, Kulturphilosoph, Essayist, Professor für Kulturwissenschaften em., Präsident der Manès Sperber-Gesellschaft.

Manès Sperber, geb. 1905 in Sabolotiw, Ukraine, wurde als skeptischer Humanist und unerbittlicher Kritiker totalitärer Systeme bekannt. Er lehrte an verschiedenen Hochschulen in Berlin. Für seine Bücher erhielt er zahlreiche Literaturpreise. Manès Sperber starb am 5. Februar 1984 in Paris. Seine Werke waren in den letzten Jahren nur mehr im Antiquariat greifbar. Mit einer kommentierten dreibändigen Leseausgabe, die im April 2024 erschienen ist, macht der Verlag Sonderzahl Sperbers Schriften nun wieder zugänglich.

Wolfgang Müller-Funk und Philipp Blom diskutierten, was Sperbers Text von 1935 dazu beitragen kann, unsere Gegenwart zu verstehen. Der erste Anknüpfungspunkt ist die Frage, warum Menschen (anscheinend) entgegen ihrer Interessen wählen. Denn die Tyrannis ist das ganze System und schließt eben auch die Untertanen ein, die es erst ermöglichen. Laut Sperber müsse der Tyrann zwar das Glück haben und in eine krisenhafte ökonomische Situation kommen, das Momentum selbst sei aber schon vorher da. Menschen handeln nicht nur aus ökonomischen Interessen, sondern haben auch eine unbewusste, von Affekten geleitete Seite. Sie wollen Anerkennung, Geltung und letztendlich die Identifikation mit einer Person (Stichwort ›Volkskanzler‹). Der moderne Tyrann (im Vergleich zum antiken Tyrannen) beruft sich darauf, dass er vom Volk auserwählt worden ist, um seine Stimme gegen das System zu erheben. Er versucht mit pseudodemokratischen Mitteln die Demokratie auszuhebeln, dies bedeutet, dass man die Demokratie demokratisch abschaffen kann. Der Selbstauflösungsprozess kommt also nicht von außen, sondern von innen.

Das historische Format der demokratischen Gesellschaften ist die Nation, die immer ein Rahmen war und noch immer attraktiv zu sein scheint als Schutz gegen eine globale Welt.

Die Staaten und Nationen sind aber auch Opfer des Kontrollverlusts, da sie viel weniger tun können und viel weniger souverän sind, als sie vielleicht früher einmal waren. Wenn man heutzutage seine Identifikation im Nationalstaat sucht, dann findet man ein ziemlich schwaches und auch umstrittenes Konstrukt. Es stellt sich die Frage, ob die EU eine vernünftige Art der entwicklungsfähigen Kompensation für den Nationalstaat ist oder ob der Kontrollverlust, wenn sie sich auflösen würde, noch größer wäre. Auch bei Sperber bleibt offen, was eine gelungene Kompensation wäre, und nur die falsche wird durchgespielt.

Zum Schluss wird besprochen, was man der Tyrannis und einem Tyrannen entgegensetzen könnte. Zum einen müsse der Tyrann entzaubert werden und zum anderen brauche es von den demokratischen Parteien eine energische und vor allem auch identifikationsstiftende Kommunikation, die jedoch im Moment nicht zu sehen und spüren sei, wie es sich auch in Wahlen in Europa und global zeige.



Ph. Blom



G. Auer Borea d'Olmo

HOFFNUNG

Über ein kluges Verhältnis zur Welt

Philipp Blom, Historiker und Autor

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Vorstandsmitglied Bruno Kreisky Forum

Kann man in diesen Zeiten noch hoffen? In seinem neuen Buch ›Hoffnung. Über ein kluges Verhältnis zur Welt‹ zeigt Philipp Blom, wie Hoffnung möglich bleibt.

Es ist noch nicht lange her, da stand die Zukunft für eine bessere Welt. Inzwischen haben wir uns angewöhnt, mit dem Schlimmsten zu rechnen, und mussten oft genug erleben, dass es noch schlimmer kam. Gibt es wirklich keinen vernünftigen Grund mehr, zu hoffen? Philipp Blom findet die Ursprünge der Hoffnung in einem religiösen Weltverständnis, mit dem die Gegenwart nicht mehr viel anfangen kann: Das Dasein war sinnvoll, weil es in ein ewiges Leben münden würde. Heute könnte uns das Bedürfnis nach Hoffnung dazu treiben, ein sinnvolles Leben zu führen, indem wir Ziele für eine bessere Welt verfolgen: Gerechtigkeit etwa oder Nachhaltigkeit. Das wäre das Gegenteil von naivem Optimismus, das wäre eine vernünftige Haltung zur Welt. Sie ist nötiger denn je.

Im Gespräch mit Gertraud Borea d'Olmo Blom stellt fest, dass neben den biologischen und sozialen Grundbedürfnissen die Suche nach dem Sinn für die Menschen besonders wichtig ist. Der Mensch ist evolutionär getrieben, Muster in der Welt zu suchen und sich für diese Welt einzusetzen. Dieser Sinn wurde lange Zeit von Religionen vorgegeben. Doch in der Moderne hat man sich vom Glauben verabschiedet, und im 20. Jahrhundert wurde mit neuen Weltanschauungen wie Kommunismus, Faschismus und Kapitalismus experimentiert. Diese Ideologien konnten die Lücke, die der Glaube hinterlassen hat, jedoch nicht schließen. Auch wenn heute vielfach durch Konsum versucht wird, Sinn in unser Leben zu bringen, kann der Konsum nicht zufriedenstellend Sinn stiften.

Die Schwierigkeit zu hoffen kommt laut Blom von einer individualisierten Gesellschaft. Wir denken nicht mehr kollektiv und können aufgrund der Säkularisierung nicht mehr über den Tod hinaus eine Verbesserung erwarten. Es ist also schwer, ohne Religion Sinn zu finden und dadurch Hoffnung zu haben. Mit der Hoffnung ist auch das Scheitern verbunden. Denn wer auf etwas hofft, das erst nach dem eigenen Tod erreicht werden kann, muss zwangsweise im eigenen Leben scheitern.

Obwohl Blom ein Problem mit dem Glauben hat, ist der Dreiklang ›Glaube, Liebe, Hoffnung‹ insofern verwendbar, als dass der Glaube als Urvertrauen in die Welt uminterpretiert wird. Schließlich haben die religiösen Denker ihre Gedanken nicht aus den Fingern gesogen, sondern auf menschlichen Konstanten aufgebaut.



Confidential discussions under Chatham House Rule

ROUNDTABLES AND WORKSHOPS

HEGEMONIES AND ALLIANCES – Regional Powers' External Engagements (Gulf Region and the Levant)

Curator: Walter Posch, Senior Researcher at the Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK) of the National Defense Academy

A cooperation with the Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK) at the National Defense Academy and the Department for Security Policy of the Austrian Ministry of Defense.

›On Hegemonies and Alliances‹ is a yearly conference covering the antagonistic and troubled region of Middle East and Gulf countries. In cooperation with the Department for Security Policy of the Austrian Federal Ministry for Defense, The Institute for Peace Support and Conflict Management and partner institutes from Europe and Turkey, a wide variety of think-tankers, officials, experts, and scholars from Europe, the Middle East, Russia and the USA gather regularly under Chatham House Rule to analyze developments and tendencies with repercussions on the international and European level.

TALKING IDEOLOGY: RESISTANCE AND CONTESTATION IN THE MIDDLE EAST

Workshop under Chatham House Rule, 15/16 November 2024, at Bruno Kreisky Forum

Western political analysis on the Middle East pays surprisingly little attention on ideology. This has not always been the case. Throughout the 1960s and 1970s, western academia and political circles hotly debated the case of Palestine, which soon became the ideological linchpin for the 'anti-imperialist struggle' as promoted by the radical and progressive left. In the Middle East, the case – or cause – of Palestine was even more paramount and goes beyond the narrow narrative of the left as Islamists, Arab Nationalists and others identify with the Palestinian resistance. Resistance – muqawamah – means to fight for a morally and politically rightful cause. Getting organized as resistance also means other issues such as democracy, human rights or even mere governance would play second fiddle. Let alone the fact that in realpolitik regional powers would use, abuse and manipulate the resistance both as an ideal and existing organizations for their own ends.

Welcome: **Sabine Kroissenbrunner**, Secretary General, Bruno Kreisky Forum

Anton Dengg, Director, Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK)

Raphael Spötta, Directorate for Defence Policy and International Relations Federal Ministry of Defence

Günther Barnett, Department for Regional Cooperation with Africa and the Middle East, Federal Ministry of Defence



G. Gascone | A. Marcus | S. Özel

After Gaza? Is Ideology Back in the Middle East?

Once the very cause celebre of anti-colonialism and anti-imperialism worldwide, ›Palestine‹ had lost much of its ideological appeal ever since, reaching its nadir when the UAE and Saudi Arabia normalised their relations with Israel. Has the war in Gaza changed this situation and is Palestine back to becoming a 'cause' again?

Introduction and Chair: **Walter Posch**, Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK)
Respondent: **Ellen Laipson**, Distinguished Fellow and President Emeritus of the Washington-based think tank Stimson Center

Contesting Imagined orders

Outside actors often quote the lack of a defined regional political order in the Middle East as a source for instability and tensions. Therefore, some formulated their own ideas of a desired order of the region, usually without taking realities on the ground or other examples of imagined orders into account.

Chair: **Raimund Löw**, Historian and Journalist
Regional versus international order in the Middle East?
Francois Heisbourg, Senior Advisor for Europe at the International Institute for Strategic Studies (IISS) and Special Advisor at the Paris-based Fondation pour la Recherche Stratégique.
N(e)o-Ottoman? Turkey's Middle East policy between national interest and Islamic ideology: ambitions and realities
Henri Barkey, Bernard L. and Bertha F. Cohen chair (emeritus) in international relations at Lehigh University and adjunct senior fellow for Middle East studies at the Council on Foreign Relations
Soviet/Russian visions of a regional order
Nikolay Kozhanov, Gulf Studies Center of Qatar University
European visions of a regional order
Maria Luisa Fantappiè, Head of the Mediterranean, Middle East and Africa Programme, Istituto Affari Internazionali

The concept of ›resistance‹ throughout history

The history of resistance and resistance movements in the Middle East goes back decades, if not centuries. Organisations, ideas and the nexus of ideology and political violence follow certain concepts that underwent certain changes at the time.

Chair: **László Csicsman** Hungarian Institute for international Affairs
Insurgent rebels and others
Gastone Breccia, University of Pavia
Historical points of no return? Analogies in the narratives of October 7 and the Bar Kokhba uprising
Daniel Gerlach, editor-in-chief of the German Middle East quarterly magazine zenith and director-general of the Candid Foundation.
Is there a Shia concept of resistance?
Rainer Brunner, French National Centre for Scientific Research



E. Laipson | W. Posch | S. Kroissbrunner | E. Rozsa

Chair: **Erszebet Rozsa**, Institute for World Economics, National University of Public Services, Budapest
Existence equals resistance? The case of Palestine
Bashir Bashir, Associate professor of political theory at the Open University of Israel and a senior research fellow at the Van Leer Jerusalem Institute (tbc)
From leftist liberation movement to Islamic resistance
Soli Özel, senior lecturer at Kadir Has University in Istanbul and a columnist at Habertürk daily newspaper
Losing the ground? Kurdish leftist resistance
Aliza Marcus, free-lance reporter on Kurdish affairs

After Gaza? Ideology and Identity

Scene Setter: **Daniel LEVY**, President of U.S./Middle East Project

Resistance vs governance

Successful resistance movements face a dilemma: how and against whom to resist whence in power? They may be reminded of Bert Brecht's insight in the situation of post WWII Germany, when he concluded ›the travails of the mountains lie behind us before us the travails of the plains...‹

Chair: **Gabriele Cascone**, Head of the Counter-Terrorism Section, Emerging Security Challenges Division, NATO
Resistance movement or messianic Extremists, The Houthis of Yemen:
Alexander Weissenburger, researcher at the Austrian Academy of Science's Institute for Social Anthropology
From resistance to governance: Kurdistan in Iraq:
Dlawer Ala'Aldeen, Founding President of the Middle East Research Institute

The ›axis of resistance‹

Iran's strategic concept of an ›axis of resistance‹ has resurfaced in Western Iran-analysis, replacing the ›Shiite crescent‹. Yet what does this axis actually look like and, more importantly, how do Iran's contenders see it?

Chair: **Gudrun Harrer**, Senior editor Der Standard
The Islamic Republic of Iran: Persian power or Islamic Resistance
Walter Posch, Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK)
Iraq only? The People's Mobilisation, the role of the people's mobilisation units
Safa Rasul, Former Deputy of the National Security Advisor Iraq
Resistance with benefits. The case of Hezbollah
Heiko Wimmen, International Crisis Group, Beirut

Middle East realities

The newly elect US-president will not have too much time for reflection, before he has to take serious decisions, such as the question of the two-state solution or a containment or roll back of Iran's influence. It is within this reality Arab power holders must clarify their views on Palestine.

Chair: **Eva Nowotny**, Ambassador ret., Vice-President of the Bruno Kreisky Forum
The US as a (non-) hegemon in the Middle East
Dana Allin, Adjunct Professor of European and Eurasian Studies at SAIS Europe



B. Bashir | R. Brunner | D. Gerlach

Getting ready for War? Iran's un-splendid isolation.

Hamidreza Azizi, SWP

Saudi Arabia and the Gulf States

Guido STEINBERG, SWP

Cultural resistance

Contrary to ideologues, strategists often forget the role culture plays in resistance. Two aspects are to be distinguished: resistance against the own government and resistance against a foreign government. The first aims to harden the own government ideologically the second to aims to discredit a foreign government.

Chair: **Sabine Kroissenbrunner**, Bruno Kreisky Forum

Settler Movement

Yagil Levy, Open University Israel

Narratives of Resistance in Iran, A Search for Territorial Nationalism in 'Defenders of Shrines'

Hessam Habibi-Doroh, FH Campus Wien

Conclusion and recommendations

Chair: **Walter Posch**, Institute for Peace Support and Conflict Management IFK

REGIONALISM AND BORDERS – ARAB JEWISH ENGAGEMENTS

Curator: **Bashir Bashir**, Associate Professor at Open University Israel, Research Fellow at Van Leer Jerusalem Institute and BKF Senior fellow

The program ›Regionalism and Borders‹ seeks to capitalize on the Forum's extensive and rich engagements in the analyses of the politics of the Middle East and Europe. It invites leading intellectuals and politicians to a series of workshops to discuss in a protected environment the rising new political order and the most pressing and critical questions and challenges that face the people of this region. A particular focus is paid to the question of Israel/Palestine, which ought to be seen as a regional question rather than a local or a national one.

ARAB JEWISH ENGAGEMENTS I

The Role of '48 Palestinians in the Palestinian Revolution/PLO

Workshop under Chatham House Rule

With the friendly support of Rockefeller Brothers Foundation

Rationale

This workshop explores the contributions of '48 Palestinians to the Palestinian national project and revolution during the 1960s-1970s. Between 70 and 100 '48 Palestinians joined the Palestinian revolution



REGIONALISM AND BORDERS/ARAB JEWISH ENGAGEMENTS

in Lebanon and Syria between 1967 and 1975. Thus far, no scholarly research investigated their contribution to the PLO and the Palestinian revolution. This heterogeneous group contributed in the 1960s-1970s in at least three major fields of the revolution: policy/politics, culture, and armed struggle. Many figures from this group held senior positions in the PLO and Fatah. Though some attention has been paid to their cultural contributions (Mahmoud Darwish is the most celebrated figure, Rashid Hussein and Tawfiq Fayyad less), their policy/political thinking (e.g., Elias Shoufani; Habib Qahwaji; Sabri Jiryis; Imad Shakkour) and armed struggle (e.g., Nimer Shakkour; Therese Halaseh; Jiryis Jiryis) contributions are underexplored. The objective of the proposed workshop is to fill this gap. More specifically, five overlooked themes will be critically discussed and examined.

First, how did '48 Palestinians contributed to Palestinian politics and armed struggle during the 1960s and 1970s? Did their knowledge of Hebrew and Israeli Zionist politics (some of them studied in Israeli universities) contribute to their holding of senior positions in the PLO, Fatah and maybe other Palestinian factions? It is often claimed that during the last two decades (since 2000 onwards), '48 Palestinians have made significant contributions to Palestinian nationalism. Some have argued that their contributions are disproportionate to their numbers, particularly in politics and political ideas. However, this contemporary assumption neglects the historical evidence of previous generations of '48 Palestinians.

Second, can the activities of '48 Palestinians during the 1960s and 1970s shift/ rethink an ›Israeli-centered‹ social, cultural and political history of the Palestinians in Israel? Scholars who wrote about the social, cultural and political history of the '48 Palestinians during the first two decades after the Nakba adopted what one might call an ›Israeli-centered‹ approach by overlooking the role of these members in opposing and challenging the Israeli regime and its dictates. Stated differently, joining the Palestinian revolution in the 1960s-1970s undermined the Israeli citizenship-oriented politics and its nascent boundaries as the ultimate frame of analysis that was adopted by '48 Palestinian communists and others who joined Zionist parties like Mapam. Despite the rupture of the Nakba, one might view this group's involvement as continuity of the Oneness of Palestine and the Palestinian people and their organic relations with the Arab neighboring countries and societies?

Third, did these '48 Palestinians meet and cooperate in any form or fashion, formally or/ and informally? Through biographies, testimonies, films, memoirs, interviews, and archives, we need to explore whether these individuals indeed constitute a ›group‹ that justify their study. Given that many of these '48 Palestinians mainly joined the Fatah movement, how can we position them in relation to the political and ideological diversity that characterized the Palestinian revolution? A significant percentage of these activists were/are Arab Christians from the north of Palestine. Is this fact of any relevance for understanding their motivations and involvements?

Fourth, what happened between the 1960s/1970s and the present day to prevent continued involvement of '48 Palestinians in the PLO and its various factions? Some '48 Palestinians returned to Palestine after the Oslo Accords and some even claimed back their Israeli citizenship, but they ceased to occupy influential positions. An exceptional case is that of Mohammad al-Madani, a '48 Palestinian who was the assistant to Abu-Jihad Khalil al-Wazir in 1980s and who serves (since 2009) as a member of the Fatah Central Committee. Furthermore, shortly after his release from an Israeli prison in January 2023, Kareem Younis, a '48 Palestinian, was appointed as a member of Fatah Central Committee.

Fifth, what are the links between the Pan Arabist political ideas of al-'Ard movement (outlawed in 1964) and the Fatah movement? This is particularly important given the fact that al-'Ard (1958) and Fatah (1959) were established around the same time and some of the founders of the al-'Ard (e.g. Habib Qahwaji- independent member of the PLO executive committee 1977-1981, and Sabri Jiryis) joined Fatah



after they left Israel. Furthermore, Matzpen, the Socialist Organization in Israel (founded in 1962, Jabra Nicola joined the movement) created contacts with Fatah and the PFLP- Popular Front for the Liberation of Palestine. Do these contacts and relations shed new lights on the political history of '48 Palestinians and the Palestinian revolution?

Welcome: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**, Secretary General, Bruno Kreisky Forum
 Introduction: **Bashir Bashir**, Associate Professor at Open University Israel, Research Fellow at Van Leer Jerusalem Institute

Gaza and the War on Palestine and the Palestinians

Keynote: **Elias Khoury**
 Chair: **Bashir Bashir**

The historical, political, and social contexts that explain the joining of '48 Palestinians the Palestinian national movement outside of Palestine

Keynote: **Mustafa Kabha**
 Chair: **Amal Jamal**

Unidentified Soldiers of the Palestinian National Movement

Keynote: **Wadeaa Awawdy**
 Chair: **Raef Zreik**

The First Armed Operation that wasn't and Forms of Resistance between the Nakba and the Naksa

Keynote: **Fady Asleh**
 Chair: **Refqa Abu-Remaileh**

How to Listen to a Revolutionary: Notes from Practice

Keynote: **Mezna Qato**
 Chair: **Nadim Rouhana**

Personal Testimony and Reflection on the Contemporary Palestinian Revolution

Keynote: **Imad Shakkour**
 Chair: **Wadeaa Awawdy**

Transnational Trajectories of '48 Palestinians in Palestinian Literary History

Keynote: **Refqa Abu-Remaileh**
 Chair: **Mustafa Kabha**

Overviewing three critical approaches to the study of citizenship: historical, structural, and performative

Keynote: **Ameer Fakhoury**
 Chair: **Amal Jamal**



ARAB JEWISH ENGAGEMENTS II

Towards a Politics of Egalitarian Cohabitation in Israel/Palestine

Workshop under Chatham House Rule

With the friendly support of Rockefeller Brothers Foundation

›Toward a Politics of Egalitarian Cohabitation in Israel/Palestine‹ is a closed and confidential workshop that seeks to bring together leading Israeli, Palestinian and international parties, movements, activists and current and former members of the Israeli Knesset and the Palestinians authority. Despite the current bleak times in Israel/Palestine, there are host of political parties and movements, initiatives, activists, projects and NGO's who are working on the ground toward a just peace. More specifically, the workshop at the Bruno Kreisky Forum aims to bring together individuals and groups who adopt, mobilize for and work to promote on the ground ideas, initiatives, projects, coalitions of egalitarian Arab- Jewish joint dwelling in Israel/Palestine. In cooperation with Israeli, Palestinian and international bodies, the Kreisky forum identified a number of individuals and parties that are working on ground towards this purpose. Besides current and former MP's and politicians and prominent activists, BKF invited representatives of movements and parties like: Standing Together; Balad; Hadash; The Mizrahi Civic Collective; If Not Now (USA); A Land for All; Carter Centre; Academia for Equality; and Faithful Left Movement.

ARAB JEWISH ENGAGEMENTS III

After Gaza: Re-imagining the International Legal Order

Workshop under Chatham House Rule

With the friendly support of Rockefeller Brothers Foundation

Welcome: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**
 Opening Remarks: **Raz Segal, Bashir Bashir, Raef Zreik**

A Reading of the ICJ Provisional Measures in the Case of South Africa vs. Israel

Chair: **Raef Zreik**
Susan Akram

Genocide as Colonial Erasure

Chair: **Leila Farsakh**
Francesca Albanese
Dirk Moses

International Law as a Tool of State Violence

Chair: **Bashir Bashir**
Noura Erakat: Colonial Genocide and the Crisis of International Law (online)
Neve Gordon: The Human Shielding Exception as Justification for Genocide



N. Gordon | B. Bashir | G. Auer Borea d'Olmo



S. Boulos | D. Asfour | R. Zreik

Can the Subaltern Change International Law?

Chair: **Raz Segal**

Ardi Imseis: At the Vanishing Point: On Palestine, Legal Subalternity and the Future of World Order

Orna Ben-Naftali: 'There is a crack in everything, that's how the light gets in': On the Material, Discursive and Emotional lives of the Genocide Convention – the Gaza Catastrophe

International Law, Resistance, and Palestinian Liberation

Chair: **Carol Daniel-Kasbari**

Raz Segal, International Law and the Rise of Global Nakba Memory

Nadim Rouhana, On Violence and Conflict: Some Reflections on How Domination and Resistance Are Framed

Beyond the Israeli Racial State

Chair: **Layla El Wafi**

Munir Nuseibah, Apartheid and Genocide: Guarantees of Non-Repetition

Sonia Bulous, Decolonization after Gaza: From Recognition of Statehood to Recognition of Self-Determination

Israel's Attack on Gaza and the UN Security Order

Chair: **Susan Akram**

Asli Bali (online)

Dima Asfour

Concluding discussion

Chair: **Raz Segal** **Dirk Moses**

Raef Zreik

Leila Farsakh



Y. Mendel



I. Mann

RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE – ALTERNATIVES TO PARTITION

RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE – ALTERNATIVES TO PARTITION

KREISKY-FES JERUSALEM-SYMPOSIUM – PHASE 4

A cooperation of Friedrich Ebert Stiftung Jerusalem and Bruno Kreisky Forum Vienna.

With the friendly support of the Rockefeller Brothers Foundation

*Curated by **Bashir Bashir**, Associate professor in the Department of Sociology, Political Science, and Communication at the Open University of Israel, Senior Research Fellow at the Bruno Kreisky Forum Vienna and the Van Leer Jerusalem Institute*

This series of lectures (six sessions, each for 2 hours) seeks to critically survey and explore recent attempts to rethink the Israeli-Palestinian conflict. More precisely, it seeks to examine the impact of rethinking the key concepts such as the right to national self-determination, sovereignty, nation-state, restorative justice, politics of reconciliation, settler-colonialism and Apartheid and federalism on envisioning and developing alternatives to partitioning the land in Israel/Palestine.

CONTEMPORARY TRENDS IN ISRAELI AND PALESTINIAN POLITICS

Introductory session hosted by Prof. **Bashir Bashir**

This introductory session explains the rationale of the series and presents five points that demonstrate the urgent need to rethink the politics of Israel/Palestine..

CIVIC VS. ETHNO-CULTURAL NATIONALISM

Yoni Mendel, Senior lecturer in the Department of Middle East Studies at Ben-Gurion University of the Negev and head of the Arabic Language and Culture Division

This session examines Palestinian nationalism and Zionism through the lens of civic nationalism and how these forms of nationalism help us understand recent developments in Palestinian and Israeli politics.

THE RIGHT TO SELF-DETERMINATION AND SOVEREIGNTY: STATIST INTERPRETATION VS. FEDERALISM/CONFEDERATION

Itamar Mann, Vice Dean for Research and Associate Professor at the University of Haifa, Faculty of Law. He teaches and researches in the areas of public international law, legal and political theory, international criminal law, and refugee studies. He is also a human rights lawyer.

Self-determination and sovereignty feature very often in the contemporary discussions on Palestine/Israel. This session explores recent scholarship on these two fundamental themes to entertain political alternatives to territorial partition.



R. Hardal



D. Buttu

LIBERAL DEMOCRACY (ONE PERSON ONE VOTE) AND BI-NATIONAL STATE IN ISRAEL-PALESTINE

Rula Hardal, Professor of Political Science, Palestinian Co-Director of ›A Land for All – Two States, One Homeland‹ (a joint Palestinian-Israeli political organization)

The one-state solution is increasingly invoked as a possible alternative to the two-state solution. Liberal democracy and binational arrangements are often mentioned as morally and politically desirable and defensible options. This session is devoted to critically examine these two political options

SETTLER COLONIALISM; APARTHEID AND DECOLONIZATION

Diana Buttu, a Haifa-based lawyer and analyst who was the legal advisor to the Palestinian negotiating team in the early 2000s and is a frequent commentator and writer on Palestinian and Israeli issues.

Considering the wretched binational realities in Palestine/Israel, some scholars and observers have suggested that settler-colonialism and apartheid are more adequate frames to capture the realities and the facts on the ground. This session critically explores these frames and link them to decolonization, historical reconciliation, and the renewed global interest in Palestine following the events of October 7th and the war on Gaza.

WHERE NOW FOR ISRAEL/PALESTINE?

Mahmoud Muna, a computer science graduate, trained communicator and known to many as the book-seller of Jerusalem. He is also a regular contributor to the media on culture and politics in Palestine and beyond.

Considering what have been discussed in the series and the renewed global interest in the Palestinian question and the two-state solution, this concluding session reflects on the question ›where now for Palestine/Israel?‹



F. Vranitzky | H. Lackner

KREISKY FORUM SPECIALS

DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN Zum Geburtstag von Bruno Kreisky

Alljährlich findet im Kreisky Forum am oder rund um den 22. Jänner eine Festveranstaltung in Erinnerung an Bruno Kreiskys Geburtstag statt. Eine Persönlichkeit aus Politik, Wissenschaft oder Kultur hält einen Festvortrag unter dem Titel ›Der Mut zum Unvollendeten‹. Dieses Motto, dieser ›Mut zum Unvollendeten‹, spielte in Kreiskys Denken und Wollen eine große Rolle. Das hatte nichts mit Zögerlichkeit oder Halbherzigkeit zu tun. Der Mut zum Unvollendeten bedeutete vielmehr, dass Ideologien und gesellschaftliche Strukturen für ihn kein in sich geschlossenes endgültiges System waren und schon gar kein Endstadium der Geschichte. Es war ein Bekenntnis zum Neuen, zur schrittweisen Reform, ein Bekenntnis zur Überprüfbarkeit politischer Entscheidungen im Sinne von Karl Popper. Und es war eine Abgrenzung gegenüber dogmatischen oder gar totalitären Positionen.

Jedes politische und gesellschaftliche System ist unvollendet und muss unvollendet sein. Denn, was Menschen machen, kann auch von Menschen zum Besseren verändert werden. Die Freiheit dazu darf man ihnen nicht nehmen.

Die diesjährige Festveranstaltung zum 113. Geburtstag von Bruno Kreisky fand in Form eines Podiumsgesprächs des Gründungs- und Ehrenpräsidenten des Bruno Kreisky Forums, Bundeskanzler a.D. **Franz Vranitzky**, mit dem Journalisten und Autor **Herbert Lackner** statt.

Große politische Projekte erfordern viel Kraft und Durchhaltevermögen, oftmals können sie nicht in ihrem anfangs geplanten Ausmaß umgesetzt oder abgeschlossen werden. Dieses Risiko schreckt politische Verantwortliche immer wieder ab, große Projekte zu beginnen, da sie womöglich unvollendet bleiben. Bruno Kreisky hingegen fürchtete sich davor nicht. Er wusste, dass eine Reform nicht zwangsläufig als gescheitert gelte, wenn sie nicht vollständig umgesetzt würde, erzählt Franz Vranitzky. Beispiele dafür gibt es viele, aber Kreiskys Herzensprojekt war Frieden im Nahen Osten. Er erkannte, dass für eine nachhaltige Lösung auch die palästinensische Seite ins Gespräch geholt werden musste. Obwohl es von vielen Seiten Kritik hagelte - und auch heute kein Ende des Konfliktes in Sicht ist, hatte Kreisky schon damals den Mut, sich dieser Thematik zu stellen. Natürlich darf man nicht in nostalgische Erinnerungen versinken, die heutige Zeit kann kaum verglichen werden mit der Ära Kreisky. Dennoch wäre es im Sinne Kreiskys, Gespräche zu suchen, Lösungsansätze zu diskutieren und keinesfalls aufzugeben.

Mit dem Phänomen des Rechtspopulismus musste sich Kreisky noch nicht herumschlagen. Heute sind in ganz Europa und auch den USA rechte Kräfte am Erstarken. Dafür gibt es etliche Gründe. Die Beschlagnehmung des Themas Freiheit um jeden Preis, sowie eine hohe Emotionalität im Diskurs spielen den rechten Parteien in die Hände. Gleichzeitig schafft es die heimische und europäische Sozialdemokratie kaum, aus ihrem Tief rauszukommen. Die Arbeiterschicht gilt historisch als das Wählerklientel der SPÖ. Statistiken

KREISKY FORUM SPECIALS



M. Kothbauer



G. Auer Borea d'Olmo

zeigen, dass heutzutage ein sehr großer Teil, mehr als ein Drittel der Arbeitnehmerinnen, in Österreich nicht wahlberechtigt ist, da sie die Staatsbürgerschaft nicht haben. Die Umstände sind schwierig. Ein Teil der Bevölkerung scheint bereits sehr tief im Narrativ der Rechten versunken zu sein, sie wieder rauszuholen äußerst komplex. Eine einfache und schnelle Lösung gibt es hierfür nicht. Dennoch darf die Sozialdemokratie nach Kreiskys Vorbild nicht aufgeben und muss am Unvollendeten weiterarbeiten.

Das Gespräch ist als Video auf www.kreisky-forum.org/video oder auf dem YouTube-Videokanal des Kreisky Forums nachzusehen.

ARI RATH PREIS FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS Exil-Flucht-Vertreibung

Der ›Ari Rath Preis für kritischen Journalismus‹ wurde auf Basis einer Privatinitiative ins Leben gerufen, um im Sinne des im Jänner 2017 verstorbenen renommierten ehemaligen Chefredakteurs der Jerusalem Post Journalistinnen und Journalisten, auszuzeichnen, die sich in ihrer Arbeit um eine kritische und der Wahrung der Menschenrechte verpflichtete Berichterstattung über Flucht, Vertreibung und Asyl in hervorragender Weise verdient gemacht haben.

Eine Experten-Jury unter dem Vorsitz von Gertraud Auer Borea d'Olmo, enge Vertraute von Ari Rath, mit den weiteren Mitgliedern Fritz Hausjell, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften und Vorsitzender von Reporter ohne Grenzen, Oliver Rathkolb, Institut für Zeitgeschichte und Alexandra Förderl-Schmid, Stellvertretende Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung, hat den diesjährigen ›Ari Rath Preis für kritischen Journalismus‹ zu gleichen Teilen der Journalistin Maria Sterkl und dem Palestine-Israel Journal zuerkannt. Gestiftet wurde der Preis 2024 von WIEN ENERGIE.

Maria Sterkl, geboren nahe Krems / Donau, studierte Handelswissenschaft in Wien, Parma und Sønderborg. Ab 2002 journalistische Tätigkeit, zuerst bei den Niederösterreichischen Nachrichten NÖN, dann Salzburger Nachrichten, schließlich bei Der Standard in Wien, zuerst für Wirtschaft, dann Kultur, Chronik und lange Zeit im Politikjournalismus. Seit 2020 Korrespondentin in Jerusalem, auch für die Frankfurter Rundschau, die Funke Mediengruppe und den STANDARD. Freie Autorin, unter anderem bei der Zeit. Themenschwerpunkte: Israel und Palästina, Zustand der Demokratie und der Menschenrechte, Wirtschaft und Soziales.

Das Palestine-Israel Journal wird von Middle East Publications herausgegeben, einer gemeinnützigen Organisation, die 1994 von zwei prominenten palästinensischen und israelischen Journalisten, Ziad Abu-Zayyad und Victor Cygielman (1926-2007), gegründet wurde. Sie wurde zeitgleich mit den ersten Phasen des Osloer Friedensprozesses ins Leben gerufen, um den Dialog zwischen den Zivilgesellschaften auf beiden Seiten zu fördern und die Basis für die Unterstützung des Friedensprozesses zu verbreitern. Es war von Anfang an klar, dass neben den institutionellen Bemühungen von Palästinensern und Israelis auch Kommunikationskanäle für Akademiker und andere Intellektuelle, Meinungsbildner und politische Entscheidungsträger, Basisorganisationen und Aktivisten geöffnet werden müssen, damit sie ihre Ansichten äußern und sich an der öffentlichen Debatte für eine demokratische und gerechte Lösung des Konflikts beteiligen können.



Ari Rath-Preise für kritischen Journalismus

Die feierliche Preisüberreichung fand am 13. Mai 2024 im Bruno Kreisky Forum statt. Begrüßung und Begründung der Jury: **Oliver Rathkolb**, Historiker und Jurist
Preisträgerin: **Maria Sterkl**, Journalistin, Korrespondentin der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* in Jerusalem
Laudatorin: **Tessa Szyszkowitz**, FALTER-Kolumnistin und Autorin
Preisträger: Palästina-Israel Journal, **Hillel Schenker** und **Ziad Abu Zayyad**, Co-Herausgeber
Laudatorin: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forum

Die Veranstaltung kann auf der Homepage und auf dem YouTube-Kanal des Bruno Kreisky Forums nachgesehen werden.

Wir danken WienEnergie für die Unterstützung der Initiative und der Veranstaltung

BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH

Der traditionsreiche Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch wird seit 1993 vom Karl-Renner-Institut in Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Bildungsorganisation und seit 2008 mit Unterstützung des SPÖ Parlamentsklubs jährlich verliehen. Das Lebenswerk Bruno Kreiskys steht für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Toleranz und die Freiheit der Kunst. In diesem Sinne wird politische Literatur in mehreren Kategorien ausgezeichnet.

Hauptpreis

Preisträger: **Herfried Münkler** für sein Buch ›Welt in Aufruhr‹ (Rowohlt, 2023)
›Wir stürzen in eine neue Weltordnung‹, so beschreibt der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler kurz und prägnant die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sichtbar gewordenen globalen Verhältnisse. Mit ›Welt in Aufruhr‹ legt er nun seine geopolitischen Analysen des Ist-Zustands und ein Gedankenexperiment über ein mögliches Szenario für planvolles und zielgerichtetes Gestalten des Machtgefüges der nahen Zukunft vor. Ein neues System regionaler Einflusszonen, das von fünf Großmächten dominiert wird, beschreibt er in seinem Werk. Auf der demokratischen Seite sieht er die USA und Europa. Das autoritäre Gegenüber seien Russland und China. Die Rolle als ›Zünglein an der Waage‹ schreibt Münkler Indien zu. Alle diese Mächte werden schwierige Ordnungsaufgaben übernehmen müssen, um in der eigenen Einflussphäre für Stabilität sorgen zu können und in einer prekären Welt voller Risiken eine völlige Eskalation zu vermeiden. Das Buch spannt einen großen Bogen in der Geistesgeschichte auf, um große Bruchlinien der Gegenwart fassbar zu machen. Es ist ein wichtiger Beitrag dazu, neue Friedensordnungen zu entwickeln, die einer Welt im Aufruhr standhalten.

Anerkennungspreise

Preisträgerin: **Susan Neiman** für ihre Schrift ›Links ist nicht woke‹ (Hanser Berlin, 2023)
Die US-amerikanische Philosophin und Direktorin des Einstein Forums in Potsdam wagt sich auf das brüchige Eis der Identitätsdebatte, um die Prinzipien der Aufklärung – Universalität, Gerechtigkeit und Fort-



E. Kara-Murza | V. Kara-Murza



G. Rockenschaub



A. Switon | B. Winkler | M. Markanović-Riedl | O. Rathkolb

schritt – zu revitalisieren. Liegt die Zukunft der Linken weiterhin in ihrem Kampf dafür, dass Rechte für alle Menschen gleichermaßen gelten sollen und sozioökonomische Verhältnisse kritisiert werden müssen? Oder soll sie vor allem kulturell um höhere Anerkennung und um die Stärkung gesellschaftlichen Einflusses spezifischer benachteiligter Gruppen kämpfen? Universalismus versus Partikularismus? Diese Schrift versteht sich als Diskussionsbeitrag, der Denkansätze bietet, um durch eine kritische Neubewertung der Ideen der universalistischen Aufklärung einer wenig zweckdienlichen und viel zu oberflächlichen Entweder-oder-Debatte zu entkommen.

Sonderpreis ›Arbeitswelten – Bildungswelten‹

Preisträgerin: **Birgit Birnbacher** für ihren Roman ›Wovon wir leben‹ (Zsolnay, 2023)

Die Bachmannpreisträgerin arbeitete als Sozialarbeiterin und Soziologin in der Gemeinwesen- und Quartiersarbeit. Daraus resultiert zum einen die Fähigkeit, gesellschaftliches Geschehen strukturiert beschreiben zu können, und zum anderen eine auf unmittelbarem Erleben fußende Empathie für die Alltagsnöte nicht-privilegierter Menschen. In ›Wovon wir leben‹ passiert Krankenschwester Julia ein schwerwiegender Fehler, dem sie versucht zu entkommen, indem sie in ihr Heimatdorf zurückkehrt. Dort wird uns das scheinbar unkaputtbare Gehäuse materieller und sozialer Zwänge, von denen es für Frauen immer noch einige mehr gibt, vor Augen geführt. Lebens-, Arbeits- und Geschlechterverhältnisse der Nachteile und Ungerechtigkeiten für die Vielen bestehen dort offensichtlich unveränderlich fort. Birnbacher verliert bei der Beschreibung dieser österreichischen Alltagswelt weder Distanz noch Empathie und – man glaubt es kaum – auch nie ihren Humor.

Preis für besondere verlegerische Leistungen

Preisträger: **Verlag ›Das vergessene Buch‹**

Dieser bemerkenswerte Einmannbetrieb wurde von dem Literaturwissenschaftler Albert C. Eibl im Jahr 2014 gegründet und ist heute ein erfolgreicher Nischenverlag. Als solcher gibt er herausragende Werke der deutschsprachigen Literatur heraus, die – oft aus politischen Gründen – zu Unrecht vergessen wurden. Damit gelingt es dem Verleger immer wieder aufs Neue, die deutschsprachige Bücherwelt gegen liebgegewonnene Gewohnheiten zu bürsten und beachtliche Erfolge zu feiern. Ohne seine Verlagsgründung hätte Maria Lazars 2020 erstmals wiederentdeckter Roman ›Leben verboten‹ nicht den Stellenwert bekommen, den er heute in der Literatur hat. Unorthodoxe Ideen und mutiges Engagement des Verlages geben dem deutschsprachigen Büchermarkt wichtige Impulse für eine herausfordernde Zukunft.

Preis für das publizistische Gesamtwerk

Preisträger: **Tom Segev**

Der Preis für das publizistische Gesamtwerk wird heuer an den israelischen Historiker und Journalisten Tom Segev vergeben. Er steht epochenprägend für eine Geschichtswissenschaft, die selbstverständliche Meinungen zu entscheidenden Momenten in der israelischen Geschichte in Zweifel zog und so neue Perspektiven eröffnete. Sein Blick auf die Situation im Nahen Osten ist ernüchternd, jedoch auch in der Lage, Position zu beziehen, abzuwägen und dennoch Intentionen und Bedürfnisse beider Konfliktparteien sichtbar zu machen. Stets trat er für mehr Demokratie, Bürgerrechte und Gleichheit für die palästinensischen Bürger:innen Israels ein. Der Autor Tom Segev hat stets den Blick für das große Ganze, aufbauend auf reicher Sachkenntnis, durch persönliche Erfahrung und umfassendes Quellenstudium. Die Fähigkeit, packend zu schreiben, macht seine Bücher nicht nur zur Quelle großen Sachwissens und zur Orientierungshilfe in komplexen politischen Situationen, sondern auch zur spannenden Lektüre.

BRUNO-KREISKY-PREISE FÜR VERDIENSTE UM DIE MENSCHENRECHTE

Seit 1979 verleiht die Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte alle zwei Jahre Ehrenpreise für besonderes Engagement und nachhaltige Verdienste zur Durchsetzung, Förderung und Weiterentwicklung der Menschenrechte. Am 4. Oktober 2024 fand die 20. Verleihung der Bruno Kreisky Preise für Verdienste um die Menschenrechte im Bruno Kreisky Forum statt. Nachzusehen ist sie auf dem YouTube-Kanal und der Homepage des Kreisky Forums.

PREISTRÄGER:INNEN 2024

Evgenia und **Vladimir Kara-Murza** setzen sich in vielfältiger Weise dafür ein, die russische Regierung und korrupte Kremlbeamte für die Verletzung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Nach der politisch motivierten Inhaftierung des politischen Aktivisten, Journalisten, Autors und Filmemachers Vladimir Kara-Murza führte Evgenia Kara-Murza die Arbeit ihres Mannes als Advocacy-Direktorin der Free Russia Foundation fort und konzentrierte sich dabei auf die öffentliche Diplomatie der FRF und die globale Öffentlichkeitsarbeit im Namen der russischen Zivilgesellschaft. Vladimir Kara-Murza wurde im August dieses Jahres aus der Haft entlassen und führt seine Menschenrechtsarbeit außerhalb Russlands weiter.

Dr. Gerald Rockenschaub

Gerald Rockenschaub hat an der Universität Graz Medizin studiert, war zunächst Chirurg und Notarzt, und kam 2004 als Regionalbeauftragter und Programmleiter zur WHO/Europa, wo er an führender Stelle für die Bereiche Notfallvorsorge und humanitäre Hilfe zuständig war. Von 2014 bis 2021 war er Leiter des Büros der WHO in den besetzten palästinensischen Gebieten (Westjordanland und Gaza-Streifen) in Jerusalem, wurde danach Repräsentant der WHO in Albanien und war zuletzt Direktor des Nothilfeprogramms der WHO Europa in Kopenhagen. Als Arzt inmitten internationaler Konflikte übernahm er die Rolle eines ›Gesundheitsdiplomaten‹, der in Gesundheitsfragen zwischen den Konfliktparteien medierte, um die Gesundheitsversorgung in Krisensituationen sicherzustellen und die Patienten, die sonst oft inmitten politischer Konflikte verloren zu gehen drohen, in den Mittelpunkt zu stellen.

Der **Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF)**, der als Dachverband von 16 autonomen Frauenhäusern in Österreich dient, wurde 1988 gegründet und ist bis heute Informationsdrehscheibe, Unterstützung, Service und Vertretung für alle Mitglieder. Der Verein AÖF ist Mitglied von WAVE – Women Against Violence Europe, ein europäisches Netzwerk gegen Gewalt an Frauen, welches über 20 Jahre im Verein AÖF angesiedelt war und seit 2014 ein eigener Verein ist. AÖF ist auch Kernstelle fünf wichtiger Säulen der Gewaltprävention: die Informationsstelle gegen Gewalt, die Frauenhelpline gegen Gewalt 0800 222 555, die Onlineberatung ›HelpChat – Halt der Gewalt‹, das Projekt StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt und das 2023 eröffnete Zentrum BAKHTI für EmPOWERment für Mädchen* und junge Frauen* mit Zusatzangebot für Burschen*. Durch all diese Angebote und unermüdete Öffentlichkeitsarbeit und politische Überzeugungsarbeit mit Ziel der Wahrnehmungsverstärkung bietet der Verein nicht nur Schutz für Frauen, sondern auch für ihre Kinder.

In Zusammenarbeit mit Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte, AK Wien, Stadt Wien Kultur



B. Winkler



B. Bowder

Begrüßung:

Sabine Kroissenbrunner, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

Ewald Nowotny, Vorsitzender des Kuratoriums der Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte

Preisverleihungen

Laudatio für **Evgenia** und **Vladimir Kara-Murza**

William Browder KCMG, Vorsitzender der Global Magnitsky Justice Campaign

Laudatio für **Gerald Rockenschaub**

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vize-Präsidentin des Bruno Kreisky Forums

Laudatio für den Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF)

Beate Winkler, Künstlerin, ehemalige Direktorin der EU-Grundrechtsagentur (FRA)

Moderation:

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Vorstandsmitglied, Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte

Dank und Schlussworte:

Oliver Rathkolb, Vorstandsmitglied, Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte



Bruno Kreisky Preise für Verdienste um die Menschenrechte



ÜBER DIE GESCHICHTE DES KREISKY FORUMS

Ein Gespräch zweier Generalsekretärinnen in Kreiskys Wohnzimmer

Margit Schmidt, ehem. Assistentin von Bruno Kreisky, Mitbegründerin und erste Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog (1991-2004)

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums von 2004-August 2024, seither Mitglied des Vorstands des Kreisky Forums

Tessa Szyszkowitz, Journalistin und Autorin

Margit Schmidt begann 1965 als Sekretärin im Kabinett des Außenministers Bruno Kreisky, und folgte dann Kreisky in das Büro des Vorsitzenden der SPÖ zwischen 1967 und 1970. Von 1970 bis 1983 leitete Schmidt das Büro des Bundeskanzlers Bruno Kreisky und war bis zu seinem Tod im Jahr 1990 seine engste Mitarbeiterin. Nach dem Tod des Alt-Bundeskanzlers 1990 baute sie das Bruno Kreisky Forum in Wien-Döbling auf. Von 1991 bis 2004 war Margit Schmidt dessen Generalsekretärin. Seither ist sie Mitglied des Vorstandes.

Gertraud Auer Borea d'Olmo studierte in Wien und Paris Sprachen, Architektur, Theater und Politik. Von 1980 bis 2004 war sie als freischaffende Kulturmanagerin tätig. (Theater i.d. Drachengasse, Wiener Festwochen, Centre Pompidou, Bruno Kreisky Forum). Von 1991 bis 1995 fungierte sie als Beraterin des Bundesministers für Unterricht und Kunst. Im Jänner 2005 wurde Gertraud Auer Borea d'Olmo zur Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog bestellt, das sie knapp zwei Jahrzehnte leitete. Mit August 2024 wechselte sie in den Vorstand und übergab die Geschäftsführung an Mag. Sabine Kroissenbrunner.

Tessa Szyszkowitz sprach in Kreiskys Wohnzimmer mit Margit Schmidt und Gertraud Auer Borea d'Olmo über die Geschichte des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog seit seiner Gründung und ihr Engagement dafür.

Nachzusehen ist das Gespräch auf dem YouTube-Kanal und der Homepage des Kreisky Forums.



Franz Vranitzky
Gründungs- und Ehrenpräsident, Bundeskanzler a.D.



Rudolf Scholten
Präsident, Aufsichtsratspräsident der Wiener Festwochen, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Österreichischen Filminstituts (ÖFI), Bundesminister a.D.



Eva Nowotny
Vize-Präsidentin, Botschafterin i.R.



Georg Lennkh
Kassier, Botschafter a.D., ehem. österreichischer Sonderbeauftragter für Afrika



Renate Brauner
stv. Kassierin, Vizebürgermeisterin von Wien a.D.



Helfried Carl
Schriftführer, Partner des Innovation in Politics Institute



Gertraud Auer Borea d'Olmo
stv. Schriftführerin, ehem. Generalsekretärin



Patricia Kahane
Präsidentin der Karl Kahane Stiftung, langjähriges Vorstands-Mitglied



Max Kothbauer
Vizepräsident a.D. der Oesterreichische Nationalbank, Vizepräsident a.D. des BKF



Ferdinand Lacina
Bundesminister a.D., Mitbegründer des Bruno Kreisky Forums



Margit Schmidt
langjährige Mitarbeiterin von Bruno Kreisky, 1. Generalsekretärin des Kreisky Forums (bis 2004), danach Mitglied des Vorstands



Andreas Mailath-Pokorny
Rektor der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien (MUK)



Ewald Nowotny
ehem. Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (OenB)



Wolfgang Petritsch
Präsident des Österreichischen Instituts für internationale Politik (oiip)



Barbara Prainsack
Universitätsprofessorin



Ernst Woller
Erster Präsident des Wiener Landtags



Gerhard Zeiler
Präsident, WarnerMedia International



Markus Marterbauer
Chefökonom der Arbeiterkammer



Werner Obermayer
Rechnungsprüfer



Andreas Staribacher
Rechnungsprüfer



Maria Mesner
Leiterin des Kreisky- und Dohnal Archives, Lektorin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien



Helga Nowotny
Vorsitzende a.D. des Europäischen Forschungsbeirats



Barbara Prainsack
Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Vorsitzende der European Group on Ethics in Science and New Technologies



Oliver Rathkolb
Professor em., Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Mitglied des internationalen wissenschaftlichen Beirats des Hauses der europäischen Geschichte, Europäisches Parlament/Brüssel



Ruth Wodak
Em. Distinguished Professor of Discourse Studies (Diskursforschung), Lancaster University (UK) und o. Univ. Professorin i.R. für Angewandte Linguistik, Universität Wien



Gertraud Auer Borea d'Olmo
Generalsekretärin bis Juli 2024



Sabine Kroissenbrunner
Generalsekretärin seit August 2024



Jutta Bichl
Projektorganisation und Administration



Marlene Eichinger
Projektorganisation und Administration bis April 2024



Susanne Gaugl
Projektorganisation, Personal und Hausverwaltung



T. Hartig
Projektorganisation und Administration



Sonja Kothe
Projektorganisation, Social media und Kommunikation



Sophie Reisinger
Projektorganisation und Administration



Lobein Haddad
Facility Mangement

IMPRESSUM

Herausgeberin und für den Inhalt verantwortlich:
Sabine Kroissenbrunner | generalsekretärin
bruno kreisky forum für internationalen dialog

Lektorat

Susanne Gaugl

graphic

Fineline_Erich monitzer | graphic and typography

typeface

shaker 2 by jeremy tankard

bildbearbeitung

Sonja Kothe

fotonachweis

Archiv BKF

Thomas Peschat

druck

gugler cross media | melk

kontakt

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15 — 1190 wien

T +43 1 31 88 260

kreiskyforum@kreisky-forum.org

www.kreisky-forum.org



Das Programm des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog wird mit Unterstützung der Stadt Wien, der Republik Österreich (Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung/#TruSD, Bundesministerium für Landesverteidigung) und mit Hilfe privater Sponsoren und Spender realisiert.

Wir danken all unseren Förderern und unseren zahlreichen Partnern und Partnerinnen für die gute Zusammenarbeit.



Bundeskanzleramt

Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Bundesministerium
Landesverteidigung